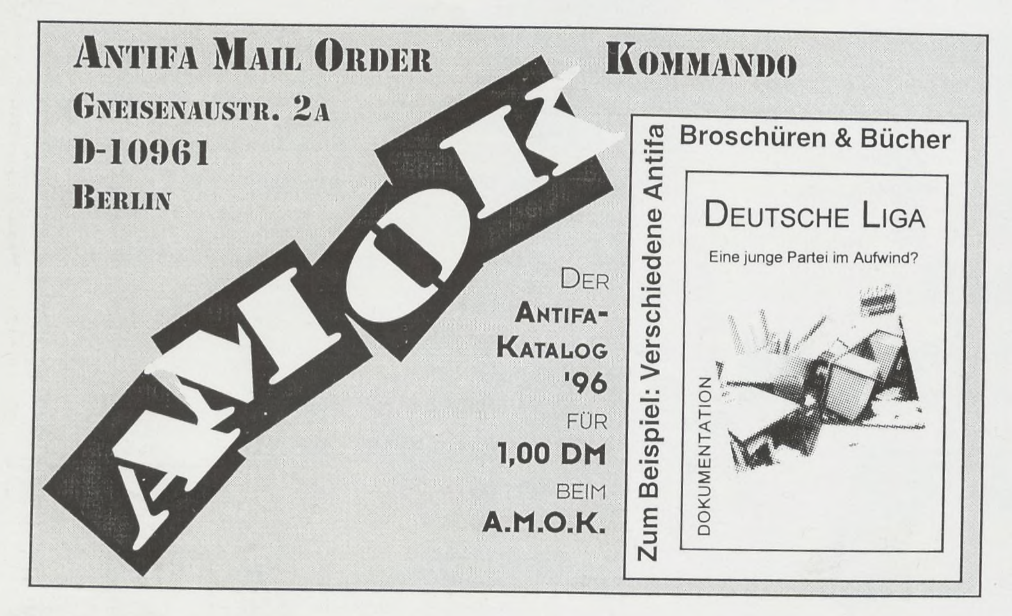

Antifa-Nachrichten-Doku
#14 - März '96
A 13803 - 3,50 DM
Was geht ab?
Oder und Neiße zugefroren
BGS auf Menschenjagd
Mich erwischt Ihr nicht !!
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Guten Tag!

Grenzen, Mauern, Nachtsichtgeräte. Die Festung Europa schließt sich. Vor Menschen die flüchten, flüchten vor Armut, Vertreibung, Hunger und Krieg werden die Pforten geschlossen. Aus diesem Anlaß initiieren die Edelweiß-Piraten Berlin die Kampagne Offene Grenzen - Offene Menschen. Diese startet Anfang Mai. Deshalb haben wir unter dem Bereich „Bundesweit“ eine Rubrik zu diesem Thema eingerichtet. Dort wird nicht nur über aktuelle Aktivitäten berichtet, sondern auch allgemein Artikel zur Festung Europa abgedruckt. Die Kampagne ist übrigens offen, das heißt, daß sich jeder Mensch und jede Gruppe daran beteiligen kann. Zwar liegt der Schwerpunkt in denjenigen Bundesländern, die eine Grenze nach Polen oder Tschechien haben, aber Aktivitäten dazu können und sollten bundesweit laufen!
In diesem Sinne hoffen wir weiterhin auf zahlreiche Zeitungsartikel und Meldungen, die du aufschnappst und uns schickst. Und natürlich sind wir auch an eigenen Berichten interessiert.

Gruß & Kuß
Die Redaktion



Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #14
Erscheinungsdatum:
1. März '96
3. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel: Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich
Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

WGA-Coupon

14

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ○ Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!
  - ○ Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM
  - ○ Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM
  - ○ Archiv-Abo (#1-20) für 60 DM
- ○ Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!
  Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______
  für 3,00 DM pro Stück (erst ab 5 Stück pro Ausgabe)
  - ○ Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!
Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennwort "WGA"

Hey, Abon-nentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir zwar noch eine extra Benachrichtigung, aber trotzdem selber merken!

So funxioniert diese Zeitung:

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Portrait**, **Neuerscheinungen** (diesmal nicht) sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/ Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Folgende Quellen *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AchZ = Achimer Zeitung
ak = analyse und kritik
AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa Achim
Antifa Bonn
Antifa Eichsfeld
Antifa Niederkassel
Antifa REM
Antifa ST
Aspekte
Attack
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
bnr = blick nach rechts
BZ = Berliner (Springer-) Zeitung
DRR = Der Rechte Rand
EV = Europa Vorn
Flüchtlingsplenum Aachen
FR = Frankfurter Rundschau
Infoblatt = Antifa Infoblatt
JF = Junge Freiheit
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadt-Anzeiger
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
NIT = Nationales Infotelefon
NTb = Naumburger Tageblatt
PDS
RA = Ruppiner Anzeiger
Rabaz
SäZ = Sächsische Zeitung
SD = Schweizer Demokraten
Spiegel
SZ = Süddeutsche Zeitung
TATblatt
Taz = Die Tageszeitung
Telegraph
Tsp = Der Tagesspiegel
UZ = Unsere Zeit
WaS = Welt am Sonntag
WGA = Eigener Bericht

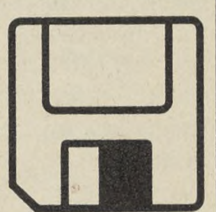
INHALT:

LÖFFEL DES MONATS

CDs gesucht -und vielleicht die Frau fürs Leben - Zum einen suche ich gut erhaltene, original doitsche Oi-Musik, z.B. Scheiben von "Kraftschlag", "Störkraft" usw. Und ich (15, blond, 180 cm) suche ein nettes, hübsches, gleichfühlendes doitsches Mädchen, Zuschrift bitte mit Foto: *Peter Kobras, Dürrenbergweg 10, 79297 Winden.*

Anzeige in Europa Vorn #95

Was geht ab? Der gesamte Index als F&A-Datei



Man kann ein Stichwort (z.B. Name, Organisation, Ort) eintippen und erhält die Angaben: WGA-Ausgabe, Seite, Überschrift des Artikels sowie alle zusätzlichen Stichworte zum betreffenden Artikel. Die Datei wird auf einer 3½"-Diskette verschickt. Derzeit sind 1.839 Artikel verarbeitet. Allerdings wird die Datei ständig aktualisiert und bei einer Bestellung erhält man immer die aktuellste Version (also inkl. der jeweils zuletzt erschienenen Nummer). Es ist also auch die vorliegende Ausgabe enthalten. Updates machen wir nicht.
Die Diskette kann (für AbonnentInnen) **für 10 DM** inkl. Versand bei uns bestellt werden! Für Nicht-AbonnentInnen kostet sie 15 DM.
Achtung: Zur Nutzung der Datei muß das Programm **F&A** installiert sein! Andere Möglichkeiten haben wir nicht

16.472 rechtsextreme Straftaten im vergangenen Jahr

AN 4/96 - Die Abgeordnete der ***PDS*** im Bundestag, **Ulla Jelpke**, erhielt auf eine Kleine Anfrage die Bilanz für das Jahr 1995: Im gesamten Zeitraum wurden 16.472 Ermittlungsverfahren wegen ausländerfeindlicher und rechtsextremistischer Straftaten. Bei 3.804 Ermittlungsverfahren richteten sich die Straftaten gegen AusländerInnen. 8.738 Ermittlungsverfahren wurden wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen bzw. Verwendens derer Kennzeichen eingeleitet. Weiterhin: 2.586 Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung oder Gewaltdarstellung bzw. Aufstachelung zum Rassenhaß; 569 wegen Landfriedensbruch; 37 wegen Mord und Totschlags bzw. den Versuchen; 1.079 wegen Körperverletzung; 107 wegen Brandstiftung; 420 wegen antisemitischer Bestrebungen und 2.936 wegen „sonstiger" Delikte. Allerdings erscheinen diese Zahlen so nicht in der Statistik, denn 11.347 (!) Ermittlungsverfahren wurden wieder eingestellt. Dies wird damit begründet, daß die Täter in diesen Fällen nicht ermittelt worden seien. 2.231 Verfahren wurden mir einer Verurteilung abgeschlossen, davon betrafen 666 Verfahren Straftaten gegen AusländerInnen. In 329 Fällen wurden Jugend- oder Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten, in 269 Fällen darüber hinaus bis zu einem Jahr, in 220 Fälle von über einem bis zwei Jahren und in 94 Fällen von mehr als zwei Jahren. ◆

»Reichsgründungsfeier« abgesagt

ak 8.2.96 - Ungeahnt sensibel reagierte Fürst **Ferdinand von Bismarck** auf eine Ankündigung, die 125-Jahrfeier der Reichsgründung (18. Januar 1871) auf dem Anwesen derer von Bismarck in Friedrichsruh bei Hamburg durch Proteste zu begleiten: Kurzerhand wurde sowohl der für den 20. Januar '96 angekündigte Festvortrag der ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)*** einschließlich dem Absingen des Deutschlandliedes wie auch die anschließende Auszeichnung „verdienter Deutscher" mit dem „Bismarckorden" abgesagt. Schon seit 1983 veranstaltet der ***Bismarckbund*** zum Jahrestag der Reichsgründung und am 3. Oktober Gedenkfeiern, die in Zusammenarbeit mit der ***Landsmannschaft Ostpreußen*** sowie der ***Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft*** ausgerichtet werden. Der Bismarckbund „betrachtet es als seine Aufgabe, das preußisch-deutsche Erbe zu pflegen" und wählte sich Fürst Ferdinand von Bismarck zu seinem Schirmherrn. Stellvertretender Vorsitzender dieser „Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins" ist **Emil Schlee**. Dieser war ehemals Mitglied der CDU, der „Patrioten für Deutschland", der „Republikaner" und ist heute Vorsitzender der REP-Abspaltung ***Aufbruch 94***. Schlee trat in den vergangenen Jahren bei den verschiedensten rechtsextremen Gruppierungen auf und veröffentlichte in zahlreichen Zeitschriften aus dem faschistischen Spektrum. Amtsvorgänger **Hugo Wellems** stand bis zu seinem Tod in Punkto bester Verbindungen ins rechtsextreme Lager Emil Schlee in nichts nach. Unter der gleichen Hamburger Verlagsadresse wie das „Ostpreußenblatt" wird von den Jungvertriebenen aus der JLO auch die Zeitung ***Fritz*** herausgegeben. Wegen ihrer rassistischen Hetztiraden wird diese vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft. Als Festredner war dieses Jahr **Stefan Wartisch** vorgesehen, der als Autor in der „Jungen Freiheit" bekannt ist. Nachdem nun in den vergangenen Monaten von antifaschistischer Seite gegen die Reichsgründungsfeier mobilisiert worden ist, wurde diese kurz vorher abgesagt. ◆

Tagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« verhindert

AN 4/96 - Für den 20. Januar '96 hatte die ***Gesellschaft für freie Publizistik (GFP)*** zu einer Tagung mit **Harald Neubauer**, dem Bundesvorsitzenden der ***Deutschen Liga***, geladen. Ort des Geschehens sollte der ***Kaiserhof*** in Porta Westfalica bei Minden sein. Im Kaiserhof logierte in den letzten Monaten des Krieges auch die SS und betrieb hier ein Außenlager des KZ Neuengamme. Sie folterte und mordete hier Häftlinge, unter anderem, indem sie diese an einem Kronleuchter im Kaiserhof erhängte. Wenn sich an einem solchen Ort eine Organisation wie die GFP treffen will, deren agitatorischer Schwerpunkt auf Geschichtsrevisionismus, also Leugnung des industriellen Massenmordes der Nazis und der Kriegsschuld Deutschlands liegt, dann stellt dies schon eine besondere Provokation dar. Zuvor hatte die GFP bereits zwei Veranstaltungen in den Räumen des Kaiserhofs durchführen können. Referenten waren hier **Reinhold Oberlercher**, der sein 100-Tage-Programm zur Machtergreifung vorstellte sowie der Generalleutnant a.D. **Reinhard Uhle-Wetter**. Die Provokation einer erneuten Tagung der GFP im Kaiserhof wollten sich etwa 150 AntifaschistInnen nicht mehr bieten lassen und blockierten vor Beginn der Tagung die Zufahrten und Eingänge des Kaierhofs. Nachdem die Polizei zunächst nur mit schwachen Kräften vor Ort war, traf nach ca. eineinhalb Stunden Verstärkung in Form von einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei ein. Da es der Polizei bis zu diesem Zeitpunkt aber nicht gelungen war, den TagungsteilnehmerInnen Zutritt zum Kaiserhof zu verschaffen, sagte die Organisatorin, die ehemalige Minderer Polizeikommissarin **Sigrid Schenk**, die Tagung ab. So wurde von der Polizei kein Versuch unternommen, den Weg für die Faschisten freizuprügeln. ◆

Internet-Zugang gesperrt

NIT 27.1.96 - Die *Telekom*-Tochter *T-Online* hat den Zugang zur aktuellen Internet-Adresse von Ernst Zündel gesperrt. Das teilte die Telekom am 25. Januar '96 auf einer Pressekonferenz in Bonn mit. Das Unternehmen werde angeblich auch weiterhin alles tun, damit über T-Online kein Zugang zu Inhalten mit Nazipropaganda möglich ist. Gegen Zündel ermittelt die Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Verdacht auf Volksverhetzung. Ihm wird vorgeworfen, über das Internet antisemitische und NS-Propaganda verbreitet zu haben.

Anklage gegen Lauck

BeZe 8.2.96 - Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen den US-Neonazi **Gary Lauck** erhoben. Dem 42jährigen werden Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidrigen Organisationen sowie die Verbreitung von von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen vorgeworfen. Lauck war am 20. März '95 auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Hamburg in der Nähe von Kopenhagen festgenommen und später ausgeliefert worden. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft. Lauck ist vor allem als Kontakt der in Deutschland verbotenen ***NSDAP/AO*** aufgefallen. ◆

Kein NPD-Ausschlußverfahren

NIT 17.1.96 - Bei der Tagung des *NPD*-Parteivorstands am 13. Januar '96 wurde beschlossen, das innerparteiliche Schiedsgerichtsverfahren gegen **Günter Deckert** ruhen zu lassen. Begründet wurde dieser Schritt mit der Inhaftierung Deckerts. Der bayerische Landesvorsitzende **Udo Voigt** wurde nahezu einstimmig als neuer Bundesvorsitzender vorgeschlagen. Die Neuwahl soll auf einem Sonderparteitag im Frühjahr stattfinden. ◆



Wo ist TILL?

WGA - Seit dem 17. Juli '95 ist der 13jährige **Till Kratzsch** aus Berlin verschwunden. Bis heute wissen wir nicht, was mit ihm geschehen ist. Ist er abgehauen, ist er irgendwo untergekommen oder ist ihm etwas passiert? Till hat seit damals keinen Kontakt zu seinen Freunden mehr. Wer weiß, wo sich Till aufhält, möchte ihm bitte sagen, daß er ein Lebenszeichen geben soll. Am besten wäre es, wenn er mal zuhause anruft, oder wenigstens, notfalls über eine Vertrauensperson, glaubhaft machen kann, daß es ihm gutgeht. Wer etwas über ihn mitteilen kann, möchte sich bitte auch melden! Kontakt über die WGA-Redaktion oder über Telefon **030 - 283 12 56**. ◆

»Zillo« im Zwielicht

JW 8.2.96 - „Romantisch, anders, frei" - unter diesem Slogan verbirgt sich seit neuestem die rechtsextreme Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** bei ihrem Werbefeldzug um jugendliche LeserInnen. Eine so betitelte Anzeige findet sich in der Februar-Ausgabe des ***Zillo***, des marktführenden Musikmagazins der Gothic- und Dark-Wave-Szene. Zielgruppe dieses monatlich erscheinenden Hochglanzheftes sind Jugendliche, die auf Bands wie „Deine Lakaien", „Death Material" oder „Goethes Erben" stehen. Das Image des unpolitischen Musikmagazins mit liberaler Meinungsvielfalt, die der Zillo-Herausgeber **Rainer Ettler** (genannt „Easy") gerne vermitteln möchte, ist angekratzt. Nachdem bereits im vergangenen Sommer ein unkommentierter Leserbrief eines JF-Redakteurs erscheinen konnte, gibt es nun auch personelle Verflechtungen zwischen beiden Publikationen: **Peter Boßdorf**, seit 1991 Mitarbeiter der Jungen Freiheit, schreibt seit 1995 nun auch für Zillo. Der heute 34jährige Boßdorf war früher stellvertretender Vorsitzender des mittlerweile in der Versenkung verschwundenen ***Gesamtdeutschen Studentenverbands***. Seine Karriere bei der JF begann er als Redakteur für den Bereich „Wissenschaft und Umwelt". Nach einer zweijährigen Pause tauchte er dann ab 1994 wieder in der Jungen Freiheit auf. Ein Interview mit Hans Helmuth Knütter, dem rechten Bonner Politik-Professor, und mehrere Artikel über Italien gehören zu Boßdorfs Werken. In der ständigen JF-Rubrik „Neue Geräusche des Jahres" äußert sich Boßdorf mit platt-lyrischen Plattenbesprechungen. Letzteres ist auch sein Hauptbetätigungsfeld im Zillo. Die Werbeschiene zwischen beiden Blättern funktioniert im übrigen durchaus gegenseitig. In der Ausgabe 4/96 der Jungen Freiheit findet sich unter der Überschrift „Dunkler Aufbruch ins Licht" ein ganzseitiger Artikel über eine Zillo-Preisverleihung im Januar dieses Jahres. Darüber hinaus wirbt die JF in ihrer Zillo-Anzeige mit einem Interview der rechten Dark-Wave-Band ***Forthcoming Fire***, deren Sänger **Jay Kay** sich in einem kürzlich veröffentlichten Fanzine-Interview als „Patriot" und Vertreter eines „Geheimen Deutschland" outet. KennerInnen der Dark-Wave- und Gothic-Szene beobachten schon seit längerem die wachsende Zahl von rechten und rechtsextremen Bands, die sich hier etablieren. Dem Hamburger Independent-Label ***Strange Ways Records*** und bisher 37 anderen Independent-Labels ist angesichts der immer engeren Verflechtung zwischen der Jungen Freiheit und Zillo jetzt die Geduld ausgegangen. In einer gemeinsam veröffentlichten Erklärung heißt es unter anderem: *„Mit Erschrecken haben wir feststellen müssen, daß sich im Laufe der letzten Monate ein Schreiber im Zillo etabliert hat, der auch als Autor der Jungen Freiheit bekannt ist. (...) Wir verwahren uns davor, jemals mit der JF in Verbindung gebracht zu werden und erwarten von dem Herausgeber sowie der Redaktion eine eindeutige Stellungnahme und Distanzierung."* Zillo-Herausgeber Ettler kann die Empörung nicht verstehen. Er erklärte, daß seine Zeitung auch weiterhin Artikel von Peter Boßdorf abdrucken wird. Allerdings werde Zillo, das *„weder links- noch rechtsradikal"* sei, *„in Zukunft Anzeigen von irgendwelchen politisch tendenziellen Zeitungen draußenvorlassen."* ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #15 ist der
20. März '96

JN-Kongreß

Infoblatt #33 - Am 16. Dezember '95 fand in Gaibach im Kreis Bamberg der „2. Europäische Kongreß der Jugend", organisiert von den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** statt. Ca. 200 TeilnehmerInnen aus mehreren europäischen Ländern lauschten den Ausführungen des JN-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel**, **Udo Voigt** von der ***NPD*** Bayern, **Mladen Schwartz** von einer faschistischen kroatischen Organisation, **Tim Mudde** von der ***CP '86*** aus den Niederlanden und anderen. Am Abend des konspirativ vorbereiteten Treffens gab der Jammerbarde **Frank Rennicke** sein Geheul zu besten. ◆

Nazi-Aufruf zum Kampf gegen "Volksfeinde"

bnr 2/96 - In der jüngsten Ausgabe (Nr. 10) der organisationsübergreifend agierenden Strategiepostille **Umbruch**, die sich innerhalb von zwei Jahren zu einer der bedeutendsten Neonazi-Publikation gemausert hat, wird zum Kampf gegen „Volksfeinde" aufgerufen: *„Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht, ist ein Volksfeind. Jeder, der gegen nationale Gruppierungen und deren Anschauungen agiert, stellt sich gegen das Volk, denn wir vertreten das Volk."* Als Zielpersonen werden im Umbruch unter anderem aufgeführt: *„Redakteure und andere Medienvertreter, Antifa und u.U. bestimmte Linke, Mitarbeiter in städtischen Behörden, Institutionen und Initiativen wie Ordnungsamt, AWO, Post u.a., die sich gegen nationaleingestellte Menschen hervortun".* Die Kameraden werden aufgefordert, über diese Personengruppen Daten zu sammeln: *„Personalien (Name, Anschrift, Foto); Beruf (wo beschäftigt, Position usw.); KFZ; Auffällig geworden. Wann, wo und mit was?; Polit. und gesellschaftl. Aktivitäten (z.B. Mitgliedschaft in Parteien, Organisationen, Kegelverein usw.); Schwachstellen (Schulden, schwul, Alkoholiker, Drogen usw.); Psychogramm; Kontakte und Verbindungen zu anderen Zielpersonen; Hobbys, Gewohnheiten usw.".* Der Herausgeber des Umbruchs, **Steffen Hupka**, hatte in seiner Zeitung (Ausgabe Nr. 7) konkrete Gedanken zum Ausbau von militanten Strukturen bundesdeutscher Neonazis entwickelt. ◆

Deutsche sehen Antisemitismus

Tsp 25.1.96 - Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Zeitung „Die Woche" halten 57 Prozent der deutschen Bevölkerung den Antisemitismus in Deutschland für noch nicht überwunden und plädieren dafür, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten. Aber nur knapp ein Viertel von ihnen sieht eine Veranlassung dafür, gegenüber den Juden heute noch Schuld abzutragen. 43 Prozent der Befragten erklärten, daß endlich ein Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen sei. ◆

Ausländer im Fußball

EV #96 - Deutsche Fußball-Sponsoren machen sich angeblich Sorgen um die „Identifikationsfähigkeit ihrer Zuschauer" (***Hyundai***-Sprecher **Stefan Gaul**) angesichts der Aufgabe der Ausländer-Begrenzung bei Bundesliga-Vereinen. **Jürgen von Einem** von der ***Bayer AG*** hält „ein Verhältnis von 50:50 für zuschauerverträglich". **Artur Schneider** von der ***Kärcher AG*** (Schalke 04) ist dagegen der Meinung, es solle der „Fußball eine nationale Sache sein". **Sigrid Baum** von ***Diebels-Alt*** geht davon aus, daß der Zuschauer „jede erfolgreiche Mannschaft akzeptiert, egal wie sie zusammengesetzt ist". Und **Wolfgang Grupp** vom Trikothersteller ***Trigema*** hält das Thema für uninteressant; ihm ist es „völlig egal, ob da elf Fußballer oder elf Affen rumlaufen"... ◆

Keine Entschädigung

JW 7.2.96 - Angehörige von zwei Opfern der Brandanschläge von Mölln und Solingen erhalten von deutschen Behörden keine Entschädigung, weil die verbrannten Mädchen nur Verwandte zweiten Grades besucht haben. Auf eine entsprechende Antwort der Bundesregierung wies der ***Grünen***-Abgeordnete **Manfred Such** hin. Such hatte die Regierung nach Entschädigungen für die Angehörigen der 14jährigen **Ayse Yilmaz**, die 1992 bei dem rassistischen Brandanschlag in Mölln umgekommen war, und der 13jährigen **Gülestan Öztürk** gefragt, die 1993 in Solingen starb. In der Antwort wurde erklärt Anspruch nach dem Opferentschädigungsgesetz gebe es nur, wenn ein ausländischer Besucher mit einem rechtmäßig in Deutschland lebenden Besucher „verheiratet oder in erster Linie verwandt" sei. „Die beiden Mädchen erfüllen diese Anspruchsvoraussetzungen nicht", wurde mitgeteilt. ◆

Hasselbach-News

Taz 6.2.96 - Eine halbe Stunde dauert es, bis er sich entschließt, dem ORB ein Interview zu geben: Drei Drehtage, kein Honorar - „der ostdeutschen Heimat zuliebe". Drei Jahre nach seinem angeblichen Ausstieg aus der Nazibewegung ist **Ingo Hasselbach** gut im Geschäft. In den USA hat er ein Buch geschrieben bzw. schreiben lassen: „Führer-Ex". Im Klappentext stell sich der 28jährige Aussteiger den US-Amerikanern als der „Führer of the East" vor. Der „New Yorker" hat einen langen Auszug abgedruckt: „How Nazis are made", mit heroisch gestylten Bildern des Starfotografen Helmut Newton. Ais dem talentierten Exnazi aus Berlin-Lichtenberg ist in den USA ein Star geworden. Dem ORB-Dreh gingen zähe Verhandlungen mit dem PR-Agenten seines US-Buchverlages voraus. Sogar der CNN und das TV-Magazin „60 Minutes" wollen Interviews. Wie lange er seine Vergangenheit noch vermarkten will, fragen die ostdeutschen Journalisten. „Irgendwann werde ich mich dagegen wehren", erklärt Hasselbach, „weil ich auch anfangen will, mir etwas aufzubauen, das nichts mit meiner Vergangenheit zu tun hat". Weil er ahnte, daß ihm der Vermarktungsvorwurf nicht erspart bleiben würde, hat Hasselbach eine Stiftung gegründet: „Kinder in Afrika" sollen von seinen Honoraren profitieren... ◆

Rassismus in der Polizei aus „Alltagsfrust"

SZ 6.2.96 - Vorurteile, Alltagsfrust und mangelnde Schulung im Umgang mit AusländerInnen haben unter Deutschlands Polizisten ein Klimma geschaffen, das Aggressionen und körperliche Übergriffe gegen Menschen anderer Nationalitäten begünstigt. Wie es in einer am 5. Februar '96 veröffentlichten sozialwissenschaftlichen Studie heißt, handele es sich bei den Übergriffen zwar „nicht um ein systematisches Verhaltensmuster der Polizei", es gehe aber auch nicht um bloße Einzelfälle. Verschlimmert wird das Problem nach Ansicht der Wissenschaftler vor allem dadurch, daß das Thema Umgang mit Ausländern innerhalb der Polizei aus politischen Gründen tabuisiert wird. Die Studie „Polizei und Fremde", die Hamburgs Innensentor **Hartmuth Wrocklage** in der Polizei-Führungsakademie in Hiltrup bei Münster ein halbes Jahr nach der Fertigstellung nun vorstellte, war von der Innenministerkonferenz im Herbst '94 in Auftrag gegeben worden. Vorausgegangen waren dem eine Reihe gewalttätiger Polizeiübergriffe gegen vermeintliche AusländerInnen in Hamburg. Wie bereits in der letzten WGA berichtet, liegt die Studie bereits seit längerem vor und sollte eventuell sogar unter Verschluß gehalten werden. Doch nach der Teil-Veröffentlichung mußte die Polizei nun anscheinend handeln. Besondere Brisanz erhalten die Befunde, die auf die Aussagen von 115 west- und ostdeutschen Polizisten basieren, durch die jüngsten Anschuldigungen von ***Amnesty International***. Danach soll es innerhalb der vergangenen zehn Monate in verschiedenen Bundesländern weitere Fälle von Mißhandlungen und Folter von AusländerInnen durch Polizei und Justizbeamte gegeben haben. Die Wissenschaftler wollten keine Angaben über die Häufigkeit von polizeilichen Übergriffen machen. In ihren Gesprächen haben sie jedoch ein aggressives Potential festgestellt, das beim Umgang mit anscheinend ausländischen Tatverdächtigen „auch rasch zu ersatzjustiziellen Übergriffen", also zur Selbstjustiz, führen könne. Hauptursache sind nach Ansicht der Forscher aus einzelnen negativen Erfahrungen abgeleitete und in der Studie reichlich dokumentierte Vorurteile gegen bestimmte Nationalitäten („Polen sind Abzocker") sowie die berufliche Überforderung. Sie äußert sich in Schuldzuweisungen an die Politik, die Justiz, die mit Ausländern „zu lasch" umgehe und die gegenüber der Polizei angeblich feindselig eingestellten Medien. Die Studie macht darauf aufmerksam, daß sich durch dieses Denken und den damit verbundenen Konsequenzen bei vielen Ausländergruppen das Bild der rassistischen Polizei festigt, was dann in der Folge zu einer Eskalation führen könne. ◆

»Kameradschafts-hilfswerk« der NPD

NIT 24.1.96 - Die ***NPD*** hat ein sogenanntes ***Kameradschaftshilfswerk*** für „nationale Gefangene" ins Leben gerufen, mit dem inhaftierte Rechtsextremisten und deren Angehörige unterstützt werden sollen. Organisiert wird das Werk unter anderem vom ehemaligen Landesvorsitzenden Bayern und SS-Obersturmführer **Walter Bachmann**, dem ehemaligen Bundesführer der ***Wiking-Jugend***, **Wolfgang Nahrath**, dem sächsischen NPD-Landesvorsitzenden **Jürgen Schön** und anderen Neonazis. Spenden laufen über ein Konto von **Erwin Kempner**. ◆

Neue rechtsextreme Publikationen

EV - Hier einige rechtsradikale Zeitschriften, die neu erschienen sind:

Seit Dezember '95 gibt der ***NPD***-Landesverband Sachsen eine eigene Zeitschrift heraus: ***Sachsen-Stimme***, Postfach 62, 04449 Borsdorf.

Nichtkommerziell ist ein neues monatliches Infoheft für eine unabhängige Buren-Republik in Südafrika namens ***Volksstaat***. c/o H. Lindner, Pfinzstr. 8, 76327 Pfinztal.

Der legale Widerstand nennt sich eine „nationalautonome" Publikation: Hans-Dieter Döll, Rotbachweg 6, 87527 Sonthofen.

Der neue Materialkatalog der ***Jungen Nationaldemokraten*** heißt ***Frontdienst***: JN, Brockenberg 5a, 52223 Stolberg.

„Historische Hintergrund-Informationen zum Kriegsende" enthalten die ***ZFI-Informationen***, 08466-8244. ◆

Rechter Liedermacher

EV #94 - Zum Thema „Rote Horden" wird derzeit eine CD von dem Liedermacher **Hans Becher** eingespielt. Neben Balladen gegen links stehen traditionelle Stücke wie „Die freie Republik" auf dem Plan. Die CD soll demnächst erscheinen.

Abgeschobener Kurde verschleppt

JW 31.1.96 - Am 29. Januar '96 wurde der Kurde **Orhan Sengül** vom türkischen Militär aus seinem Heimatdorf verschleppt. Fünf Tage zuvor war der Mann aus Nordrhein-Westfalen auf Anordnung der Ausländerbehörde von seiner Frau und den Kindern getrennt und abgeschoben worden. Dabei wurde er noch von zwei ***Grünen***-Abgeordneten sowie einem Kamerateam begleitet. Bei seiner Ankunft in Istanbul wurde er vier Stunden lang von der Polizei verhört, seine Papiere wurden einbehalten. Nach der Ankunft in seinem Heimatdorf wurde er abermals verhört, diesmal 17 Stunden lang. Nach seiner Freilassung am 27. Januar flogen seine Begleiter zurück nach Deutschland. Zwei Tage später brach jeglicher Kontakt ab. Trotz vielfältiger Bemühungen der deutschen Botschaft, des türkischen Menschenrechtsvereins sowie einiger Landtagsabgeordneter fehlt von Sengül jede Spur. Die Grünen-Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** erklärte, diese Abschiebung zeige, daß die „Sicherheitsgarantien", welche die Türkei gegenüber Bundesinnenminister Kanther betreffs den abgeschobenen KurdInnen gegeben hat, nichts wert sind. Wer seine Meinung dazu den entsprechenden Stellen mitteilen möchte, kann dies hier tun: **Botschaft der Türkei, Herr Volkan Vural, Utestr. 47, 53179 Bonn, Fax. 0228-348877** oder direkt in der Türkei: **Cumhur Baskanligi, TR-06100 Ankara, Fax: 0090-3124685012.** ◆

„Bündnis Konstruktiver Kräfte"

bnr 2/96 - Das ***Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands (BKKD)*** in Kelkheim, ein Dachverband ultrarechter bis rechtsextremer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, der am 3. Oktober '95 am Kyffhäuser-Denkmal eine nationalistische Kundgebung durchführte, hat ein Sprechergremium gebildet. Diesem gehören an: **Rudolf Andreas** (***DSU***-Generalsekretär), **Johannes von Campenhausen** (***Deutsche Partei***-Bundesvorsitzender), **Hellmuth Krause**, **Lothar Lauck** (Sprecher des ***Staatspolitischen Clubs***), **Bernd-Thomas Ramb** (stellvertretender ***BFB***-Bundesvorsitzender) und **Markus Zehme** (Autor in der ***Jungen Freiheit*** und im ***Ostpreußenblatt***). ◆

NS-Urteil gegen Bonhoeffer aufheben!

Taz 5.2.96 - Zwar sind viele Straßen, Kirchen oder Schulen nach dem Widerstandskämpfer und Pazifisten **Dietrich Bonhoeffer** benannt, doch das Todesurteil gegen ihn ist weiterhin rechtsgültig, weil der Bundesgerichtshof 1956 seinen Henkern ein nach nationalsozialistischer Gesetzeslage „einwandfreies Verfahren" zugute hielt. Der Pfarrer Bonhoeffer wurde am 8. April '45 wegen Landes- und Hochverrats zum Tode verurteilt und einen Tag später hingerichtet. Aus Anlaß des 90. Geburtstags haben am 4. Februar '96 zwei Initiativen die Aufhebung des NS-Unrechtsurteils verlangt. Eine Gruppe ehemaliger DDR-BürgerrechtlerInnen verlangte eine Erklärung des Bundestages, in der die Todesurteile gegen Bonhoeffer als Terrorentscheidung bewertet werden. Dozenten und Studierende der Evangelischen Fachhochschule Hannover wandten sich direkt an die Justiz. Sie stellten beim Berliner Generalstaatsanwalt ein Wiederaufnahmebegehren, das einen Freispruch Bonhoeffers und eine Aufhebung des Urteils zum Ziel hat. Nach Auffassung des FH-Dozenten **Lehmann** läßt sich das Unrechtsurteil auch ohne Bundestagsbeschluß oder Gesetzesänderungen aus der Welt schaffen. Eine Grundlage für eine Wiederaufnahme des Verfahrens sehen sie im „Zuständigkeitsergänzungsgesetz" aus dem Jahre 1952, das bei den Urteilen von NS-Sondergerichten eine Wiederaufnahme auch dann zuläßt, wenn keine neuen Beweismittel oder Tatsachen vorgelegt werden. Der Antrag begründet auch die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft in Berlin, wo Bonhoeffer vor seiner Verhaftung im Jahre 1943 gelebt hatte und gibt der Strafverfolgungsbehörde Hinweise auf in München und Prag archivierte Justizakten. Die Initiative der DDR-BürgerrechtlerInnen mit dem Namen „Gerechtigkeit für Dietrich Bonhoeffer" hat am Sitz des Bundesgerichtshofes eine Tafel enthüllt, die an dessen skandalöse Entscheidung aus den 50er Jahren erinnert. Weiter verlangt die Initiative vom Bundestag, er solle endlich auch die Urteile der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse förmlich anerkennen. ◆

Keine Liste rassistischer Straftaten mehr

Tsp 24.1.96 - Das ***Bundeskriminalamt*** veröffentlicht keine aktuellen Daten über rassistische Straftaten in Deutschland mehr. Bisher hatte das Amt regelmäßig die monatlichen Zahlen über Straftaten, bei denen fremdenfeindiche Motive festgestellt wurden, zur Verfügung gestellt. Auf Weisung von Innenminister **Manfred Kanther** wurde diese Praxis mit dem Jahreswechsel eingestellt. Dadurch wird eine aktuelle Statistik über rassistische Straftaten verhindert.

Stiftung der »Republikaner«

bnr 2/96 - Wie schon in der WGA #12 berichtet, haben die ***Republikaner*** keinen Anspruch darauf, daß das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen ihre parteinahe ***Schönhuber-Stiftung*** genehmigen muß. Dies hatte das Oberverwaltungsgericht Münster am 8. Dezember '95 beschlossen. In der Begründung hieß es u.a., daß die Stiftung das Gemeinwohl gefährden würde, weil sie Rechte und Rechtsgüter beeinträchtigt, die unter dem Schutz der Verfassung stehen. Im März '94 hatte das Verwaltungsgericht Düsseldorf noch anders entschieden und das Innenministerium dazu verpflichtet, die Stiftung zuzulassen. Allerdings wurde damals nur das REP-Parteiprogramm von 1993 herangezogen, während nun in Münster die gesamten von den Verfassungsschutzämtern gesammelten Erkenntnisse aus Äußerungen, Flugblättern und Schriften von Mitgliedern und Funktionären, aus denen sich die tatsächlichen Zielsetzungen ergeben, berücksichtigt wurden. Da die Partei als Ganzes als Stifterin anzusehen ist und sich der Stiftungszweck an ihr orientiert, verstoße dieser gegen das Gebot der Menschenwürde, das Ver-

bot der Diskriminierung wegen der Rasse und des Glaubens sowie gegen das Demokratieprinzip. Grundlage dieser Feststellung seien insbesondere asylbewerberfeindliche Veröffentlichungen von Untergliederungen der Partei, Angriffe gegen die Daseinsberechtigung existierender staatstragender Einrichtungen sowie diffamierende Äußerungen in bezug auf Funktionsträger des Staates und anderer Parteien. Eine mit den heutigen Republikanern hatte Schurz politisch nichts zu tun, deshalb hatte es juristische Einwände u.a. von der ***Carl-Schurz-Gesellschaft*** gegeben. Am 1. März '92 beantragten die REPs dann im zweiten Anlauf den Namen „Ruhstorf-Stiftung". In dieser niederbayerischen Stadt hatte ein Programmparteitag der REPs stattgefunden. Doch auch die Stadt drohte mit Klage. Dann wurde sie nach dem

Erklärung der »Radikalen Zeiten«

„Jede Person hat das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten... Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung... werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Wenn in einem Land die Freiheit des Wortes nur darin besteht, alles sagen, schreiben und drucken zu können, um damit Geld zu verdienen, und nicht, Stimme zu sein, für die Entwicklungen, Probleme und Kämpfe in der Gesellschaft, dann handelt es sich nur um eine Freiheit von wenigen gegenüber anderen.

Die Freiheit des Wortes, so wie wir sie verstehen, ist das Recht, Einfluß zu nehmen auf die täglichen Ereignisse in unserem Leben, in unserer Gesellschaft und in der Welt, ist das Recht, anzuklagen und zu verteidigen, Fehler zu erkennen und nach Lösungen zu suchen, für ein menschenwürdiges Leben, für eine menschenwürdige Gesellschaft. Freiheit des Wortes, Freiheit der Diskussion ist Freiheit an sich, ist ein Teil von Selbstbestimmung, ist ein Teil von Menschenwürde.

Ein verbotenes Wort, eine verbotene Stimme, eine verbotene Diskussion sind Beleg für Sprachlosigkeit, sind Beleg für Geistlosigkeit, für Schwäche, sind ein Kennzeichen für Diktatur. Repression, Gewalt und Verfolgung gegenüber Einrichtungen, die Podium sind für Diskussionen, die offen sind für Meinungsvielfalt, erzielen nicht die Verhinderung möglicher „Straftatbestände", sondern sie verhindern Diskussion, werden somit zu Unterdrückung, sind Beschneidung von Freiheit. Diskussionen, die an den Betroffenen vorbei geführt werden, die deren freie Meinungsäußerungen einschränken, behindern oder verbieten, ob es um Gewalt als politisches Mittel, Abschiebung oder z.B. Euthanasie u.ä. geht, sind keine freien Diskussionen.

Die Freiheit des Wortes bedeutet nicht, jede Meinung wertungsfrei zu repräsentieren, wie es angeblich die bürgerliche Presse tut, sondern Stimmen, die sich gerade auch gegen Unterdrückung wenden, zu befreien von Unterdrückung.

Diese Freiheit des Wortes, wie wir sie verstehen, wurde erkämpft und erstritten, ist weder Geschenk noch Gnade. Sie muß verteidigt werden mit Verstand und der Macht von Solidarität.

Der Angriff auf die vermeindlich „schwächsten Glieder", auf Projekte wie die „radikal" und Infoladenstrukturen, sind ein Angriff auf das Prinzip der Pressefreiheit. Die Kriminalisierung solcher Projekte soll spalten, macht aus Kommunikation Mittäterschaft, soll Solidarisierung verhindern.

Es ist ein Angriff gegen unsere Zeitung, gegen unsere Leserinnen und Leser.

parteinahe Stiftung ist mit dieser Gerichtsentscheidung jedoch nicht verhindert. Denn die Republikaner können ihre Stiftung jederzeit als eingetragenen Verein organisieren, für dessen Gründung eine Genehmigung nicht erforderlich ist. Die Stiftung hat in den fünf Jahren ihres Bestehens bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Ursprünglich war sie im Juni 1989 beschlossen worden und am 3. März '90 wurde die Stiftungsurkunde bei der zuständigen Behörde in NRW eingereicht. Unterzeichnet ist sie vom damaligen Vorsitzenden **Franz Schönhuber**, dem ehemaligen Schatzmeister **Klaus-Dieter Pahl**, dem Treuhändler **Ernst Rath** und von **Werner Haase**. Zuerst sollte die Stiftung nach **Carl Schurz** benannt werden, der auf den Barrikaden der Revolution von 1848 kämpfte. Doch Gründer der Republikaner, Franz Schönhuber, benannt, doch dieser hat die Partei im November '95 verlassen. Nun können sie sich also wieder einen neuen Namen enfallen lassen. Gleichzeitig denken die Republikaner über den Gang zum Bundesverwaltungsgericht oder die Eintragung ins Vereinsregister nach. Denn ihrer Meinung nach stehen den REPs mit der Stiftung 60 Millionen Mark Staatskohle zu. Laut Stiftungsurkunde vom 1. Juni '92 verfügt die Stiftung über ein Barvermögen von 500.000 Mark. In der Satzung vom 1. September '92 ist der Vorstand mit folgenden Personen besetzt: **Hans Hausberger** - Vorsitzender; **Rolf Schlierer** - stellvertretender Vorsitzender; **Ernst Rath** - Schatzmeister; **Günter Kersten** - Schriftführer; **Heinz Barth** - Beisitzer, **Friedrich Nagels** - Beisitzer. Das Kuratorium setzt sich laut § 10 der Satzung aus 15 Personen zusammen: **Ingrid Schönhuber** (München), **Klaus-Dieter Pahl** (Dortmund), **Ursula Sanjewski** (Bonn), **Hellmuth Diwald** (auf'm Friedhof), **Armin Mohler** (München), **Hans-Joachim Arndt** (Heidelberg), **Jens Steffen** (Kiel), **Reinhold Giegold** (Schwarzenbach/ Saale), **Franz Uhle-Wettler** (Meckenheim), **Heinz Friedrich Kremzow** (München), **Hellmuth Lange** (Höningen), **Alexander Hausmann** (Krailling), **Klaus Kunze** (Uslar) und **Ingeborg Seiffert** (Berlin). Ein Kuratoriumsmitglied wurde in der Satzung vergessen. Herauszuheben aus diesem Kreis sind der Politologe Hans-Joachim Arndt, Armin Mohler, der als langjähriger Geschäftsführer der „Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" über hervorragende Verbindungen verfügt und der Generalleutnant a.D. Uhle-Wettler, zuletzt Kommandant des NATO-Defense-College in Rom. ◆

Rassistischer Soldat

bnr 3/96 - Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz kann ein Zeitsoldat wegen rassistischer Äußerungen fristlos aus der Bundeswehr entlassen werden. Ein Soldat verstoße mit damit gegen seine Dienstpflichten und schädige dadurch das Ansehen der Bundeswehr, führten die Verwaltungsrichter als Begründung an. Ein ehemaliger Unteroffizier der Bundeswehr, der vorher schon durch rassistische Äußerungen aufgefallen war, hatte bei einem Rapport seiner untergebenen Soldaten gesagt: *„Katholische links raus - Evangelische rechts raus - Juden unter die Dusche"*. Daraufhin hatte ihn die Bundeswehr fristlos entlassen (Az.: 10 A 12774/94). ◆

Antifazeitung im Thule-Netz

DRR #38 - Benutzer des neonazistischen Computer-Verbundes ***Thule-Netz*** haben angeregt, die Informationen aus der Hannoveraner Antifa-Zeitung ***Der Rechte Rand*** datentechnisch nutzbar und somit auch abrufbar zu machen. Es werden Leute gesucht, die den „Rechten Rand" beziehen und auch einscannen können. Als Grund für diese Aktivität gibt der „Rechte Rand" an: *Nur wer seine Presse kennt, kann als Betroffener „strafrechtlich" oder eben auch anders „gegen den Abschaum vorgehen".* ◆

Neubauer bleibt

BM 23.1.96 - Der frühere bayerische Sozialminister **Franz Neubauer** bleibt Bundesvorsitzender der ***Sudetendeutschen Landmannschaft***. Er wurde am 10. Februar '96 in München mit 97 von 102 Stimmen bei einer Gegenstimme wiedergewählt. ◆

Nicht vergessen:
Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #15 ist der
20. März '96

Offene Grenzen Offene Menschen

Im Mai beginnt die Kampagne »Offene Grenzen - Offene Menschen«, die sich gegen die Menschenjagd auf diejenigen richtet, die in unserem Land Zuflucht suchen. Niemand hat hat das Recht, einem Menschen Asyl zu verwehren, wenn er vor Hunger, Verfolgung oder Krieg flüchtet. Doch an der Grenze nach Tschechien und Polen sind tausende Bundesgrenzschützer unterwegs um die Flüchtlinge zu jagen, zu fangen und wieder zurückzuschicken. An dieser Stelle unserer Zeitung werden wir jetzt vorläufig die Artikel zusammenfassen, die sich mit dem Thema Grenze beschäftigen.

Menschenjagd auf »Illegale«

SäZ 15.1., 1.2.96 - An der deutsch-tschechischen Grenze sind allein in Sachsen im Januar '96 insgesamt 613 Personen beim Versuch der „illegalen Einreise" festgenommen worden, teilte das Grenzschutzamt Pirna des ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** mit. In der Nacht zum 14. Januar wurden z.B. 56 Rumänen aufgegriffen, die in Kleintransportern unterwegs waren. Die Fahrzeuge sind dem BGS erstmals gegen 4 Uhr in Bautzen aufgefallen, vor einer Kontrolle konnten sie jedoch fliehen. Erst nach einer Verfolgungsfahrt mit mehreren Halteversuchen wurden die Autos auf der Autobahn nach Dresden gestoppt. Vor Eintreffen weiterer Polizeikräfte flüchteten etwa zehn Personen, trotzdem konnten noch die 56 Flüchtlinge (darunter 19 Kinder) und zwei vermutliche Schleuser festgenommen werden. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt und nach Rumänien zurückgeflogen. Am 31. Januar '96 sind im Hohwald 29 Kosovo-Albaner aufgegriffen worden. Beamte des BGS und des Zolls erwischten die Menschen auf einem Parkplatz der Gaststätte Waldhaus. Zuvor hatten die Kosovo-Albaner dort in der Nähe die Grenze überschritten. Drei tschechische Männer, die die Polizei als Schleuser bezeichnet, wollten sie in einem Bus ins Landesinnere bringen. Im Gegensatz zu den Albanern, die nach Tschechien abgeschoben werden, droht den drei Männern nun ein Haftbefehl. Nur vier Tage zuvor hatte der BGS an der gleichen Stelle bereits 31 Kosovo-Albaner aufgegriffen, die von einem Deutschen, einem Italiener und einem Jugoslawen begleitet wurden. Das Grenzschutzamt Pirna teilte mit, daß im vergangenen Jahr 7.437 Personen an der sächsischen Grenze nach Polen und Tschechien aufgegriffen wurden. Darunter waren 57 Nationalitäten vertreten. Etwa 6.800 wurden an der Grenze zurückgewiesen, so der BGS-Sprecher **Dietmar Kottwitz**. Der BGS nahm im letzten Jahr außerdem 421 vermeintliche Schleuser fest. ◆

Schleuser festgenommen

BM 23.1.96 - Die Zahl der vom ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** an der Grenze zu Polen entdeckten Schleusungen von AusländerInnen in die Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Waren 1994 noch 102 Fälle bekannt geworden, so wurden 1995 bis Ende November 183 Gruppen entdeckt. Insgesamt sind dabei 1.226 „illegale Ausländer" sowie 259 HelferInnen (SchleuserInnen) festgenommen worden. Im Jahr davor waren es noch 138 Schleuser und 557 Menschen, die sich ihnen anvertraut hatten. In beiden Jahren gab es jeweils etwa 13.500 Menschen, die vom BGS als Illegale an der Grenze geschnappt wurden. ◆

Offene Grenzen - Offene Menschen

Wer sich an der Kampagne aktiv beteiligen möchte, sollte sich bald bei uns melden! Wir brauchen vor allem Gruppen, die in ihrer Region Aktivitäten vorbereiten oder koordinieren sowie Menschen die sich einbringen wollen oder die Kampagne finanziell unterstützen können!
Informationen zuur Kampagne gibt hier:
Offene Grenzen - Offene Menschen, c/o Edelweiß-Piraten
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Disziplinarverfahren gegen BGS'ler

Telegraph 2/96 - Bundesinnenminister **Manfred Kanther** hat gegen drei Beamte des ***Bundesgrenzschutzes*** ein Disziplinarverfahren einleiten lassen, weil sie sich geweigert hatten, bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mitzumachen. Die Männer hätten 14 Personen in ihre Heimat ins afrikanische Gambia begleiten sollen, weigerten sich aber unter Hinweis auf angebliche Sicherheitsmängel, das rumänische Flugzeug zu besteigen, das die Behörden für die Abschiebung gechartert hatten. ◆

Selbstmordversuche bei Flüchtlingen

PDS 9.2.96 - Zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage über Selbsttötungsversuche im asylrechtlichen Flughafenverfahren erklärte die innenpolitische Sprecherin **Ulla Jelpke**: Flüchtlingen, die es geschafft haben, sich mit einem Flugzeug in die Bundesrepublik zu retten, wird die Einreise für die Dauer einer Vorprüfung ihres Asylgesuchens durch dem ***Bundesgrenzschutz*** verweigert. Solange werden Flüchtlinge laut ***amnesty international*** im Transitbereich der hiesigen internationalen Flughäfen „inhaftiert". Aus Verzweiflung haben 1995 zehn dieser Menschen im Transitbereich des Flughafens Frankfurt/Main versucht, sich durch Strangulieren, Aufschneiden der Pulsadern oder Schlucken von Rasierklingen das Leben zu nehmen. Für die anderen vier Flughafen-Transitbereiche (Düsseldorf, Hamburg, München und Berlin-Schönefeld) konnte oder wollte die Bundesregierung keinerlei Angaben veröffentlichen. Fünf weitere Flüchtlinge wurden allein im letzten Jahr aufgrund von Krankheitserscheinungen, die auf die lange Verweildauer im Transitbereich zurückzuführen waren, in psychiatrische Krankenhäuser verlegt. 1995 mußten sich 99 Personen über 25 Tage im Transitbereich aufhalten. 34 Menschen davon verweilten dort länger als 40 Tage. Der längste Aufenthalt betrug 187 Tage. Auf die Frage, welche Konsequenzen aus der ungeheuerlichen Anzahl von Suizidversuchen und psychischen Erkrankungen gezogen werden sollten, antwortete die Bundesregierung: „Beibehaltung des hohen Standards." ◆

»Bimbos im Benz«

Rassismus im BGS - eine Dokumentation

JW 1.2.96, Flüchtlngsplenum - „Seit Inkrafttreten des Schengener Abkommens am 26. März 1995 finden keine normalen Grenzkontrollen mehr statt. Die Bürger können jederzeit und an jeder Stelle kontrollfrei die Grenze passieren", erklärte der Pressesprecher des ***Bundesgrenzschutzes (BGS)***, **Udo van Dülmen**. Das stimmt, solange das Erscheinungsbild „der Bürger" dem Ideal der deutschen Physiognomie entspricht, das BGS-Beamte verinnerlicht haben. Weicht es davon ab, dann gilt das „Schengener Abkommen": Kontrollieren, rausgreifen, verhaften, schikanieren, einsperren, abschieben. Das Flüchtlingsplenum Aachen hat dazu die Aktion „Der BGS - voll im Bild" durchgeführt und den BGS im Raum Aachen beobachtet. Dabei wurden BGS'ler und ihre Fahrzeuge registriert, aber auch der Funk abgehört. Auf einer öffentlichen Veranstaltung konnten die BesucherInnen dann Auszüge von diesen Aufnahmen hören. Wir dokumentieren hier einen kurzen Teil davon, der einen kleinen

Offene Grenzen Offene Menschen

Eindruck davon vermittelt, wie der BGS auf Menschenjagd geht - und auch davon, wie weit rassistisches Denken bei den Beamten dazugehört.

S [= Streife]: Cabrio Mercedes gesehen gerade. Den holen wir uns. Da ist also ein Neger drin.
59, 59 6! Argus 59, 59 6!
Z [=Zentrale]: Ja, komm.
S: Detlef, wie schnell hast du Informationen aus England über einen Paß?
Z: Das ist also heute Nacht nur fahndungsmäßig möglich.
S: Nein, paß auf, dann mach mal eine Sache, eine Person in der Datei und anschließend in Aachen-Nord mal ein Fahrzeug. Wir haben hier einen dicken Daimler mit einem Neger drin.
Z: Ja, komm.
[Pause]
Z: 36 für Argus 59, kommen!
S: 36 hört.
Z: Hört mal, habt ihr den anderen?
S: Dem wir eben gefolgt sind?
Z: Ja.
S: Der war negativ.
Z: Nett! Frage wo der jetzt ist?
S: Der ist weitergefahren.
Z: Ja, alles klar. 8 36 für Argus 59!
S: 38 hört.
Z: Hör mal, XXX, kannst du den noch kriegen?
S: Ja, wenn wir uns Mühe geben.
Z: Dann bemüh dich mal!
S: Was liegt denn vor?
Z: Der gehört zu dem Bimbo mit dem SL.
S: Okay.

+++

S: Folgendes! Ich habe hier vier Araber, fünf Araber. Die haben alle keinen Paß dabei. Nur dieser Herr, den ich gerade durchgegeben habe, der hat einen arabischen Führerschein.
Z: Wo wollen die Jungs denn wohnen?
S: Die wohnen in den Niederlanden, in Vaals, haben aber ein belgisches Kennzeichen.
Z: Wo hast du die?
S: Vaals direkt.
Z: Ja, bring die am besten nach 58 und versuch von da abzuklären, ob die in den Niederlanden wohnen.
S: Ja, verstanden. Der bietet an, hier nach hause zu fahren, um einen Paß zu holen. Ich sage: „Nein, nein, Freundchen, das geht leider nicht jetzt."
Z: Das ist zu spät. Ja, bring die nach 58 und versuch, da abzuklären!
S: Hab verstanden. Andere Frage: Brauchen Araber ein Visum für Deutschland? Ja, ne?
Z: Alle Araber brauchen ein Visum für Deutschland, es sei denn, sie sind Schengolesen und können nachweisen, daß sie in Schengenland, also sprich in den Niederlanden wohnen.
S: Ah ja, verstanden.
[Pause]
S: Deine Kundschaft ist gerade wieder reingereist, ist an Abfahrt Lichtenbusch vorbei. Wir sind dahinter.
Z: Holt sie euch! Guckt mal ein bißchen, wo sie hinfahren. Und wenn sie also weiterfahren, wenn es nicht zu erkennen ist, daß sie ausreisen wollen, dann krallt sie euch!
S: Ja verstanden!
[Pause]
Z: Diejenigen, die hinter den Belgiern her sind, guckt mal, ob die ins Asylantenheim reinfahren! Wenn ja, fangt sie vorher ab, sonst kriegt ihr Prügel!
S: Ja verstanden.
[Pause]
S: Wir sind also jetzt an der Ausfahrt Aachen-Brand vorbei. Wir holen uns jetzt die auf dem Parkplatz.
Z: Holt sie raus und führt sie zurück nach Belgien. Aber wenn sie das Maul aufmachen, heut ihnen ruhig eins drauf!
S: Jau.
Z: Okay.
[Pause]
Z: Aus welchem Grund wollt ihr denn einen belgischen Halter haben?
S: Da sind drei Farbige direkt bei euch gegenüber auf dem Parkplatz, haben jenes Fahrzeug hier abgestellt und wir wollten sie gleich kontrollieren, sobald sie wieder losfahren, nur vor Ort schon mal eine Halterfeststellung haben.
S2: Ja, der geht zurück nach Belgien.
S: Er meint gerade, er hätte keine Ahnung vom Weg.
S2: Sollen da fahren, wo sie hergekommen sind. Ich komm aber jetzt nochmal raus.
[Pause]
S: Argus 59 und Anke 8 35 kommen.
Z: Argus 59 hört.
S: Anke 8 34, die drei sind zurück nach Belgien.
S2: Super.
Z: Hab verstanden.
S2: Ohne blaues Auge?
S: Ohne.
S2: Schade. ◆

Staatlich abgesegneter Rassismus

JW 10.2.96 - Mit den Stimmen der Regierungskoalition hat der Bundestag am 9. Februar '96 gegen den Widerstand aller Oppositionsparteien den Geltungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes ausgeweitet. Künftig stehen allen Flüchtlingen für die Dauer ihres gesamten Verfahrens nur Sachleistungen oder 80 Prozent des Sozialhilfesatzes und lediglich eine medizinische Notversorgung zu. Bislang galt dieses Gesetz für Flüchtlinge nur im ersten Jahr ihres Aufenthalts. Ein Beschluß, den der Sprecher der Flüchtlingsorganisation ***Pro Asyl***, **Heiko Kauffmann**, so kommentierte: „Diese bewußt herbeigeführte soziale und psychische Verelendung von Flüchtlingen ist staatlich abgesegneter Rassismus". Zuvor debattierte der Bundestag über eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, in der sich die Regierungsparteien unbeweglich zeigten. Sie ließen sich nicht zur Eile drängen, erklärte der innenpolitische Sprecher der ***CDU/CSU***-Fraktion, **Erwin Marschewski**. Folgerichtig lehnten die Koalitionsabgeordneten einen Antrag der ***Grünen/Bündnis 90*** ab, der Erleichterungen bei der Einbürgerung in der Bundesrepublik geborener AusländerInnen verlangt. Marschewski erklärte weiter, die Koalition berate derzeit eine Überarbeitung der Fristen für die Einbürgerung von MigrantInnen. Auch die von Union und FDP im Koalitionsvertrag vereinbarte Kinderstaatszugehörigkeit sei noch in der Diskussion. Die doppelte Staatsangehörigkeit lehne die Union aber weiterhin ab. Auch einen Gesetzentwurf der Bündnisgrünen zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wies die Koalition zurück. Die von den Grünen vorgelegten „Mindestkriterien für eine Reform des Staatsangehörigenrecht" stießen indes auf heftige Kritik der innenpolitischen Sprecherin der ***PDS***-Fraktion, **Ulla Jelpke**. Die Grünen dienten sich damit „als Steigbügelhalterin einer maroden Regierungskoalition" an, sagte Jelpke. „Sie verringern durch Mindestkriterien mutwillig die sowieso geringen Möglichkeiten, aus der Opposition heraus den bestmöglichen Einfluß auf die Reform des Staatsangehörigenrechts zu nehmen". Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, **Cornelia Schmalz-Jacobsen** (FDP), stellte unterdessen als Leiterin der Arbeitsgruppe „Migration" der ***FDP*** einen Beschluß des FDP-Bundesvorstands vor, der die Erarbeitung eines „Zuwanderungskontrollgesetzes" sowie eines „Fahrplans zur Integration" vorsieht. Damit will die FDP die Zuwanderung in die BRD steuern und jährliche Einwanderungsquoten unter Einschluß der Aussiedler einführen. Die Zahl anerkannter politischer Flüchtlinge wird diesen Plänen zufolge von der Quote abgezogen. Unterdessen ist die „Flughafenregelung" im Asylrecht weiter in die Kritik geraten. Die Bundesregierung mußte diese Woche auf Anfrage von Ulla Jelpke erklären, daß 1995 alleine im Transitbereich des Flughafens Frankfurt/Main zehn dort inhaftierte Menschen versucht haben, sich umzubringen. Für die anderen Flughäfen hat die Bundesregierung keine Zahlen bekanntgegeben. ◆

Am 1. April '96: Die neue *Was geht ab?*

Baden-Württemberg

Unterstützer der »Jungen Freiheit«

AN 2/96 - Ein "unabhängiges" Betriebsratsmitglied vom ***Mercedes Benz*** ist zum Hintermann der rechtsextremen ***Jungen Freiheit*** aufgestiegen. Seit Oktober 1994 ist **Ulrich Ruth** laut Handelsregister Kommandantist der "Jungen Freiheit, Verlag und GmbH & Co". Mit einer Einlage von 10.000 Mark engagiert sich der Untertürkheimer Betriebsrat, der über eine "Alternativ-unabhängige Liste für Angestellte" (AfA) in die Arbeitsnehmer-Vertretung kam. Sein privates Engagement gehe die Beschäftigen nichts an, meint Ruth: "Für einen Betriebsrat ist es total unwichtig, ob der irgendwo im Handelregister steht". Gestanden hat Ruth auch schon in den Reihen der ***NPD*** und der ***Deutschen Liga***. In einem Brief an die "Stuttgarter Zeitung" hielt er 1992 eine Koalition der CDU mit den rechtsextremen Republikanern für angebracht, weil deren Aussagen "zum Asylthema ganz ähnlich" seien. Ruths ehemaliger Kollege **Ulrich Deuschle** sitzt bereits für die ***Republikaner*** im Landtag. Als "Fachreferent im Geschäftsbereich Nutzfahrzeuge" ist der 43jährige Diplom-Volkswirt von seinem Arbeitsgeber zur Zeit freigestellt. Seinem Metier ist der Abgeordnete denoch treu geblieben: Er leitet den Verkehrsausschuß. ◆

REP-Landesparteitag

WGA - Die ***Republikaner*** wollten am 24. Februar '96 in Heidenheim ihren Landesparteitag durchführen. Beginnen sollte der Parteitag um 10.00 Uhr im Großen Saal des Konzerthauses in Heidenheim. Es waren Reden von dem REP-Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** und dem REP-Landesvorsitzenden, **Christian Käs** geplant. Außerdem sollte das Landeswahlprogramm beraten und verabschiedet werden. Als Organisator trat der REP-Funktionär **Alfred Degenbach** auf. ◆

BFB will Schlor ausschließen

EV 15.1.96 - Der ***Bund freier Bürger - Die Freiheitlichen*** will sein Bundesvorstandsmitglied **Karl-Peter Schlor** ausschließen. Von März bis September 1995 war Schlor Vorsitzender des baden-württembergischen Landesverbandes der Brunner-Partei. Ihm wird vorgeworfen, beim Eintritt in den Bund freier Bürger eine *NPD*-Mitgliedschaft in den Jahren 1968/69 verschwiegen zu haben. ◆

SPD mit REP-Parolen ?

JF 9.2.96 - Die ***SPD*** hat auf Druck der Bonner Parteizentrale ein geplantes Plakat für den Landtagswahlkampf Baden-Württemberg gestoppt. Auf diesem stand *„So nicht CDU! Stabile Währung statt noch mehr Arbeitslose: 1999 kein Euro“*. Nach Presseberichten forderte SPD-Chef **Oskar Lafontaine** den Landesvorsitzenden **Maurer** auf, die Parole zurückzuziehen. Der *REP*-Vorsitzende, **Rolf Schlierer**, erklärte daraufhin: *Ich bin Herrn Lafontaine dankbar, daß er das Plakat, dessen Slogan von uns Republikanern stammen könnte, verboten hat. Ich hatte schon befürchtet, Maurer und* **Spöri** *wollten uns europapolitisch rechts überholen“*. ◆

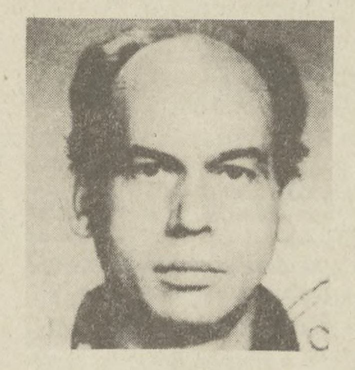
Verfahren gegen REP'ler eingestellt

bnr 3/95 - Das Amtsgericht Böblingen hat ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen den stellvertretenden *REP*-Kreisvorsitzenden **Rudi Weinert** gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Der 57jährige Weinert, der für die REPs bei der Landtagswahl im Wahlkreis Leonberg-Herrenberg antritt, erklärte sich bereit, 5000 DM an eine Organisation für christlich-jüdische oder deutsch-jüdische Zusammenarbeit zu bezahlen. Weinert war 1994 nach einigen Äußerungen in einem Interview mit einer Lokalzeitung von einem ***Grünen***-Landtagsabgeordneten angezeigt worden. ◆

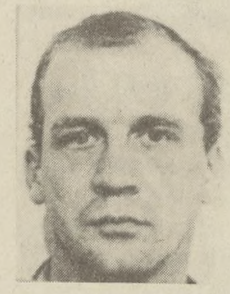
Bayern

Söldnerprozeß in Memmingen

AN 25/95, Infoblatt, DRR #38 - In Memmingen fand erstmalig in der BRD ein Prozeß gegen Söldner aus dem früheren Jugoslawien statt. Die Anklage beruhte auf dem Vorwurf des Mordes an zwei deutschen Söldnern aus derselben Einheit. Im September waren die Ex-Söldner **Ralf Rüdiger Mrachacz** (41) aus Breitung und **Falk Simang** (31) aus Dresden wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie hatten ihren damals 30jährigen Söldner-Kollegen **Constantin Bieske** aus Eberswalde und einen weiteren Söldner mit Vornamen **Heinz** umgebracht. Falk Simang hatte außerdem in Johannesburg Wahl-



Ralf Rüdiger Mrachacz



Falk Simang

urnen geklaut und auf Soldaten geschossen. In Wien wird wegen der Ermordung von Constantin gegen die beiden Österreicher **Harald Stefan Trupp** (24) aus Kärnten und **Wolfgang Niederreiter** (24) aus dem Salzburger Land verhandelt. Ins Rollen kamen die Ermittlungen als Falk Simang am 21. September '93 im Fernsehen erwähnte, daß er *„mit Sicherheit einen Menschen in Bosnien-Herzegownia“* getötet habe. In dem Prozeß tauchte auch als Zeuge der belgische Faschist **Roger Spinnewyn** auf. Der 65jährige Spinnewyn ist Vorsitzender des Vereins ***Freunde für Südafrika***. Sein Sohn, **John Spinnewyn**, sitzt für den ***Vlaams Blok*** im Brüsseler Parlament. Roger Spinnewyn wurde zwar am 28. November '95 wegen eines Waffentransportes festgenommen, durfte dann aber später doch wieder ausreisen. Spinneyn und sein Verein vermitteln europäische Rechtsextremisten als Söldner oder auch für Wachschutzjobs nach Südafrika. ◆

BFB'ler mit Nazi-Sprüchen

AN 2/96 - Während einer Versammlung des ***Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB)*** in Markt Schwaben, auf der auch die Kandidaten für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl im März nominiert wurden, hatten Besucher über den Vorsitzenden des ***Zentralrats der Juden***, **Ignaz Bubis**, gesagt: *„Mit dem Bubis hat Hitler den Schlimmsten vergessen“*. Es wurden aber auch Aussagen wie *„Wir brauchen keinen kleinen Hitler, sondern einen großen“* gemacht. Die Polizei ermittelt nun seit Jahresanfang wegen Verdachtes auf strafbare Äußerungen. Der BFB-Ortsvorsitzende **Franz Rader** verharmloste dar-

aufhin die Nazi-Sprüche als Witze. Sein Stellvertreter **Klaus Schönberger** legte seine Parteiämter nieder und verließ den BFB. Er forderte über Anzeigen in den Lokalzeitungen den BFB zu einer „schnellen und unmißverständlichen Distanzierung" auf und wurde daraufhin vom BFB als „hysterisch" abgestempelt. Eindeutige Positionen vertritt auch der Ex-SPD'ler und Feltinger Gemeinderat **Josef Eding**, der nun für den BFB zum Gemeinderat kandidiert. So schrieb Eding in einem Leserbrief an eine Lokalzeitung: *„Nach dem zweiten Weltkrieg ... setzte eine Umerziehung ein, die all das systematisch bekämpft, was das Wesen des Volkes ausmacht*". Von Umerziehung war auch in der revanchistischen Zeitung ***Der Schlesier*** zu lesen, die Anfang '95 einen Offenen Brief von Josef Eding an Roman Herzog abdruckte. ◆

BFB und Freiheitliche

AN 2/96, JF 19.1.96, bnr 3/96 - In einigen Städten in Bayern (u.a. München und Augsburg) will eine Partei mit dem Namen ***Die Freiheitlichen*** kandidieren. Diese Partei ist eine ***Republikaner***-Abspaltung. So trat für sie in München u.a. der ehemalige REPler **Thomas Lorenz** an. Lorenz protestierte zusammen mit seinem Kollegen **Sengmüller** dagegen, daß **Brunners *Bund Freier Bürger (BFB)*** unter der Doppelbezeichnung ***BFB - Die Freiheitlichen*** zur Wahl antreten will. In München scheiterten „Die Freiheitlichen" allerdings erstmal kläglich, weil sie nur sechs Unterschriften für eine Wahlzulassung zusammenbekamen. ◆

BFB in München

AN 3/96, bnr 2/96, JF 19.1.96, WGA - Der ***Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB)*** ist in München zur Stadtratswahl zugelassen worden und **Manfred Brunner** (BFB-Bundesvorsitzender) kandidiert für den Münchner Stadtrat. Der BFB scheint hier Unmengen an Wahlkampfgeld zu besitzen: So schaltete er ganzseitige Zeitungsinserate, hängt München mit zahlreichen Plakaten zu und belästigt die Münchner konsequent mit Hauswurfsendungen. Fast jeder Münchner kommt zu einem BFB-Programm, das in 17 Punkten nicht nur die Anpflanzung neuer Straßenbäume und die Ausgestaltung der Isar zu einem Gebirgsfluß, sondern auch die „Verhinderung von asylbezogenem Sozialmißbrauch" fordert. Ein eigener Punkt befaßt sich mit der „Inländerfreundlichkeit", einem Ausdruck der von der ***NPD*** eingeführt wurde. Hier erklärt der BFB, daß er die *„als „politisch korrekte" Ausländerfreundlichkeit getarnte Inländerfeindlichkeit*" ablehnt und sich zur Inländerfreundlichkeit verpflichtet. Außerdem verkündet er: *„Rechtmäßig und rechtstreu lebende Ausländer werden wir gerne im Stadtrat vertreten, aber im eigenen und deren Interesse lehnen wir jede weitere Erhöhung des Ausländeranteils ab*".

Brunner brachte sich in die Lokalzeitungen, indem er den Polizeipräsidenten **Koller *(CSU)*** und den Kreisverwaltungsreferenten **Hans-Peter Uhl** (CSU) zu einer BFB-Veranstaltung am 10. Januar '96 einlud. Die beiden folgten der Einladung als „Privatpersonen". Hans-Peter Uhl hetzte hier die etwa 800 Besucher auf mit Sprüchen wie *„Je exotischer und unnormaler eine Minderheit ist, umso größer ist der Steuerbetrag, den sie bekommen*". ◆

Klaus Beier empfiehlt REPs und ÖDP

AN 3/96, Infoblatt, WGA, NB, Rabaz - Der Nazi-Kader **Klaus Beier** aus Kirchzell hat in einer Erklärung an Mitglieder und Sympathisanten der ***NPD*** empfohlen, bei den bayerischen Kommunalwahlen in Unterfranken die ***Republikaner*** oder die ***Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP)*** zu wählen. Beier ist Kreisvorsitzender der ***JN*** und der NPD in Aschaffenburg/Miltenberg, Bezirksvorstand Unterfranken, ***Bund Frankenland***, Pressesprecher vom ***Deutschen Freundeskreis Frankenrat***, Redakteur in der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** der ***Nationalen***, ehemalige Bezugsadresse der Nazi-Zeitung ***Junges Franken***, Anmelder der geplanten Rudolf-Heß-Märsche 1995 in Fulda und Wunsiedel, Anmelder des Hans-Münstermann-Marsches 1994, Organisator des NPD-Deutschlandtreffens in Karlstadt und des Kongresses der nationalistischen Jugend in Europa. 1994 suchte Beier per Kleinanzeige Leute für eine „Urlaubsreise" nach Kroatien. Erreichen kann mensch Klaus Beier (Tel: 09373-1748, Fax: 99086) über das Postfach 1209, 63882 in Miltenberg oder in seiner Stammkneipe, der Pizzeria ***Quo Vadis***, in Amorbach. Hier fanden auch schon Nazi-Treffen statt. Der fränkische ÖDP-Vorsitzende **Michelet** war über diese kostenlose Werbung nicht gerade begeistert, die Zielsetzung der NPD stünden nämlich nach seiner Meinung im krassen Widerspruch zum humanistisch-christlichen Weltbild der Öko-Demokraten. ◆

SS-Mörder lebt in Bayern

JW 1.2., FR 3.2.96 - Der ehemalige ***SS***-Obersturmbannführer **Sören Kam** (74) lebt seit vielen Jahren ungestört in Kempten im Allgäu. Ins Licht der Öffentlichkeit rückte der Däne nun, weil er Anfang Oktober '95 in Österreich an einem Rechtsextremisten-Treffen von alten und neuen Nazis auf dem Ulrichsberg teilnahm, wo auch Haider sprach. Sören Kam zog einst freiwillig für Nazi-Deutschland in den Krieg und verdiente sich als SS-Obersturmbannführer im Rußlandfeldzug das Ritterkreuz. Auch auf Heimaturlaub konnte er das Töten nicht sein lassen: Am 30. August 1943 richtete er den der SS mißliebigen Journalisten **Carl Henrik Clemmensen** in Kopenhagen hin. Gleich nach dem zweiten Weltkrieg wurde er dafür von einem dänischen Gericht zu „lebenslänglich" verurteilt. Ein dänischer Auslieferungsantrag wurde aber 1971 von Deutschland abgeschmettert. Die Staatsanwaltschaft München 2 hatte 1968 ein Verfahren gegen Kam eröffnet und drei Jahre später wieder eingestellt. Mitte der 60er Jahre hatte Sören Kam die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und kann damit nicht nach Dänemark ausgeliefert werden. ◆

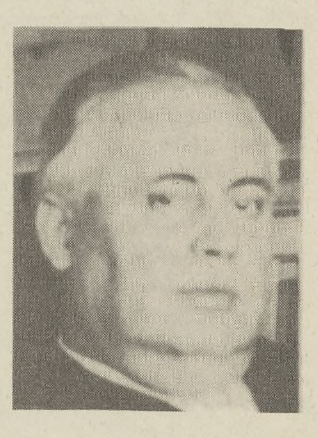
Haftstrafe für Bletschacher

AN 26/95, Infoblatt, WGA - Der ehemalige Vereinsvorsitzende und Geschäftsführer der ***Stillen Hilfe Südtirol***, **Gerhard Bletschacher**, ist zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt



Gerhard Bletschacher

worden. Bletschacher hatte rund 4,9 Millionen Mark Spendengelder für die „Stille Hilfe" veruntreut (siehe WGA #7, 11). Davon konnten jedoch „nur" 2,6 Millionen strafrechtlich geahndet werden. Das unterschlagene Geld hatte Bletschacher in seine marode Käseschachtelfabrik gesteckt. Bletschacher war aber nicht nur



Rudolf Aschenhauer

25 Jahre lang für die Stille Hilfe Südtirol aktiv gewesen. Von 1990 bis 1995 war er z.B. noch ***CSU***-Fraktionschef im Münchner Rathaus. Für sein „ehrenamtliches Engagement" erhielt er das Bundesverdienstkreuz, den Bayerischen Verdienstorden und den Großen Tiroler Adlerorden. Nach Bekanntwerden des Betrugs endete seine Karriereund er wurde Behelfs-Taxifahrer. Die Stille Hilfe Südtirol fiel u.a. dadurch auf, daß sie südtiroler Terroristen und Bombenmörder liebevoll als „Bumser" bezeichnet hatte. Laut „Antifa Infoblatt" ist die Stille Hilfe Südtirol eine Organisation im verschwiegenen Netz des Bonner Innenministeriums. Meist auf Umwegen finanziert dieses Ministerium die „Volkstumspflege" der „deutschen Minderheiten" in fast sämtlichen Staaten Europas mit Millionensummen. Die Stille

Hilfe Südtirol, jahrelang mit Steuergeldern finanziert, erhielt z.B. von 1987 bis 1993 großzügige Zahlungen vom heutigen Ministerialrat **Uwe Stiemke** (Hermann-Niermann-Stiftung). Insgesamt bekam sie von der ***Hermann-Niermann-Stiftung***, dank Stiemke, eine knappe Million Mark. Nicht nur die „Bergbauern" profitierten davon, sondern auch der rechtsextreme ***Tümer-Verlag***. Mit Paletten pangermanischen Schrifttums hatte Bletschacher das Südtiroler Kulturinstitut beliefert. Darauf angesprochen beruft er sich auf **Rudolf Aschenhauer**, einen alten Nazi, berüchtigten NS-Verteidiger und Antisemiten. Aschenhauer, der auch für die Nazi-Zeitung ***Nation & Europa*** schrieb, ist ehemaliger Vorsitzender des ***Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA)***. Damit schließt sich wieder der Kreis zum Bundesinnenministerium. ◆

Ex-SPDler auf REP-Liste

AN 1/96 - Der ehemalige ***SPD***-Oberbürgermeister **Klaus Zeitler** will sich 1996 auf der Liste der ***Republikaner*** um einen Sitz im Stadtrat von Würzburg bewerben. Dabei hatte er gerade im April '95 die REPs verlassen, als diese vom Bayerischen Innenministerium als verfassungsfeindlich eingestuft wurden. ◆

Berlin

Naziclique aufgeflogen

BeZe, JW, Tsp 14./15.2.96 - Eine Serie von über 60 Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund hat die Berliner Polizei aufgeklärt. Eine Clique von ca. vier Jungnazis hat nach Ermittlungen der Polizei in den letzten acht Monaten regelmäßig vietnamesische Zigarettenhändler beraubt. Anzeige haben diese natürlich wegen ihres oft illegalen Status nie erstattet. Bei einer gezielten Observation wurden am 12. Februar 96' vier Jungen am Antonplatz dabei beobachtet, wie sie einem Vitnamesen Zigaretten stahlen. Als der Bestohlene ihnen nachsetzte, griff die Polizei ein. Zwei der Täter werden der Volksverhetzung verdächtigt, da sie in den letzten Monaten wiederholt Nazi-Symbole an die Wände schmierten. Ansonsten haben sie noch in 31 Kellern eingebrochen und zwölf Sachbeschädigungen vorgenommen. Dem Vietnamesen droht Haftbefehl wegen versuchten Totschlags. ◆

Nazi-Angriff auf Türken

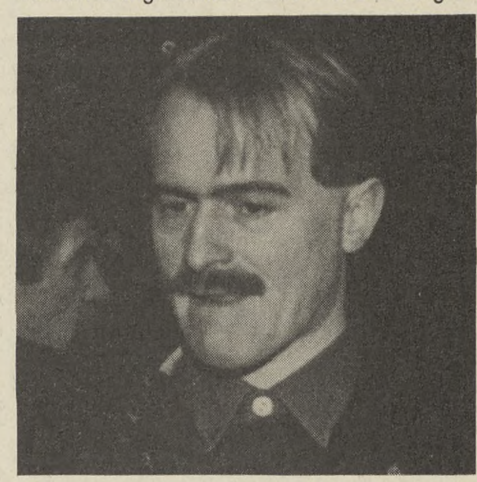
JW, BeZe 13./14.2.96 - Unter dem Beifall mehrerer Nazi-Skins haben zwei polizeibekannte Rechtsradikale am 10. Februar '96 in einer Kneipe in der Schönhauser Allee zwei junge Türken mit Nazi-Sprüchen provoziert und dann zusammengeschlagen. Anschließend bedrohten sie einen Passanten, der sie zum Einhalten aufforderte. Gegen beide wurde erstmal Haftbefehl erlassen, einer kam noch mit Haftverschonung davon. Bei dem 21jährigen aus Prenzlauer Berg und dem 20jährigen aus Pankow wurde Propagandamaterial wie Aufkleber der ***NSDAP/AO*** sowie Aufnäher der verbotenen ***FAP*** beschlagnahmt. ◆

Prozeß gegen Christian Wendt

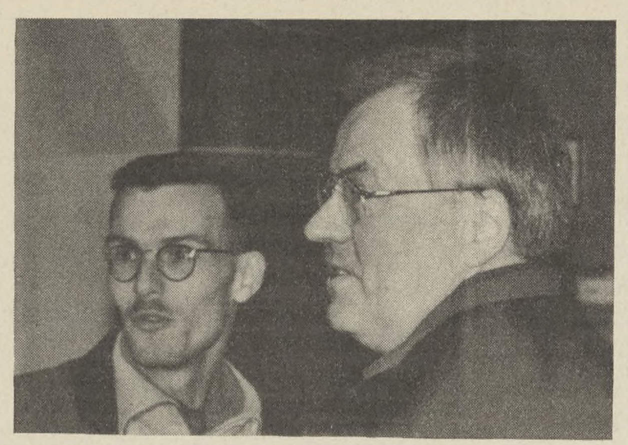
JW, Taz, BeZe, SZ 24./25.1.96 - Vor dem Amtsgericht Tiergarten mußte sich am 23. Januar '96 der Berliner Neonazi **Christian Wendt** verantworten. In einem Artikel der Nazi-Postille ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)*** hatte Wendt, der gleichzeitig als Pressesprecher der ***Nationalen e.V.*** und als „leitender Redakteur" der BBZ auftritt, den brandenburger Innenminister **Alwin Ziel** (SPD) als „Stasimitarbeiter" und „Verbotsminister" bezeichnet. Nachdem mehrere Exemplare der als Propagandablatt der Nationalen fungierenden BBZ von der Polizei im September '94 in Potsdam sichergestellt wurden, hatte Ziel Strafantrag wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt. So wurde Wendt, mit seinem langen Vorstrafenregister, zu sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt. Schon als Schüler flog Wendt wegen NS-Aktivitäten von der Schule, 1989 war er wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Wegen Verleumdung erhielt er schon viermal Strafen, doch das schien ihn bisher nicht groß zu stören.

Christian Wendt (links) und Bodyguarts

Und so führte die Richterin die lange Liste von Wendts einschlägigen Vorstrafen, darunter auch die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und unbefugter Waffenbesitz, als strafverschärfend an. Wendts ständige rassistische und antisemitische Hetze in der BBZ scheint die Justiz dagegen kalt zu lassen. Sein Verteidiger, der bekannte Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg, hatte noch versucht, durch eine Mischung aus Angriffen gegen Richterin Balz und Verschwörungstheorien über Erwin Ziels Vergangenheit einen Freispruch für Wendt herauszuschlagen, was ihm aber deutlich mißlang. Dem Aufruf des ***Nationalen Infotelefons (NIT)*** zum Prozeßbesuch waren unter anderem **Frank Schwerdt**, Wendts politischer Ziehvater und Vor-



Wolfram Nahrath



Detlef Cholewa und Frank Schwerdt

sitzender der Nationalen, **Han-Jörg Rückert** vom ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk***, der Vorsitzende der verbotenen ***Wiking-Jugend***, **Wolfram Nahrath**, der „Nationalen"-Kandidat **Mike Penkert** aus Moabit und der Ex-***FAP***'ler **Detlef Cholewa** gefolgt. Nahrath profilierte sich schon bei Prozeßbeginn durch einen tätlichen Angriff auf einen Fotojournalisten im Gerichtsflur vor seinen Kameraden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist gegen Wendt auch vor der Staatsschutzkammer beim Landgericht Anklage erhoben worden. ◆

Anschlag auf Nazi-Treffpunkt

Tsp, Taz 25.1.96 - In der Nacht zum 22. Januar '96 verübte eine „autonome Gruppe" einen Buttersäure-Anschlag auf die Kneipe ***Schwabenstuben*** (Hauptstr. 70, Berlin-Schöneberg, Tel: 030 / 852 81 90). *„In 'Falkos Schwabenstuben' treffen sich die Drahtzieher des faschistischen Terrors ebenso wie Schlägernazis"*, heißt es in dem BekenennerInnenschreiben. Desweiteren: *„Wir bleiben dabei, daß Widerstand gegen Neonazis auf allen Ebenen stattfinden muß - und dazu gehören auch militante Angriffe!"*. Der Berliner Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Das Lokal ist seit Jahren Treffpunkt für Gruppen wie der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)*** und dem ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk***. Ein Namen machte sich das Lokal, als dort **Peter Dehoust** von der faschistsichen Zeitschrift ***Nation & Europa*** zu einem Berliner Runden Tisch sämtlicher rechten Parteien lud, und es zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen kam (siehe WGA #11). **Michael Falko**, der Betreiber des Lokals, gibt sich unschuldig: *„Ich kann doch nicht riechen, daß die rechts sind"*, jammerte der 46jährige einen Reporter der „Tageszeitung" voll. Der Vereinsraum sei oft unter Pseudonym angemietet worden und die KellnerInnen hätter nur in den Pausen Zutritt gehabt. Erst als Falko *„kahlgeschorene Leute mit Springerstiefeln"* sah, als es zum Protest von AntifaschistInnen vor seinem Lokal kam und als er sein Konterfei auf Plakaten wiederfand, bekam er kalte Füße und ließ sich schleunigst eine telefonische Fangschaltung vom Landeskriminalamt (LKA) installieren. Daß sich in seinem Lokal neben Gruppen wie den „Pudel-Freunden" auch Vertriebenen-Heimatverbänden treffen, findet Falko allerdings in Ordnung. Diese „Kameradschaftsabende" hätten allerdings nichts mit Politik zu tun. ◆

Antifa-Anschlag auf Baufirma

Taz 26.1.96 - In der Nacht des 21. Januars '96 hat die autonome Gruppe ***FSHWINEBÜ*** („Für Schweine haben wir immer noch einen Brandsatz übrig") einen Brandsatz auf einer Baustelle der Firma ***Kuthe*** gezündet. *„Kuthe ist sich nicht zu schade, einen Großteil der 32 Millionen für den Bau des Abschiebeknasts in Berlin-Grünau abzusahnen"*, heißt es in einem Selbstbezichtigungsschreiben. ◆

Wehrsportgruppe aufgeflogen

Taz, BeZe, JW 20.2.96 - Sieben Nazi-Kader sind in Berlin wegen Verdachts auf Bildung einer kriminelle Vereinigung festgenommen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurde gegen die beiden Rädelsführer im Alter von 18 bis 20 Jahren am 17. Februar '96 Haftbefehl erlassen. Aus Notizbüchern hat der Staatsschutz Hinweise auf eine Wehrsportübung im November '95 und ein dafür eingerichtetes Waffenlager erlangt. Bei elf Wohnungsdurchsuchungen in Berlin wurden aber nur noch Luftdruckwaffen aus dem inzwischen geräumten Lager gefunden. Nach bisherigen Erkenntnissen beging der harte Kern vom ***Weißen Arischen Widerstand / Heimatschutzfreikorps*** bereits mehrere Straftaten. Dazu gehören Sachen wie das Kleben verfassungswidriger Plakate anläßlich der Heßgedenkwoche, wiederholtes „Sieg-Heil"-Gegröhle in den Nachtstunden sowie Angriffe gegen AusländerInnen, jüdische BürgerInnen und Linke. Außerdem die Planung eines Anschlages auf einen türkischen Kiosk. Obendrein wurde bereits die Anschaffung scharfer Waffen bzw. die Herstellung von Brandsätzen besprochen. ◆

Nazi-Attacke verhindert

Taz 22.1.96 - Am 19. Januar '96 verhinderten zwei S-Bahn-Sicherheitsleute einen Angriff von 15 Nazi-Skins auf zwei Farbige, dabei wurde ein Wachmann leicht verletzt. Die Polizei konnte vor dem Bahnhof Pankow-Heinersdorf noch acht der Angreifer im Alter von 16 bis 25 Jahren festnehmen. Das Landeskriminalamt hat Ermittlung wegen Verdachts des Landfriedensbruch eingeleitet. Die teilweise angetrunkenen Skins waren von den Wachmännern dabei beobachtet worden, wie sie intelligenterweiser die Sitze mit abgebrochenen Bierflaschen aufschnitten. Später, als sie die Farbigen bemerkten, wechselten sie das Abteil, und gingen mit Baseballschlägern, erhobenen Arm und Sprüchen wie: „Euch hängen wir auf" auf den Bahnsteig. Die Sicherheitsleute versuchten vergeblich die Tür zuzuhalten, wobei einer durch Tritte in den Unterleib so verletzt wurde, daß er später ins Krankenhaus mußte. Immerhin schafften es die Angreifer nicht mehr, ins Abteil zu gelangen und wurden dann, nachdem sie noch die Scheibe des Bahnhofeingangs zertrümmerten, von der Polizei zur Blutprobe und ED-Behandlung mitgenommen. Anschließend wurden die deutschen Recken dann den Eltern übergeben. ◆

Der 27. Januar in Berlin

Taz, BeZe, Aspekte 23.-29.1.96 - Anläßlich des offiziellen Gedenktages der Opfer vom Faschismus am 27. Januar '96 fanden in Berlin unterschiedlichste Ehrungen statt. Die ***Internationale Romani Union*** und die ***Romani Union Berlin*** luden zu einer Veranstaltung in die Humboldt-Uni unter dem Motto: *„60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz - Die Roma kämpfen um ein Leben nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien"*. Der Senat gedachte den NS-Opfern in der Gedenkstätte Plötzensee, wo die Faschisten ca. 2.500 Menschen hinrichteten. Das ***Kultur Büro Berlin*** erinnerte mit einer Sonderführung unter dem Motto *„Widerstand, Tod und Befreiung"* und in Hohenschönhausen wurde eine Gedenktafel zu Ehren des von Faschisten ermordeten jüdischen Arztes **Victor Aronstein** enthüllt. Zu einer Veranstaltung über den Umgang mit Gedenktafeln, Ehrengräbern und -bürgern lud das ***Stadtgeschichtliche Museum*** am 24. Januar '96 in die Pistoriusstraße 8. Bisher wurden in Weißensee seit der Wende drei neue Gedenktafeln aus dem Senatsprogramm enthüllt. Mit einem Vertreter vom ***Bund der Antifaschisten*** wurde zugleich besprochen, warum die Gedenktafeln aus DDR-Zeiten abgenommen werden. Gerade noch rechtzeitig zum offiziellen Gedenk-

tag meldete sich auch noch Berlins neuer Kultursenator **Peter Radunski** von der CDU zu Wort und sprach sich gegen die Realisierung des Denkmals für die Ermordeten Juden Europas nach dem Entwurf von Christine Jackob-Marks aus. Im ZDF-Kulturmagazin „Aspekte" forderte er die im Frühjahr '95 getroffene Entscheidung zu revidieren. Radunski: *„Über das Holocaust-Mahnmal muß neu nachgedacht werden"*. ◆

Nachtrag zur WGA #13 (Anti-Antifa-Prozeß)

1.) Der Angeklagte im Anti-Antifa Prozeß soll - nach Ansicht einer Antifas - nicht **Hans-Jörg Rückert**, sondern **Han-Jörg Rückert**, heißen. Hans heißt auf jeden Fall sein Papi (auch Neonazi).

2.) Nicht die ***Kameradschaft Treptow*** ist nicht verboten, sondern die Treptower ***FAP***-Kameradschaft.

3.) Das große Rätselraten um Heiko ist nicht beendet, einige fitte Antifas vermuten aber hinter „unserem Sonnenschein" **Mirko Tambach** (Foto letzte WGA).



Hans-Jörg Rückert sen. (links) mit seinem verzogenen Sohn

Polizist freigesprochen

BeZe 1.2.96 - Ein 27jähriger Polizist ist am 31. Januar '96 vor dem Berliner Amtsgericht Tiergarten vom Verdacht der Körperverletzung an einem Vietnamesen freigesprochen worden. Ebenfalls freigesprochen wurde ein 23jähriger Polizist, dem vorgeworfen worden war, die Mißhandlungen nicht verhindert zu haben. Dem 27jährigen war vierfache Körperverletzung im Amt zur Last gelegt worden. Unter anderem soll er am 3. Juni '94 einen Vietnamesen bei einem Polizeieinsatz mit Tritten und Schlägen verletzt haben, auch auf der Fahrt ins Revier und in der dortigen Zelle soll das Opfer noch mehrmals traktiert worden sein. Der Vorsitzende Richter sagte in seiner Urteilsbegründung: *„Es kann so gewesen sein, aber zur Verurteilung bedarf es hundertprozentiger Sicherheit"*. ◆

Untervermietung für legalen Aufenthalt

ND 7.2.96 - Die ***Bürgerinitiative für ausländische MitbürgerInnen Hohenschönhausen*** schilderte im „Neuen Deutschland" vom 3. Januar '96 die schwierige Wohnsituation vietnamesischer VertragsarbeiterInnen und baten Haus- und WohnungsbesitzerInnen um Unterstützung durch Untervermietung. Dies ist erforderlich, um wohnungslosen VietnamesInnen einen legalen Status zu ermöglichen. Ganz überzeugt vom Erfolg dieses Hilferufes war am Anfang nicht mal die Bürgerinitiative selbst. Umso größer war die Überraschung, als rund 50 Hilfsangebote telefonisch und schriftlich eingingen. Natürlich ist noch nach wie vor vielen VietnamesInnen nicht geholfen, darum hier die Adresse: **Bürgerinitiative für ausländische MitbürgerInnen Hohenschönhausen, Gehrenseestraße 6, Haus F, 13063 Berlin, Tel./Fax: 030 / 4977 5263.** ◆

Brandenburg

Urteil im Dolgenbrodt-Prozeß

BM 27.1.96 - Im Dolgenbrodt-Prozeß wurde der Angeklagte **Silvio Jankowski** am 26. Januar '96 vor dem Frankfurter Landgericht zu einer zweijährigen Jugendstrafe verurteilt, die für drei Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurde. Außerdem muß er eine Geldbuße von 7.200 DM an die rechte ***Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM)*** zahlen. Bei der Strafzumessung wurde die elfmonatige Untersuchungshaft und seine „offensichtliche Abkehr" von der rechten Szene berücksichtigt. Nach der Aussage von 70 ZeugInnen und Sachverständigen sah das Gericht es als erwiesen an, daß Jankowski das bezugsfertige Flüchtlingsheim in Dolgenbrodt bei Königs Wusterhausen in der Nacht zum 1. November '92 angezündet hatte. Der Vorsitzende Richter **Heinz Steinbrinck** sagte, die Tat sei rassistisch motiviert gewesen und müsse im Zusammenhang mit den Brandanschlägen auf Asylbewerberheime in Rostock, Hoyerswerda und Solingen gewertet werden. Nach Ansicht des Gerichts tragen auch die DorfbewohnerInnen von Dolgenbrodt durch ihr ausländerfeindliches Verhalten Verantwortung für die Tat. Jankowski hatte einige Tage vor dem Anschlag an einer Bürgerversammlung teilgenommen, bei der die Mehrheit der Dörfler sich lauthals gegen den Einzug von Ausländern in das ehemalige Kinderferienlager ausgesprochen hatten und angekündigt hatten, das Objekt „notfalls abzufackeln". Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung haben nun Berufung gegen das Urteil angekündigt. Für Rechtsanwalt **Carsten Beckmann** ist die Indizienkette lückenhaft. Der Staatsanwaltschaft dagegen ist das Strafmaß zu gering. Jankowski war bereits im Sommer '94 in ersten Prozeß vor den Potsdamer Landgericht „aus Mangel an Beweisen" freigesprochen worden. Nach der Revision hatte der Bundesgerichtshof damals eine Neuverhandlung angeordnet. ◆

Rechtes Gegröhle in Alt-Ruppin

RA 29.1.96 - Die Gäste des Hotels „Am alten Rhin" wurden in der Nacht zum 25. Januar '96 durch lautes Faschogegröhle morgens gegen 3.00 Uhr aus dem Schlaf gerissen. Vor dem Billiardcafe Engels-/Ecke Brückenstraße und brüllten rechtsradikale Parolen. Die Neuruppiner Kripo hatte keine Kenntnis von diesem Vorfall, ergaben Anfragen. Als Treffpunkt von rechten Jugendlichen ist diese Ecke auch nicht bekannt. Dem gegenüber stehen Berichte von Anwohnern, die von Schlägerein an diesem Platz berichten. ◆

Hakenkreuze in Neuenhagen

JW 29.1.96 - Am Sonnabend den 27. Januar '96 haben unbekannte Täter in Neuenhagen bei Berlin Hakenkreuze und eine ausländerfeindliche Parole an Häuserwände gesprüht. Die Schmierereien erstrecken sich über eine Gesamtlänge von 20 Meter, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. ◆

Ehrenmal geschändet

JW 1.2.96 - Am Sonntag den 28. Januar '96 schändeten unbekannte Täter das Ehrenmal für die Verfolgten des Naziregimes in Königs Wusterhausen. Die Faschos sprühten mehrere Hakenkreuze an das Ehrenmal und malten Kränze, die am Sonnabend zum Gedenken an die NS-Opfer niedergelegt worden waren, schwarz an. ◆

Prozeß gegen Polizisten

BeZe 24.1.96 - Im Prozeß gegen acht Polizisten wegen Verdachts der Mißhandlung von Vietnamesen ist die Anklageschrift am 23. Januar '96 vor dem Landesgericht Frankfurt (Oder) verlesen worden. Den Beamten aus Bernau wird in 23 Fällen Körperverletzung im Amt sowie Aussageerpressung, Freiheitsberaubung und Strafvereitelung im Amt vorgeworfen. ◆

Sozial-Aktivist in Haft

JW 22.1.96 - Am 8. Januar '96 wurde der Sozialaktivist **Jens E. Schröter** an der polnische Grenze festgenommen und in der Justizvollzugsanstalt (JVA) „Schwarze Pumpe" in Spremberg inhaftiert. Dagegen protestierte nun die ***Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI)*** in einer jüngst verbreiteten Presseerklärung. Der Grund des Haftbefehls sei eine Protestaktion der Gruppe ***Robin Soz*** gegen den sogenanten Solidarpakt am 11. März '93 in der Bonner Bannmeile gewesen. Die deswegen verhängten Bußgelder seien von allen Beteiligten, außer Jens E. Schröter, bezahlt worden. Er habe sich entschlossen, eine Ersatzfreiheitsstrafe anzutreten, um seinen Protest fortzusetzen und auf die aktuellen, stetig weiterführenden Sozialleistungskürzungen hinzuweisen. Der Antritt der 15tägigen Haft war in Absprache mit dem Bremer Justizsenator für die zweite Januarhälfte in einer Bremer JVA geplant. Dazu kam es allerdings nicht, da Schröter bei einem Grenzüberschritt aus Polen festgenommen wurde. Er versuchte nun erfolglos, in seinen Wohnort Bremen verlegt zu werden. Dazu trat er in einen Hungerstreik, der in einer schweren Nierenkolik endete. Nach einem zweiwöchigem Krankenhausaufenthalt wurde er erneut in die „Schwarze Pumpe verbracht. Die BGA-SHI protestiere dagegen, daß Demonstrationen gegen Sozialkürzungen mit strafrechtlichen Mitteln geahndet werden. Die Behörden verweigerten Jens Schröter die Verlegung nach Bremen, um ihm kein Forum für seinen Protest zu geben. „Statt Sparen bei den Armen - streichen bei den Reichen" fordert die BAG in ihrer Erklärung. ◆

Staatsanwaltschaft provoziert

MAZ 3.1.96 - Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat Ermittlungen gegen einige BewohnerInnen des Jugendwohnprojektes „Mittendrin" aufgenommen. Der Überfall rechter Jugendlicher auf das Mittendrin-Haus im Oktober '95 (siehe WGA #10) soll nämlich ein Vorspiel gehabt haben. Zuerst hätten einige Jugendliche aus der linken Szene die späteren Angreifer auf der Straße attackiert und dabei einen jungen Mann zusammengeschlagen. Weil der Angriff aus einer Gruppe heraus erfolgte, soll eventuell der Tatbestand des Landfriedensbruch gegeben sein. ◆

Bremen

Durchsuchungen im Antirassismus-Büro

JW 20.1.96 - Um den Urheber des Demonstrationsaufrufs gegen den **Kanther**-Besuch herauszufinden, wurden zwei Wohnungen und das ***Antirassismus-Büro (ARAB)*** durchsucht. In dem Aufruf war Kanther als Schreibtischtäter bezeichnet worden. Der Staatsschutz hat angedroht, künftig jede Äußerung des ARABs zu kriminalisieren. Zur Zeit stehen außerdem noch Prozesse gegen zwei Mitarbeiter des Büros wegen „Volksverhetzung" an. ◆

Verfahren eingestellt

WGA 6.2.96 - Wegen „fehlender Erkenntnisse über die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei" ist das Verfahren gegen den Bremer Landesvorsitzenden der ***Republikaner*, Ralf Riedemann**, eingestellt worden. Der Polizeihauptmeister Riedemann will jetzt die Stadt Bremen auf 10.000 Mark Schadensersatz verklagen, da ihm wegen des laufenden Disziplinarverfahrens sein Dienstjubiläum verweigert worden sei. Außerdem will er die Senatskommision auffordern, ihm die Jubiläumszuwendung „mit entsprechender Verzinsung" sofort zu überweisen. ◆

Hamburg

Antifas verhaftet

NIT 19.1.96 - Nach dem Brandanschlag von Lübeck zogen etwa 40 Antifas zum Studentenhaus der Burschenschaft ***Germania***. Sie errichteten Barrikaden, entglasten einige Scheiben und PKWs und malten Parolen ans Haus. Dann verschwanden sie mit der U-Bahn. Diese konnte aber an der nächsten Haltestelle von der Polizei gestoppt werden. Etwa 30 der Antifas wurden festgenommen. ◆

Faschistische Propaganda im Kino

DRR #38 - Am 5. November '95 demonstrierten rund 70 AntifaschistInnen gegen die Aufführung faschistischer Filmpropagenda im ***City-Kino***. Dabei fiel **Horst Müller** durch penetrantes Fotografieren der Demoteilnehmer auf. Er ist der Kassenprüfer des ***Freundeskreis Filmkunst***. Sein Film wurde unter polizeilicher Aufsicht gezeigt. ◆

Erstes Urteil im Polizeiskandal - Zeuge bedroht

JW, Taz 3.2., JW 8.2., BeZe 9.2.96 - Am 1. Februar '96 wurde der Polizist **Joachim L.** wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 9.000 DM verurteilt. Für das Gericht war es erwiesen, daß der Angeklagte einen Afrikaner mit Desinfektionsspray mißhandelt hat. Der Vorfall ereignete sich 1992 auf der Kirchenallee-Wache in der Nähe des Hauptbahnhofs. Als Kronzeuge trat der Polizist **Uwe Chrobok** auf, der Joachim L. mit einer Spraydose in der Hand vor einem entkleideten Afrikaner sah. Dies ist die erste Verurteilung im Polizeiskandal, gegen fünf weitere Polizisten wurde Anklage erhoben. Währenddessen wurde bekannt, daß Uwe Chrobok per Post Morddrohungen erhalten hat, die wahrscheinlich aus Kollegenkreisen stammen. ◆



Nazi-Wissenschaftler gestorben

bnr 2/96 - Im Alter von 89 Jahren ist der Raketenbauer **Arthur Rudolph** (*NSDAP*-Mitgliedsnummer 562007) gestorben. Er gehörte zu einer 118-köpfigen Wissenschaftlergruppe um **Wernher von Braun**, die nach dem 2. Weltkrieg in die USA gebracht wurde. Dort stieg er zum Direktor der ***NASA*** auf. 1984 gab er seine amerikanische Staatsbürgerschaft auf, weil ihm Justizbeamte drohten, ihm den Prozeß zu machen. Der Vorwurf ist, er habe als Produktionsdirektor der V-2 Raketen von 1943 bis 1945 an der „Drangsalierung von Zwangsarbeitern, darunter Insassen des KZ Dora-Nordhausen teilgenommen". ◆

Hessen

Aufmarsch verboten

Taz 26.1.96 - Eine von der ***NPD*** für den 27. Januar '96 geplante Kundgebung in Wetzlar wurde am 25. Januar von der dortigen Stadtverwaltung verboten. Der Oberbürgermeister **Walter Froneberg** (SPD) begründete das Verbot damit, daß die Veranstaltung ausgerechnet an dem Tag, der zum nationalen Gedanktag für die Opfer des Nationalsozialismus erhoben wurde, stattfinden sollte. ◆

Grüner Justizminister für Abschiebungen

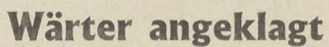
JW 12.2.96 - Der hessische Justizminister **Ruppert von Plottnitz** von den ***Grünen/Bündnis 90*** macht sich für besondere „Privilegien" für ausländische Strafgefangene stark. Sie müßten einen Teil ihrer Strafe nicht verbüßen, wenn sie sich vorzeitig in ihre Herkunftsländer abschieben ließen. Bei einer solchen Form der Ausweisung gehe es nicht um die Ausländerpolitik, sondern um die Vollstreckung von Freiheitsstrafen, beeilte sich der Grünen-Politiker hinzuzufügen. Die Gefangenen müßten nur einverstanden sein, und schon sei das Problem der Überbelegung hessischer Gefängnisse gelöst. Das nämlich ist der Grund für den Kurswechsel der rot-grünen Landesregierung. Von Plottnitz orientiert sich nun offenbar an anderen Maßstäben als an ehemaligen politischen Vorgaben seiner Partei. So wies er darauf hin, daß Hessen im Vergleich zu anderen Ländern von der Möglichkeit vorzeitiger Abschiebungen trotz entsprechender Rundverfügung des Generalstaatsanwalts weniger Gebrauch mache, als andere Länder. ◆

VS-Anwerbeversuch

Infoblatt #33 - Der ***Verfassungsschutz*** versucht seit November '94 Personen aus der Arolser Antifa-Szene anzuwerben. Die Anwerbeversuche der beiden VS-Leute (siehe Foto) waren hartnäckig und fanden jedesmal auf dieselbe Art statt. Die VS'ler wollten über einen Vorfall in Rennertehausen ins Gespräch kommen. Dort wurde ein Nazi-Aktivist angegriffen und verletzt. Die beiden Personen, die wegen dieser Aktion angeklagt sind, wurden dann von den Verfassungsschützern angesprochen. Einer der Antifas wurde mit einer Falschmeldung zur Post gelockt, wo die VS-Leute schon warteten. Mit kleinen „unverbindlichen" Geschenken wie einer Bahncard und einem Antifa-Kalender sollte ihm die Zusammenarbeit versüßt werden. Er wurde danach noch mindestens viermal angesprochen. Bei einem dieser Versuche wurde ihm auch ein angeblicher VS-Ausweis gezeigt, der auf den Namen **Thomas Danner** ausgestellt war, aber kein Foto enthielt. Bei der zweiten Person versuchten die Agenten es ähnlich: Auch sie wurde unter anderem an der Arbeitsstelle angesprochen und finanzielle Unterstützung des Studiums im Falle einer Mitarbeit angeboten. Obwohl die beiden sich auf nichts einließen, meldeten sich die VS'ler noch mehrere Monate lang bei ihnen. ◆



Die beiden VS-Leute



Wärter angeklagt

JW 17.1.96 - Eineinhalb Jahre nach der Revolte in der Kasseler Untersuchungshaftanstalt „Elwe" hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwölf Aufseher wegen Körperverletzung im Amt erhoben. Die Beamten sollen die Aufständischen mißhandelt haben, als diese in ein anderes Kasseler Gefängnis verlegt wurden. Am 24. Juli '94 hatten mehrere überwiegend algerische Abschiebehäftlinge einen Gefängniswärter als Geisel genommen, um damit für bessere Haftbedingungen zu protestieren. Der Aufstand wurde am folgenden Tag von Polizisten der BGS-Einheit ***GSG 9*** niedergeschlagen. Elf an der Revolte beteiligte Algerier wurden inzwischen zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und fünfeinhalb Jahren verurteilt. In ihren Prozessen hatten sie ausgesagt, daß sie nach der Verlegung in die Haftanstalt Kassel-Wehlheiden durch eine Gasse von etwa 20 mit Knüppeln bewaffneten Schließern gehen mußten und verprügelt wurden. ◆

Mecklenburg-Vorpommern

Friedhof geschändet

Taz, JW 12.2.96 - In Schwerin wurde der Ehrenfriedhof für Opfer des Faschismus geschändet. Grabsteine wurden umgestoßen und etwa 60 davon mit SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert. ◆

Niedersachsen

Brandanschlag

UZ 26.1.96 - Am 18. Januar '96 wurde in einem Flüchtlingsheim in Burgwedel Feuer gelegt. Nur der schnellen Reaktion der Bewohner ist es zu verdanken, daß niemand verletzt wurde. ◆

Selbstmord vor Abschiebung

JW 27.1.96 - Aus Angst vor der Abschiebung hat sich in Delmenhorst am 26. Januar '96 ein kurdischer Flüchtling erhängt. Der 45jährige hätte Deutschland bis zum 6. Februar verlassen müssen, da sein Asylantrag Ende vergangenen Jahres abgelehnt worden war. Nach den Angaben von ***Pro Asyl*** haben sich seit Oktober '93 mindestens 21 Flüchtlinge aus Angst vor ihrer Abschiebung das Leben genommen. ◆

Rechtswidrige Abschiebung

Taz 26.1.96 - Gegen den Willen des Verwaltungsgerichts Braunschweig hat der Landkreis Wolfenbüttel versucht, einen 24jährigen Flüchtling aus Togo abzuschieben. Kurz vor dessen Abflug am 24. Januar '96 stoppte die Bezirksregierung Braunschweig die Abschiebung. ◆

Unterschriften gegen Hetendorf

AN 1/96 - Das ***Bündnis gegen Rechts*** sammelt Unterschriften gegen das faschistische Schulungszentrum in Hetendorf, das größte und bedeutendste bundesweit. Die genaue zu unter-

stützende Formulierung lautet: Hiermit unterstützen die UnterzeichnerInnen die Forderung an die zuständigen Behörden, den faschistischen Vereinen ***Heide-Heim e.V.*** (Hamburg) und ***Heideheim e.V.*** (Buchholz) die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Unterschriften schicken an: Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf, c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle. ◆

Faschistischer Mörder freigelassen

Antifa Achim; AchZ 19.12.95; WGA - Am 18. Dezember '95 wurde der Berliner Neonazi **Andreas Hackmann („Hacki")** zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt - und freigelassen. Das Schöffengericht in Achim nahe Bremen sieht bei ihm eine „positive Entwicklung der Persönlichkeit". Doch wegen der besonders krassen Tatumstände erhielt Hackmann trotzdem zweieinhalb Jahre, das zweithöchste Urteil in dieser Sache. „Die Sache" ist das als „Überfall am Barcardi-Beach" bekannt gewordene Wüten einer Gruppe von 20 bis 30 Naziskins gegen friedlich zeltende Jugendliche in der Achimer Marsch. Unter ihnen waren in der Nacht zum 20. Mai '93 etliche zum Teil schwer verletzt worden. Weithin hatte der brutale Überfall für Empörung gesorgt. Ein aus Syke stammende Haupttäter hat inzwischen seine Strafe verbüßt und einen Teil der drei Jahre und neun Monate wegen guter Führung im Knast erlassen bekommen. Dieser hatte nun Hackmann schwer belastet. Er sagte, daß Hackmann schon auf dem Weg zum Zeltlager zusammen mit anderen auf einen jugendlichen Radfahrer mit einem Rohr eingeschlagen hatte, ein Mädchen wurde ebenfalls am Kopf getroffen. Der jetzt 24jährige hatte dann am Strand auf die Jugendlichen eingedroschen, während die Nazis faschistische Parolen brüllten. Andreas Hackmann stach auch einem 17jährigen Mädchen knapp oberhalb der Niere ein Messer in den Körper. Sein Verteidiger aber plädierte für eine Bewährungsstrafe, da sein Mandant ja geständig sei (was nur teilweise stimmt) und mittlerweile auch verheiratet sei. Durch die Untersuchungshaft ist nun die Strafe aber abgegolten. Dies könnte für viele eine Bedrohung bedeuten, wie z.B. Zeugen, die in den letzten Jahren gegen Hackmann ausgesagt haben. Denn der Mann ist für seine Brutalität bekannt. 1990 lebte er in dem von Nazis bewohnten Haus in der Berliner Weitlingstraße, die gleichzeitig die Parteizentrale der ***Nationalen Alternative*** war. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, daß er an der Tötung eines anderen Kameraden beteiligt war - dieser wurde aus dem zehnten Stock eines Hochhauses in Berlin-Lichtenberg gestoßen, weil er seine Schulden nicht bezahlen wollte. Hackmann nahm unter anderem auch an Wehrsportlagern teil, z.B. 1991 in Schweden. Von dort schickte er eine Ansichtskarte an die Berliner „Antifa Jugendfront" (siehe Faksimile). Am 20. März '96 wird es im Amtsgericht Verden weitere Verhandlungen gegen Hackmanns Faschofreunde **Michael Meyer** und **Marc Cassebohm** geben. Auch dieser Prozeß läuft wegen des Überfalls am Barcardi-Beach. Hackmann und weitere Faschisten werden als Zuschauer erwartet. Bei den bisherigen Verhandlungen waren immer auch die Freunde der Nazis anwesend, teilweise bis zu 40 Leuten. ◆

Årjäng, Värmland
Utsikt över Körneberget över Risviken och Västra Silen.

Rotfront. Kameraden!
Schöne Grüße vom Wehr-
sportlager in Schweden.
Das Wetter ist gut, und Odin,
unseren Gott, trifft man
auch öfter. Ihr habt vergessen
die Anti-Fa in Schweden
aufzubauen. Hier giebt es
gar keine Zecken.
Wir haben hier die größte
Hakenkreutzfahne, die es auf
der ganzen Welt giebt.
Sonst ein sehr sauberes Land,
Bloß gestern haben wir einen
Juden erwischt!
Jeg. von in Berlin HACKI!

EINGEGANGEN
23. JULI 1991
Erled.

SVERIGE 4 KR

förlag B. Danielsson, Årjäng Tel. 0573/105 69

Anti-Fa Jugendfront
Gneisenaustr. (Mehringhof)
1 Berlin 61
Germanien

Hackmann irrte: Das Lager wurde von schwedischen Antifas beobachtet

▶ Neue Anschrift! ◀

SB Antifa - **Die Göttinger *SB Antifa* gab bekannt, daß sie eine neue Adresse hat. Da sich die politischen Mehrheitsverhältnisse im AStA Göttingen verändert haben, könnte die Gruppe diese Anschrift nicht mehr benutzen. Die neue Anschrift ist: SB Antifa, c/o IFAK, „Zeitgeschichte", Nikolaistr. 15, 37073 Göttingen.**

»Recht und Wahrheit«

AN 2/96 - Der niedersächsische Landtagsabgeordnete des ***Bündnis 90/Die Grünen*****, Christian Schwarenholz**, hat die Landesregierung aufgefordert, strafrechtlich gegen das Mitglied der ***Deutschen Freiheitsbewegung (DDF)*****, Georg-Albert Bosse**, vorzugehen. Bosse ist der Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift ***Recht und Wahrheit***. Bei Lesertreffen trat zum Beispiel **Christian Worch** auf. Schon 1993 half Bosse diesem bei dem Wahlkampf der mittlerweile verbotenen ***Nationalen Liste (NL)***. Das Landesinnenministerium Niedersachsen bestätigt zwar, daß in „Recht und Wahrheit" rassistisches Gedankengut und antisemitische Tendenzen verbreitet werden, aber Bosse tut dieses angeblich immer so geschickt, daß er sich „am Grenzbereich zur Strafbarkeit" bewegt. Er wurde erst einmal wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe von 7.500 Mark verurteilt. ◆

Bauernverband

AN 23/95 - Etwa 2.000 Menschen versammelten sich zu einer Gedenkveranstaltung des revanchistischen ***Bauernverbandes der Vertriebenen (BVdV)*** unter dem Motto „50 Jahre nach Flucht und Vertreibung - Recht auf Heimat und Eigentum". ◆

Prozeß in Reithalle

JW, Taz 22.1.96 - Der Prozeß gegen die ***Autonome Antifa (M)*** findet wahrscheinlich in einer Reithalle statt. Da der Prozeß aber über ein Jahr dauern soll und es im Winter in der Halle zu kalt ist, muß zuerst eine Heizungsanlage für 300.000 Mark installiert werden. Dadurch verzögert sich der Prozeßbeginn und wird auf den 14. August '96 verlegt. Im Prozeß sollen unter anderem 13.929 abgehörte Telefonate, Observationsvideos aus vier Jahren und Beobachtungsprotokolle ausgewertet werden. ◆

Rassismus beim Karneval

BeZe 20.2.96 - Mit „Empörung und Unverständnis" haben Politiker und Menschenrechtsgruppen auf fremdenfeindliche „Witze" bei Karnevalssitzungen reagiert. Im Zentrum der Kritik steht **Helmut Linssen**, *CDU*-Fraktionsvorsitzender im Landtag. Zwei Tage nach der Lübecker Brandnacht, bei der zehn Flüchtlinge ums Leben kamen, hat Linssen nach Angaben der ***Grünen/ Bündnis 90*** bei seiner Rede in Hagen gereimt: *„Am besten geht es dem Krokodil, einst darbte es am blauen Nil, als es ihm dort nicht mehr gefiel, bekam es flugs bei uns Asyl. Damit es ihm hier gut gefällt, bekommt es reichlich Taschengeld".* In einem Brief forderte der Grünen-Abgeordnete **Hisham Hammad** den CDU-Politiker auf, sich zu entschuldigen. Linssen habe den Karneval zu einem Forum der Volksverhetzung mißbraucht. Den Verdacht der Volksverhetzung erregte auch ein Auftritt des Duos ***Kuddle und Wäggele*** bei einem Kappenabend in Titisee-Neustadt Anfang Februar. In ihrem Vortrag vor 450 Personen, der laut Zeugen von Gelächter und Beifall bedacht worden war, hetzten sie über Italiener, Polen und Russen. Nach Angaben des Vorsitzenden der Zunft in Titisee beschimpften zwar einige der Anwesenden das Duo als Nazis, stießen damit aber bei der Mehrheit im Saal auf Unverständnis. Eine Strafanzeige mehrerer Grünen-Abgeordneter folgte. Nach Angaben eines Sprechers der Staatsanwaltschaft wird gegen das Duo bereits wegen Volksverhetzung ermittelt. ◆

Anschlag auf Flüchtlinge

BeZe 10.2.96 - Unbekannte Rassisten haben in der Nacht zum 9. Februar '96 mehrere Fenster eines Flüchtlingswohnheims in Gladbeck einworfen. Durch Splitter wurde ein zweijähriges Kind am Kopf verletzt. Die Polizei geht wieder mal nicht von einem rassistischen Hintergrund aus.

Ein lustiger REP-Parteitag...

Infoblatt #33 - Kurze Haare, schwarze Bomberjacke und hohe Kampfstiefel, so steht der Ordner an der Einfahrt des kleinen Parkplatzes an der Autobahnabfahrt Beckum. Mit kritischem Blick prüft er das ankommende Auto und winkt es dann zu einem weiter hinten stehenden Fahrzeug. Ein junger Mann steigt aus, legt das Funktelefon aus der Hand und begrüßt die Republikaner. Dann läßt er sich deren Mitgliedsausweis zeigen, trägt die Namen sorgfältig in seine Teilnehmerliste ein, reicht die Wegbeschreibung ins Auto, wechselt noch kurz einige Worte und wünscht seinen Kameraden eine gute Fahrt. Es ist Samstag, der 18. November '95 gegen 8 Uhr morgens und der Landesverband der NRW-***Republikaner*** hat zum Landesparteitag in Cappeln bei Lippstadt geladen. Was die anreisenden REPs zu diesem Zeitpunkt nicht bemerken: Schon seit 7 Uhr sind 30 bis 40 AntifaschistInnen vor Ort. Sie hatten die Kontaktperson, welche den TeilnehmerInnen des Parteitags den Veranstaltungsort mitteilen sollte, gewaltfrei aber bestimmt zum Verlassen des Ortes aufgefordert, was dieser mit quietschenden Reifen sogleich tat. Schon kurze Zeit später nahm ein anderes Auto den Platz ein, die restichen Antifas verzogen sich hinter die nächste Ecke. Als die von der Zivilpolizei angeforderten Einsatzkräfte eintrafen, war wieder alles in Ordnung. In aller Ruhe wurden die Wegbeschreibungen ausgeteilt, alles friedlich, alles okay. Überrascht waren die antifaschistischen Schleuser, welche die REPs mit ihren falschen Wegbeschreibungen zu zehn verschiedenen Veranstaltungsorten leiteten, als gegen 9 Uhr die Ablösung eintraf. Aber - kein Problem, diese wurden kurz eingewiesen, daß die Wegbeschreibungen nur nach Vorlage des Mitgiedsausweises abgegeben werden dürften und man selbst noch einige Sicherheitsaufgaben zu erledigen habe. Später würde man sich am Veranstaltungsort wiedertreffen. Immerhin 15 Minuten brauchten die Reps, um zu merken, daß etwas nicht stimmen konnte. Immerhin führten die Wegbeschreibungen ja alle zu verschiedenen Orten. Als den AntifaschistInnen klar wurde, daß der Schwindel aufgeflogen war, besetzten sie den Parkplatz. Lange Gesichter machten die REPs, als sie ihre „Kameraden" von vorher plötzlich bei der Gegenseite entdeckten. Leider war es ab diesem Zeitpunkt wegen der Polizeipräsenz nur noch möglich, das Weiterleiten der REPs zu be- und nicht mehr zu verhindern. Allerdings ließen sich einige Reps in Sichtweite abfangen und ins Irgendwo leiten. Nach ganzen drei Stunden tauchten dann jene Autos wieder auf, welche schon einmal begrüßt und weitergeleitet worden waren. Die anwesenden Ordnungshüter waren übrigens anfangs genauso leichtgläubig wie die Republikaner. Später amüsierten sie sich teilweise köstlich über die Aktion, ein anderer Teil war ziemlich sauer. Auf jeden Fall ließen sie die Antifas in Ruhe. Einige der Parteimitglieder sind erst nach Ewigkeiten beim Parteitag angekommen, andere haben es nie geschafft. Daß es nicht möglich gewesen ist, den Parteitag zu verhindern, ist zwar bedauerlich, doch sorgte die Aktion auf dem Parteitag für einigen Streit und Verwirrung. ◆

Großrazzia gegen Neonazis

JW 17.2.96 - Bei einer Großrazzia gegen die mögliche Nachfolgeorganisation der verbotenen ***FAP***, die ***Kameradschaft Recklinghausen*** hat die Polizei zwei Lastwagenladungen mit Beweismaterial sichergestellt. Bei der Aktion wurden insgesamt 22 Wohnungen und ein Verlag in Recklinghausen, Herten, Oer-Erkenwick, Herne und eine Wohnung in der Nähe von Cottbus durchsucht. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte die Polizei etwa 15 Mitglieder dieser Gruppe kontrolliert, weil diese verdächtigt wurden, eine Veranstaltung mit **Ignatz Bubis** stören zu wollen. Die Gruppe traf sich damals am Bahnhof, unweit des Veranstaltungsortes. ◆

Keine weiteren Ermittlungen mehr?

JW 3./6.2.96 - Als „frei erfunden" bezeichnete die Bonner Staatsanwaltschaft Vorwürfe gegen Beamte der Bonner Polizei und des Ausländeramtes, lateinamerikanische Frauen während einer Razzia in einer Discothek am 22. Oktober '95 sexuell genötigt zu haben. Deshalb hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Beamten der Polizei und des Ausländeramtes eingestellt, teilte ihr Sprecher **Peter Iwand** mit. An jenem 22. Oktober hatte die Polizei in der Bonner Discothek „Ysabeao" 29 Personen, davon 19 Frauen, festgenommen, weil sie keine gültigen Aufenthaltspapiere vorweisen konnten. Die Frauen wurden nach eigenen Angaben körperlich durchsucht, wobei ein Polizist einer Frau den Slip heruntergezogen und ihr zwischen die Beine gegriffen haben soll. Dabei seien sexistische Sprüche gefallen. In der Gefangenensammelstelle wurde danach eine Festgenommene nach eigenen Angaben per Handschellen an einen ihr unbekannten Mann gefesselt, mit dem sie sogar auf

die Toilette gehen mußte. Ein Teil der betroffenen Frauen hat die Erlebnisse in Gedächtnisprotokollen niedergeschrieben. 25 der Festgenommenen mußten die Bundesrepublik mittlerweile verlassen. An einer Aussetzung der Abschiebung habe nach ihrer richterlichen Vernehmung kein öffentliches Interesse mehr bestanden. Wie Peter Iwand, mitteilte, wurden die Ermittlungen eingestellt, weil die zuständige Staatsanwältin **Dorothee Obsieger** den betroffenen Frauen die Vorwürfe nicht glaubte. Nach ihren Angaben hätten sie die Vorwürfe nur deshalb erhoben, um sich damit ihren Aufenthalt in der BRD zu „erschleichen". Gefragt hat sie die Zeuginnen jedoch nicht. Laut dem Sprecher der Staatsanwaltschaft hätten die Frauen sich erst nach einer Woche geäußert, außerdem seien sie alle mit dem Inhaber der Disco, **Jens Gärtner**, oder dessen Angestellten beruflich oder privat verbunden und die Frauen hätten sich in richterlichen Vernehmungen in Widersprüche verwickelt. Diesen Frauen sei außerdem von dem Discothekenbesitzer die Kaution für ihre Freilassung gestellt worden. Dem stehen Recherchen der Tageszeitung ***Junge Welt*** entgegen, nach denen auch diejenigen Frauen Übergriffe bezeugten, die direkt aus der Abschiebehaft nach Südamerika ausgewiesen wurden. Währenddessen haben insgesamt 16 Polizisten gegen Gärtner Strafanzeige wegen Verlemdung gestellt, was dieser aber begrüßt, damit das Verfahren dann von der anderen Seite her aufgerollt wird. Denn dann muß die Staatsanwaltschaft Gärtner beweisen, daß er alles frei erfunden und er vorsätzliche Verleumdungen ausgesprochen habe. **Jutta Lossen**, Rechtsanwältin einer der betroffenen Frauen, wird wahrscheinlich ein Klageerzwingungsverfahren beim Oberlandesgericht Köln einleiten. ◆

Knütter klagt

JW 1.2.96 - Der Bonner Politologie-Professor **Hans Knütter**, dem mehrfach von Studenten und der Lokalpresse vorgeworfen wurde, er trage durch seine Ausarbeitungen und Verbreitung des „Anti-Antifaschismus" Mitschuld an rassistischen Pogromen, klagt derzeit vor dem Bonner Amtsgericht gegen die linke Bonner Hochschulgruppe ***Liste Undogmatischer StudentInnen (LUST)***. Diese hatte 1993 in ihrer Zeitschrift „LUST-Schriften" unter dem Motto „Gegen die geistigen Brandstifter" zu einer Demonstration gegen den Dozenten aufgerufen und geschrieben, er sei „Mentor und Gründer des mittlerweile aufgelösten universitären Ost-West-Arbeitskreises" gewesen. In diesem Arbeitskreis hatten stadtbekannte Rechtsradikale gemeinsame Veranstaltungen mit dem Auschwitz-Leugner **David Irving** organisiert. Auch der Nazibarde **Frank Rennicke** durfte seinen braunen Mist in den Räumen der Universität vortragen. Gegen das Lokalmagazin ***Schnüss*** strengte Knütter ebenfalls einen Prozeß auf Unterlassung an, jedoch vergeblich. Es darf nun weiter behauptet werden, daß, *„wo Knütter auftritt, Neonazis nicht weit"* sind. Diese und andere Aussagen über Knütter haben seiner akademischen Karriere jedoch keinen Abbruch getan, trotz öffentlicher Proteste. Der Politikwissenschaftler, der sein neuestes Buch „Die Faschismus-Keule" mit dem Untertitel „Das letzte Aufgebot der deutschen Linken" im ***Ullstein***-Verlag veröffentlichte, kann sich an der Uni bester Unterstützung sicher sein. So sind die beiden Dozenten **Manfred Funke** und Kanzlerberater **H.-P. Schwarz**, ebenso wie Knütter, Unterzeichner des Aufrufs ***Berliner Appell***, in dem im Vorfeld des Tages der Befreiung 1995 beklagt wurde, daß *„unter der Parole des Antifaschismus eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte"* betrieben werde. Mit solch einer Rückendeckung kann Knütter vor Gericht jedoch nicht glänzen. Als am 30. Januar '96 das Urteil verkündet werden sollte, präsentierte Knütter plötzlich zwei neue Zeugen: den ehemaligen Verantwortlichen des Ost-West-Arbeitskreises, **Andreas Jahrow** sowie den Vorsitzenden der universitären Kommission „Studium Universale". Die beiden sollen nun am 12. März '96 bezeugen, daß Knütter nicht „Mentor", also Ratgeber, des rechten Arbeitskreises gewesen sei, sondern lediglich „Koordinator", wie seine offizielle Funktion im Vorlesungsverzeichnis genannt wurde. Bleibt also abzuwarten, ob die Richterin an das Urteil zur Klage Knütters von 1995 anknüpft und man weiterhin ungestraft sagen darf, Knütter ist ein geistiger Brandstiffter. ◆

Morddrohung gegen Richter

bnr 2/96 - Der Vorsitzende Richter der Dortmunder Staatsschutzkammer **Manfred Reichel** steht unter Polizeischutz. Anlaß dazu sind konkrete Morddrohungen aus dem Neonazi-Spektrum, die gegen den Richter ergangen sind. Die Staatsschutzkammer hatte den führenden Neonazi **Meinolf Schönborn** am 27. November '95 wegen Verbreitung und Verwendung von verfas-

Türkische Faschos an Universitäten

AN 26/95, 4/96 - Seit Ende letzten Jahres tauchen im Gebäude LF der Uni-GH-Duisburg Aufkleber der faschistischen Organisation ***Graue Wölfe*** auf. Neben den Symbolen der Grauen Wölfe und der drei Halbmonde befindet sich auch folgender türkischsprachiger Text auf den Aufklebern: *„Die Grenzen meines Vaterlandes ziehen sich von Tuna* (Donau) *nach Altay* (in der Mongolei). *Oh Blut, ich habe dich vermißt und in Kürze werde ich dich trinken."* Auf Wandschmierereien heißt es z.B. *„Der Sieg gehört unbedingt den Gläubigen", „Gesegnet sei unsere wachsende Bewegung".* Unterzeichnet sind die Aufkleber von der ***YA-C*** („Neue Streifzügler-Fraktion") „Westeuropäische Sektion", einer Unterorganisation der „Wölfe". Eine Resolution, die der AStA, die integrierten und die autonomen Referate unterzeichneten, wenden sich gegen die von den Grauen Wölfen vertretene Politik. Mit Ausnahme des AusländerInnen-Referats wird auch von allen anderen eine Distanzierung von den Faschisten unterstrichen. Der Entschluß, der YA-C und den Grauen Wölfen den Zutritt zu den AStA-Räumen zu verwehren wurde vom AusländerInnenreferat ebenfalls abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, die Grauen Wölfe seien keine Faschisten. Und auch in Essen gibt es Probleme mit den türkischen Faschisten: Vier Wochen, nachdem in der Hochschulzeitung der Uni Essen ein Artikel zur türkischen Faschistenpartei ***MHP*** („Partei der nationalen Bewegung"), Mutterpartei der Grauen Wölfe, erschien, drangen zwölf der Faschisten in die AStA-Räume ein. Sie versuchten den zuständigen Referenten einzuschüchtern, nur die Anwesenheit eines anderen Referenten verhinderte, daß es zu Gewalttätigkeiten kam. In dem Artikel war unter anderem auf Beziehungen zwischen der MHP und dem türkischen Geheimdienst ***MIT*** eingegangen worden. In den folgenden Tagen verteilten bekannte rechtsradikale türkische Studenten wieder Flugblätter, die vermutlich vom MIT stammen. In ihnen wurde gegen die PKK sowie den AStA gehetzt, der als Terroristen bezeichnet wurde. Unter anderem war ein AStA-Mitarbeiter in dem Flugblatt namentlich genannt worden. ◆

sungsfeindlichen Symbolen in Tateinheit mit Verstoß gegen das Vereinsgesetz zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Die übrigen Mitglieder des Führungstrios der verbotenen ***Nationalistischen Front***, **Stefan Pielert** und **Eckart Scholz**, wurden zu zehn Monaten verdonnert. ◆

Rassistisches Machwerk

bnr 3/96 - Unzählige Düsseldorfer BürgerInnen fanden in jüngster Vergangenheit in ihren Briefkästen rassistische Pamphlete, in denen sogenannte „Verhaltensregeln für den Umgang mit Asylsuchenden" verbreitet wurden. Die Hetzschriften waren auf städtische Briefbögen kopiert und wurden zum Teil in städtischen Briefumschlägen versandt. Nach Angaben des Leiters des städtischen Presseamtes handle es sich jedoch um eine plumpe Fälschung; wegen der Briefumschläge wird die Stadt eine Anzeige gegen Unbekannt stellen. Ein Mitarbeiter der Finanzverwaltung NRW in Düsseldorf erhielt wegen ausländerfeindlicher Propaganda seine fristlose Kündigung. Er hatte in seiner Abteilung rassistische Flugblätter verteilt. Ob er etwas mit den gefälschten Briefen zu tun hat, ist nicht klar. ◆

Vom Opfer zum Täter

JW 29.1.96 - Wegen des Verdachtes auf zehnfachen Mord, versuchten Mordes in 18 Fällen und schwerer Brandstiftung in Lübeck sitzt der Libanese **Safoan Eid** in Untersuchungshaft. Daran, daß Safoan Eid den Brand gelegt hat, scheint der Polizeisprecher **Hardt** keine Zweifel zu haben, wie auch daran, daß es sich nicht um einen rassistischen Anschlag handelt. Es wird gar behauptet, die Bewohner selbst hätten den Brand gelegt. Schon als am 24. Juni ' 94 ein neunjähriger libanesischer Junge in Bochum bei einem Brand in einem, von Libanesen bewohnten, Haus starb, schloß die Polizei einen Anschlag von Rechts aus und erklärte, daß es sich um *„Brandstiftung"* handelte, bei der *„die Bewohner selbst"* als Tatverdächtige in Betracht kamen. Berichte von Augenzeugen, die zur Zeit des Brandausbruchs zwei Menschen weglaufen gesehen haben, wurden als *„haltlos"* zurückgewiesen. Nach vier Monaten waren die Ermittlungen *„eingeschlafen"*. Auch bei einem Brand in einem, von einer türkischen Familie bewohnten, Haus am 5. Juni ' 93 in Hattingen hatten Augenzeugen drei Männer, von denen zumindest einer zur rechten Szene gehörte, gesehen. Obwohl am Haus Einbruchspuren sowie Scherben gefunden wurden, ermittelte die Polizei nicht gegen mögliche Fremdtäter sondern gegen eine türkische Bewohnerin des Hauses. Bei einem Feuer in Detmold starben in der Nacht zum 9. November '95 neun Obdachlose in ihrer Unterkunft. Noch bevor Brandexperten der Spurensicherung das Haus betreten hatten, hieß es allerdings, daß eine brennende Zigarette die Brandursache sein müsse. Diese könne *„man eh nicht nachweisen"*. Ungeklärt bleibt auch die Ursache für den Brand in einem Flüchtlings-Container-Dorf in Herford, bei dem eine 21jährige Frau und ein elfjähriger Junge getötet wurden. Am Brandort wurden zwei Benzinkanister und ein Nebelwerfer gefunden. Einen fremdenfeindlich motivierten Anschlag schloß die Polizei allerdings aus, zumal die rund *„zehn Rechtsextremen in Herford alle bekannt"* seien und *„Zeichen aus der rechten Szene ausgeblieben"* sind. Vielmehr sei zu vermuten, daß der Täter aus dem Umkreis der Bewohner käme und das Motiv *„in diesem Sumpf"* liege. Daraufhin wurden zwei Türken festgenommen, die dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden (siehe WGA #1). ◆

Rechte Ökos

EV #94 - Eine Basisgruppe oder Vorfeldorganisation von/mit rechten Ökologen soll im Umkreis von Düsseldorf entstehen. Die Kontaktadresse ist: **Ulli Baumgarden**, Breslauer Str. 36, 40231 Düsseldorf. ◆

Demos als Reaktion auf Lübeck

Antifa REM, Antifa Niederkassel - Als Reaktion auf die Lübecker Brandnacht kam es in Rheinbach zu einem, von der ***SPD*** organisierten, Schweigemarsch mit anschließender Mahnwache, an der 60 Rheinbacher teilnahmen. In der Nacht des 19. Januar '96 kam es zu einigen spontanen illegalen Aktionen, die wahrscheinlich als Reaktion auf Lübeck zu deuten sind. So wurden mehrere Fenster-, Tür- und Autoscheiben eingeschlagen und *„Rache für Lübeck"*-Parolen gemalt. Außerdem wurde ein PKW angezündet, welcher sich dann, laut Polizeibericht, selbst in Bewegung setzte, an eine private Telefonzelle prallte und diese ebenfalls anzündete. In der Nähe wurde mit schwarzer Lackfarbe eine Parole *„Menschen sterben und Ihr schweigt - PKW brennen und Ihr schreit"* angebracht. Tags darauf wurden von der Polizei Flugblätter mit der Aussage *„Gewalt ist immer die falsche Antwort"* verteilt. Die Flugies wurden vor allem an Schulen verteilt, weil die Polizei jugendliche Täter vermutet. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen, tappt allerdings im Dunkeln. Einen Tag später demonstrierten rund 500 Menschen in der Innenstadt von Bonn gegen Rechtsextremismus und Abschiebung. Zu der Demo unter dem Motto „Faschisten morden - der Staat schiebt ab" hatten die ***ArGiB (Antirassistischen Gruppen in Bonn)***, ***Antifa Bonn/Rhein-Sieg*** und andere Initiativen aufgerufen. ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #15 ist der
20. März '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Illegale Tamilen sollen abgeschoben werden

BeZe 26.1.96 - 39 illegal eingereiste Tamilen sollen über kurz oder lang abgeschoben werden. Die 37 Männer und zwei Frauen aus Sri Lanka und Bangladesh waren auf dem LKW vier Tage von Rumänien her unterwegs gewesen. Beim einem Stopp am Rhein hatten sie es nicht mehr ausgehalten und versucht, in Dormagen unterzutauchen. Als die Kreispolizei Neuss sie cashte, waren nahezu alle krank und durch Erfrierungen erheblich verletzt, so daß Zehenamputationen in einigen Fällen unumgänglich waren. Ein am Düsseldorfer Rheinkai ankerndes Hotelschiff ist zum Lazarett für sie hergerichtet worden. Ein Polizeisprecher teilte mit, die Tamilen und Bangladeshi hätten Zuhause bis zu 15.000 Mark pro Person an Schleuser bezahlt, um nach Deutschland zu kommen. Abgeschoben werden sollen sie, weil sie über einen sogenannten „sicheren Drittstaat" gekommen sind. Gegen den Fahrer des Sattelzuges wurde Haftbefehl beantragt. ◆

Grabschändung aufgeklärt

Antifa Bonn, KSA 28.12.95 - Die Schändung eines jüdischen Friedhofs vom 10. Oktober ' 95 (siehe WGA #11) wurde vom Staatsschutz der Bonner Polizei aufgeklärt. Die beiden 14- und 15jährigen jugendlichen Täter gestanden die Tat und gaben als Motiv an, sie hätten unter Alkoholeinfluß und aus „Übermut" gehandelt. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund der Tat, bei der zehn Grabsteine umgestürzt und teilweise zerstört wurden, aus. Nordrhein-westfälische Antifas gehen dagegen davon aus, daß die Täter einen rechtsextremen Hintergrund haben und fest in der Szene eingebunden sind. ◆

Prozeß gegen rechten Pädagogen

AM 4/96 - Vor dem Amtsgericht Neuss fand Ende Januar '96 ein Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der deutschen Schule in Tokio, den Meerbuscher **Joachim Schäfer** statt. Schäfer hatte im Juni 1995 ein selbsterstelltes Flugblatt vor einem Düsseldorfer Gymnasium verteilt, in dem er das Massaker der Waffen-SS im französischen Dorf Oradour im Jahre 1944 unter anderem als „Geschichtslüge" bezeichnete. Schäfer war daraufhin zu einer milden Geldstrafe von 2.000 Mark verurteilt worden, dagegen legte er jedoch Widerspruch ein. Nachdem das Gericht Schäfer eröffnet hatte, daß die Anklage auf den Tatbestand der Volksverhetzung ausgeweitet

werden könne und im Falle einer Verurteilung eine Haftstrafe auf Bewährung verhängt werden könne, zog Schäfer seinen Einspruch wieder zurück. ◆

Waffen-SS'ler geoutet

Infoblatt #33 - Ungestört wohnte **Hubertus Bikker** über Jahre hinweg in der Dickenbruchstraße in Hagen. Doch dann war es mit der Ruhe für das ehemalige Mitglied der ***Waffen-SS*** vorbei: Etwa 150 holländische und deutsche AntifaschistInnen rissen den Mann aus seiner Anonymität und machten die Nachbarschaft auf ihn aufmerksam. Bikker, auch als „Henker von Ommen" bekannt, war als Angehöriger der Waffen-SS Wächter im Lager „Erika" im niederländischen Ommen gewesen. Dabei tat er sich durch besondere Brutalität hervor, unter anderem bei der Suche nach Untergetauchten. 1949 wurde Bikker von einem niederländischen Gericht wegen Mord und unzähligen Mißhandlungen zum Tode verurteilt, was jedoch später in lebenslange Haft umgewandelt wurde. Am 26. Dezember 1952 gelang dem Nazi die Flucht, woraufhin er sich sofort in die Bundesrepublik begab. Hier kam er mit zehn Mark Geldbuße wegen illegalen Grenzübertritts davon. Seine Auslieferung an die Niederlande wurde abgelehnt, schließlich hatten im Mai 1943 per „Führererlaß" alle Angehörigen der Waffen-SS die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und Deutsche werden nicht ins Ausland ausgeliefert. Ein Dortmunder Gericht sah 1957 „zu wenig Beweise" für eine Verurteilung Bikkers. Seitdem wohnt er in aller Ruhe in Hagen. ◆

»Freie Stimme«

bnr 26/95 - Die ***Freie Stimme***, die laut Verfassungsschutz NRW die Publikation der ***Sauerländischen Aktionsfront (SAF)*** ist, erschallt nun aus Bad Berleburg. Erstmals wurde sie im September '94 im Raum Siegen bekannt, nun ist die siebente Ausgabe erschienen. Als Autoren der „Freien Stimme" gelten Aktivisten der SAF um den 24jährigen **Thomas Kubiak** und den 25jährigen **Georg Wahle**. Zuvor wurde die Zeitung über das ***FAP***-Postfach von **Peter Rafael Romerao Sauer** in Nephten vertrieben. Die Schrift diente im vergangenen Jahr auch als Werbeträger für die inzwischen verbotene FAP. Die aktuelle Ausgabe steht unter der Parole *„Nationalisten vereinigt euch mit uns im Kampf gegen unsere wirklichen Feinde!"* Die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche von Schneverdingen und Roskilde werden als voller Erfolg gewertet: *„Der nationale Widerstand hat mit dieser Aktion bewiesen, daß er sich vom System sein Recht auf Versammlungsfreiheit nicht nehmen läßt und auch weiterhin auf die Straße gehen wird"*. Zu den Autoren der 32-seitigen aktuellen Nummer zählen neben den SAF-Aktivisten auch **Christian Worch** und **Frank Hübner**. Geworben wird für zahlreiche andere Blättchen und Skinzines, darunter auch für den ***Widerstand*** *(„Zeitung der volkstreuen Deutschen")*, des ehemaligen NF-Funktionärs **Harald Theodor Mehr** aus Lüdenscheid und den ***Umbruch*** von **Steffen Hupka** aus Quedlinburg. Die „Sauerländer Aktionsfront" wurde 1991 gegründet, 1992 organisierte sie zwei „Anti-Antifa-Demonstrationen" in Meschede im Hochsauerlandkreis. 1993 unterhielt die SAF in Person von Georg Wahle kurzzeitig ein eigenes „Nationales Infotelefon", das ***NIT Sauerland*** in Winterberg. In der Folgezeit firmierte die SAF vorübergehend als ***Nationale Jugend***. Derzeit wirbt sie verstärkt über die verschiedenen braunen Infotelefone für ihre Organisation und die „Freie Stimme". ◆

Nazi verurteilt

Antifa ST - Der „Kölner Stadt-Anzeiger" berichtete über die Verurteilung eines Neonazis vor dem Amtsgericht in Waldbröl. Der Nazi, der namentlich nicht genannt wird, hatte beim Besuch einer Discothek erst im Lokal und danach auch auf dem Vorplatz türkische Gäste beschimpft und Naziparolen gerufen. Dazu hatte er den Arm zum Hitlergruß erhoben. Der deswegen Angeklagte stritt die Tat ab, er wurde jedoch von Zeugen belastet. Im Anschluß an den Disco-Besuch gab es eine Schlägerei, an der der Angeklagte maßgeblich beteiligt war. Diese Schlägerei war jedoch nicht Gegenstand der Anklage. Der Nazi präsentierte sich als „Aussteiger" und gab an, nie etwas gegen Ausländer gehabt zu haben. Er wurde letztlich lediglich mit einer Verwarnung belangt und muß die Kosten des Verfahrens tragen. ◆

Nazis und Verfassungsschutz

NIT 23.1.96 - Anfang Februar veröffentliche das ***Nationale Infotelefon Westfalen*** den Bericht über einen Anwerbeversuch des ***Verfassungsschutzes*** bei einem Neonazi. Der folgende Text bezieht sich auf diesen Bericht. Aus mehreren Städten in NRW gab es Anwerbeaktivitäten des Verfassungsschutzes. Unter anderem versuchten VS'ler **Sascha Wagner** anzuwerben, der bei den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** aktiv ist. Wagner ging zunächst darauf ein, um zu erfahren, welche Informationen der Verfassungsschutz möchte. Das erste Treffen fand dann am 15. Dezember '95 statt. Es folgte ein weiteres Treffen ca. am 18. Dezember '95 und letztmalig am 17. Januar '96. Bei ihren Treffen ging es darum, daß Wagner Informationen über **Steffen Hupka** und **André Goertz** liefern soll. Der VS wollte wissen, welchen Einfluß die beiden in die JN haben. Der Verfassungsschutz signalisierte, daß im anstehenden Prozeß gegen Sascha Wagner wegen Landfriedensbruch im Falle seiner Mitarbeit nur eine Geldstrafe herauskommen könnte, die er dann als Spesen abrechnen könne. Auf Nachfrage versicherten die Verfassungsschützer, daß Wagner auch in Zukunft Ordnungswidrigkeiten bis hin zu kleinen Straftaten begehen könnte. Die jeweiligen Ordnungs- und Strafgelder könne er dann als Spesen einreichen. Nur bei schweren Straftaten wie Brandanschlag oder Körperverletzung könne man ihm nicht helfen. Für seine Mitarbeit erhielt er bereits 1.000 Mark, die ihm bar ausgezahlt wurden. Künftig solle er monatlich denselben Betrag erhalten, stellten die VS'ler in Aussicht. Wagner machte jedoch den Anwerbeversuch in der neuesten Ausgabe von ***Einheit und Kampf*** öffentlich und spendete das Geld der Partei. ◆

Verfahren eingestellt

AN 25/95 - Vor dem Amtsgericht Witten wurde jetzt das Verfahren gegen einen 19jährigen Antifaschisten wegen Geringfügigkeit eingestellt. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, am 8. Mai '95 auf einer unangemeldeten Kundgebung gesprochen zu haben. Diese hatte im Anschluß an die Verhüllung eines Kriegerdenkmals stattgefunden. Zwei Polizeibeamte, die sich bei der Kundgebung zurückgehalten hatten anstatt einzugreifen, gaben beim Prozeß ein schwaches Bild ab. Daß trotzdem derartige Kleinigkeiten vor Gericht gebracht werden, zeigt die Verfolgungswut gegenüber AntifaschistInnen. ◆

Patridioten in Aufbruchstimmung

EV #94 - Marialinden bei Köln, 19. November '95: **Franz Schönhuber** stellte sein neues Buch *„In Acht und Bann"* vor rund 250 Personen aus dem rechten und rechtsradikalen Spektrum vor. Polizei und Staatsschutz haben die Versammlung nicht verhindert. Auch waren keine Antifas da, um zu stören. Die Nazis konnten sich in aller Ruhe Schönhubers Ergüsse über die düstere Zukunft Deutschlands, welches seiner Meinung nach „bei unveränderten Geburtsverhalten" bis zum Jahre 2015 auf etwa 50 Millionen Deutsche geschrumpft sei wird, anhören. Die restlichen 35 Millionen, die dann in Deutschland leben, seien dann Ausländer. Nach seiner Buchvorstellung packten die Anwesenden ihre Erkenntnisse „in donnernden Schlußapplaus für Schönhuber". Die Versammlung, die von der rechtsextremen Zeitung ***Europa Vorn*** organisiert war, wurde im Nachhinein von den Faschisten besonders gelobt: Es sei die größte Veranstaltung im vergangenen Jahr gewesen, die sie dort auf die Reihe gekriegt hätten; und die Stimmung im Saal glich „der Anfangszeit der Republikaner-Gründung". Schönhuber benannte sie sogar als „Geburtsstunde einer neuen patriotischen Sammlungsbewegung" - der wievielten eigentlich? Später wurde von den Organisatoren angeregt, auch in Zukunft regelmäßige Treffen der unterschiedlichen Rechten abzuhalten, Parteigrenzen soll es nicht mehr geben. Die bereits begonnenen „Runden Tische" sollten weiter ausgebaut werden und es solle ein Koordinationstreffen der Sammlungsbewegungen geben. Zum Schluß dann noch der patriotisch-pathetische Ausklang:

„Wollen wir hinnehmen, daß es Deutschland in 20 oder 30 Jahren vielleicht nicht mehr gibt? Oder wollen wir uns jetzt mit demokratisch legitimen Mitteln zur Wehr setzen? Auf uns lastet die Verantwortung, für den Fortbestand des deutschen Volkes persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, über den eigenen Schatten zu springen, den Gleichgesinnten die Hände zu reichen und eine politische Initiative ins Leben zu rufen, an der die Altparteien nicht mehr vorbeikommen. Tun wir unsere Pflicht! ◆

»Böhse Onkelz«

AN 25/95 - Am 21. November '95 spielte in der Dortmunder Westfalenhalle die Ex-(?) Nazi-Rock-Band ***Böhse Onkelz*** erstmals vor 12.500 überwiegend jugendlichen Zuschauern. Laut Polizeibericht vom 22.11.'95 kam es zu keinerlei Übergriffen. In den 80er Jahren machten die Böhsen Onkelz mit Skinhead-Outfit und Texten wie „Türkenvotze“ und „Fußball und Gewalt“ auf sich aufmerksam und wuden schnell zur Kultband in Nazi- und Hooligankreisen, deren Konzerte meist in Schlägereien endeten. Oft kam es nach ihren Konzerten zu Angriffen auf AusländerInnen und Linke. Noch heute, nach ihrem sogenannten Wandel, pflegen die Onkelz Kontakt zu organisierten Faschos. Mit dem Konzept, einen Schutz der Flüchtlingsheime zu gewährleisten und sonstige linke Einrichtungen zu bewachen, gingen die ***Antifa Dortmund Nord*** und UnterstützerInnen an diesem Abend zu Werke. Großartiger Protest der öffentlichen Linken war im Vorfeld des Konzertes allerdings nicht zu spüren. Lediglich der Kreisverband der ***VVN/ BdA*** protestierte schriftlich. Ihre umstrittenen Songs spielte die Band an diesem Abend ohne Gesang und überließ diesen Teil dem Pöbel, der sie lauthals gröhlte. ◆

Verfahren gegen Deutsche Liga eingestellt

AN 23/95 - Das Verfahren gegen die ***Deutsche-Liga***-Mitglieder **Bernd Schöppe** und **Alfons Ellers** (siehe WGA #6) ist vom Landgericht Köln eingestellt worden. Die Beiden hatten im März '93 mehrere tausend Steckbriefe verteilt und geklebt, die zur Ergreifung der in Köln lebenden **Nidar Pampurova** aufriefen. Die Romani (Romafrau) wurde in den Steckbriefen, die die Form eines amtlichen Aufrufes hatten, als Scheinasylantin bezeichnet. Demjenigen, der sie ergreift, wurden 1.000 Mark Kopfgeld versprochen. Diese Hetzkampagne hatte damals internationale Empörung ausgelöst. Am 13. Januar '94 wurden die zwei Liga-Leute zu Geldstrafen von 800/ 1600 Mark verurteilt. Das Landgericht Köln bestätigte dieses Urteil am 14. Juni '94, kurz vor den Wahlen. Anfang ' 95 hob das Oberlandesgericht Köln die Entscheidung des Landgerichtes auf und verwies den Fall wieder zurück. Als Begründung gab das OLG an, daß persönliche Belohnungsversprechen von privater Seite durchaus üblich seien. Auch wäre die Bezeichnung „Scheinasylantin“ keine Beleidigung. Die Deutsche Liga fühlte sich durch die Gerichtsentscheidung bestätigt und frohlockte in einer Presseerklärung, daß sie nun, angesichts der Tatsache, daß sich Nida Pampurova aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch illegal in Köln aufhielte, überlegen müßten, wie sie in dieser Angelegenheit weiterhin am Ball bleiben könnten. ◆

Rheinland-Pfalz

Ungehorsam für Asylrecht

JW 25.1.96 - Vor dem Amtsgericht Worms hat am 26. Januar '96 der erste Prozeß um die Entzäunung des Wormser Abschiebegewahrsams vom 10. Dezember '94 begonnen. Ein Heilpraktiker aus Heilbronn, **Ingo L.**, muß sich vor Gericht verantworten, weil er bei der Aktion zum Menschenrechtstag eine Absperrung aus starkem Nato-Stacheldraht vor der Haftanstalt mit einem Bolzenschneider zerschnitten haben soll. Nach Angaben des Aktionskreises Ziviler Ungehorsam für Asylrecht hatte der Mann wegen Sachbeschädigung und des „Mitführens von zur Sachbeschädigung geigneter Gegenstände“ einen Strafbefehl über 3.800 DM oder ersatzweise 75 Tage Haft erhalten. Nach Angaben seines Sprechers **Martin Singe** hatte der Aktionskreis für den 10. Dezember '94 dazu aufgerufen, das Abschiebegefängnis im rheinlandpfälzischen Worms symbolisch und in einer gewaltfreien und öffentlichen Aktion zu entzäunen. Mit der von 800 Unterzeichnern und ebensovielen Demonstranten unterstützten Aktion sollte gegen die Einrichtung der Abschiebehaft für abgelehnte AsylbewerberInnen protestiert werden, die, wie der Aktionskreis betonte, gegen Menschen- und Grundrechte verstößt. Der Angeklagte Ingo L. habe gemeinsam mit anderen eine Absperrung durchschnitten, um näher an das Gefängnis heranzukommen. Sie hatten sich ohne Widerstand zur Feststellung ihrer Personalien festnehmen und anschließend wieder vor die Absperrung tragen lassen. Vor dem Landgericht Bonn streiten 14 Unterzeichner des Aktionsaufrufes gegen Urteile des Bonner Amtsgerichtes, das sie wegen des Aufrufes zu Straftaten verurteilt hatte. ◆

Sachsen

Nazi-Demo in Hoyerswerda

NIT Bln 20./23.1., Taz 29.1.96, bnr 3/96 - Am 28. Januar '96 fand in Hoyerswerda eine Demonstration des ***Jungen Nationalen Spektrums (JNS)*** bzw. der ***Nationalen*** statt. Über das ***Nationale Infotelefon Berlin (NIT)*** war diese Demonstration mehrmals angekündigt worden. Auch der Treffpunkt, um 14.30 Uhr am Bahnhof, wurde über das NIT bekannt gegeben. Da diese Demonstration nicht genehmigt worden war, landeten 31 Nazis, die einen Platzverweis nicht befolgt hatten, im Polizeigewahrsam. Bei ihnen wurden Baseballschläger und Nazi-Fahnen gefunden. An der von der Polizei verbotenen Kundgebung nahmen dann aber trotzdem rund 200, größtenteils jugendliche, Rechtsextremisten teil. ◆

Bombenplan bei Nazis

Taz 19.2.96 - In Görlitz hat die Polizei in den Wohnungen von zwei Nazis ein Computerprogramm mit einer Anleitung zum Bau von Sprengkörpern sowie zur Herstellung von Giften gefunden. Das LKA teilte daraufhin mit, daß es sich dabei allerdings um Fachinformationen handele, wie sie jedermann aus einschlägigen Veröffentlichungen entnehmen kann. ◆

Sachsen-Anhalt

Ausländerfeindlicher Ausländerbeauftragter

JW 9.2.96 - Die ***PDS***-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt fordert die sofortige Entlassung des Auländerbeauftragten des Bundeslandes, **Wolfgang Kupke**. In der Erklärung heißt es, der ***Grüne*** fällt nicht nur durch ausländerfeindliche Sprüche auf, sondern besitzt außerdem noch ein finsteres konservatives Bild vom Verhältnis zwischen Mann und Frau. Er hatte in der „Tageszeitung“ im Zusammenhang mit der separaten Unterbringung von Asylbewerberinnen gesagt, er kenne eine Frau, die schon lange auf eine Frauenunterkunft warte, da sie „ungewöhnlich hübsch“ sei. Die vielen sexuell ausgehungerten Männer seien wie die Bienen. In der Erklärung der PDS stand dazu: „Mal abgesehen davon, daß auch ausländische Männer kaum auf diese Art der Triebsteuerung zu reduzieren sind, verbirgt sich hier klammheimlich auch die gängige Argumentation, Frauen seien an der Gewalt die ihnen widerfährt, auch nicht unschuldig“. Selbst die eigene Partei wollte Kupke loswerden, nachdem er im Juni '94 gegenüber einer Magdeburger Zeitung gesagt hatte, wer gegen die Ab-

schiebehaft sei, hebele die gesamte Ausländerpolitik aus und er sei nicht der Anwalt der zigarettenhandelnden Vietnamesen-Mafia. ◆

Prozeß gegen Rassisten

JW 6.2.96 - Vor dem Landgericht Halle/Saale müssen sich zwei junge Männer aus Halle verantworten. Die 16- und 18jährigen hatten in der Wohnung einer Freundin im September '95 grundlos mit Baseballkeulen auf einen Griechen eingeschlagen und ihn als „Ausländerschwein" usw. beschimpft. ◆

Steffen Hupka

DRR #38 - Der Neonazi-Kader **Steffen Hupka** hat in Quedlinburg eine Fenster- und Türen-Firma ***(FEBA)*** aufgemacht. ◆

Rechte Feier

NTb 22.1.96 - In der Gaststätte ***Burgblick*** in Saaleck fand am 20. Januar '96 erneut eine Geburtstagsfeier von Rechtsextremisten mit Konzert statt. Da es Ende '95 bei einer ähnlichen Feier eine Messerstecherei gegeben hatte (siehe WGA #13), war die Polizei stark präsent. Zu Ausschreitungen kam es nicht. ◆

Schleswig-Holstein

Nach dem Brand...

JW 26.1., BeZe, Taz 29.1.96 - Nach dem (vermutlichen) Brandanschlag in Lübeck gibt es immer noch keine neuen Informationen von der Polizei. Diese hat jetzt beschlossen, die Möglichkeit eines Anschlags von außen nicht weiter zu verfolgen. Der festgenommene Libanese **Safoan Eid** bleibt weiterhin in U-Haft. Dieser bestreitet aber weiterhin die Tat. Dafür wurden aber etliche Überlebende des Brands verhört. So auch **Gustave S.**, dessen angeblicher Streit mit Safoan der Grund für die Brandstiftung gewesen sein soll. Doch er belastete ihn mit keinem Wort. Betroffene berichten auch von einer verdeckten Ermittlerin, die vor allem Kinder und Frauen nach Kinderpornos befragte, die angeblich in dem Haus gedreht worden sein sollen. Und während die Aussage eines Sanitäters reicht, um den Libanesen in U-Haft zu behalten, werden die entlastenden Aussagen von 30 Flüchtlingen ignoriert. Aus deren Aussagen ergibt sich ein völlig anderes Bild als das der Polizei. Aber auch die Verfassung der Flüchtlinge ist miserabel. Sie haben immer noch keine neuen Wohnungen und einige, die die Toten nach Zaire begleiteten, haben am Tag ihrer Abreise Abschiebungsbescheide bekommen. Von der Zusage eines Daueraufenthalts durch den Bürgermeister **Bouteiller** ist jetzt keine Rede mehr. Er wird beschimpft, bedroht und bekommt Briefe, in denen ihm ein „nettes kleines Briefbömbchen" angedroht wird. Außerdem soll ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. Der Grund: Bouteiller hatte zu „zivilem Ungehorsam" gegen die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern aufgerufen. Der Bundesvorsitzende der ***Republikaner***, **Rolf Schlierer** teilte mit, daß er gegen ihn Anzeige erstatten werde, da dieser „zum wiederholten Male durch staatsfeindliche Äußerungen und nun auch durch Aufrufe zu Straftaten" auf sich aufmerksam gemacht habe. Am 25. Januar '96 wurde das Rathausportal in Hamburg besetzt. Der Haupteingang wurde für eine Stunde dicht gemacht und ein Transparent mit der Aufschrift „Deutsche Normalität - Rassistische Angriffe an jedem Ort". ◆

REPs vor Gericht

AN 2/96 - Für die ***Republikaner***-Funktionäre **Henning Kledzinski** und **Andreas Leverentz** war am 23. Januar '96 Prozeßbeginn vor dem Amtsgericht Lübeck. Ihnen wird vorgeworfen, am 16. Oktober '94 einen Hausfriedensbruch in einer Einheit mit Sachbeschädigung begangen zu haben. Sie hatten im Hausflur eines Lübecker Journalisten Aufkleber der REPs und der verbotenen ***Nationalen Offensive*** geklebt. Beide fielen schon vorher auf, Kledzinski u.a. wegen Bedrohung eines kurdischen Antifas. ◆

Der Feind steht rechts

bnr 2/96 - Die ***SPD***-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat eine Broschüre mit dem Titel „Der Feind steht rechts" erstellt. In ihr wird über die rechtsextremen Parteien ***Deutsche Volksunion (DVU)*** und ***Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)*** berichtet und informiert. ◆

Thüringen

Pizzeria angegriffen

Tsp, SZ, FR 6.2.96 - Eine Gruppe von 17 rechtsextremistischen Jugendlichen hat am 3. Februar '96 in Zeulenroda den pakistanischen Inhaber einer Pizzeria überfallen. Sie bedrohten den Pakistani, zertrümmerten die Eingangstür und zeigten den Hitlergruß. Außerdem riefen sie „Deutschland den Deutschen" und nötigten den Pakistani, kostenlos Bier auszuschenken. Die Gäste hatten sich „leise, weinend davongestohlen". Irgendwann kam die Polizei und verhaftete fünf Rechtsradikale, die aber am nächsten Tag wieder freigelassen wurden. Gegen sie wird wegen Landfriedensbruch ermittelt. Am 5. Februar '96 wurde dann der Hauptbeschuldigte festgenommen. ◆

Naziparolen

Taz 20.2.96 - Unbekannte haben irgendwann zwischen am 17. oder 18. Februar '96 eine Gedenkstätte auf dem Nordfriedhof in Jena geschändet. Es wurden unter anderem Hakenkreuze und Naziparolen auf Wände und Grabsteine geschmiert. ◆

Nazi-Freundeskreis sucht Kontakt zu Linken

Antifa Eichsfeld, bnr, WGA - Der rechtsextremistische ***Freundeskreis Nationaler Sozialisten / Aktion Volkswille (FNS/AV)*** versucht in Thüringen in linken Kreisen Fuß zu fassen. Besonders in Eichsfeld scheint es ihnen mittlerweile gelungen zu sein, Punks und ehemals linksorientierte Jugendliche für ihre Ziele zu begeistern. In der Ausgabe 9 des ***Sonnenbanners***, der Zeitung des FNS/AV, stand: „Revolutionär zu sein *heißt aber auch, über die Grenzen des Geistes hinwegdenken zu können, mit alten Klischees abzubrechen und seine Feindbilder zu aktualisieren. Und das heißt inpliziert auf die heutige Zeit ganz einfach, daß wir den Dialog mit anderen revolutionären Kräften suchen sollten ... Vereint sind wir stark und bilden einen Machtfaktor, der nicht zu unterschätzen ist*". In der neuesten Ausgabe steht zu lesen: „*Uns interessiert nicht, woher ihr kommt, was Ihr für Musik hört oder ob Ihr Euch an Wochenenden mit Bullen rumprügelt. Aber wir werden Euch interessieren, werden Euch begeistern und Euch zeigen, wie es weitergeht ... Laßt uns nicht aufeinander einprügeln, nur weil uns Politiker in rechte und linke Ecken drängen*". Ansonsten wird in dem Heft dazu aufgerufen, seine Gesinnung versteckt zu halten, kleine konspirative Zellen zu bilden und die Institutionen des Staates zu unterwandern. Also die typische ***NF***-Strategie. Woraus das ganze hinausläuft, wird im folgenden Satz deutlich: „*Wenn Du befreundete Ärzte kennst, dann denke daran, daß Du oder einer Deiner Freunde von den Bullen angeschossen werden könnte und bereite ihn darauf vor, daß er in solchen, wohl zukünftig zur Tagesordnung zählenden Zwischenfällen, den verletzten Kameraden zu versorgen hat*". Herausgeber vom Sonnenbanner ist **Michael See**, dieser war Mitglied in der ***FAP*** und suchte einst mittels Anzeige in der ***Deutschen Rundschau*** Kontakt zu Gleichgesinnten. Er meldete sich auch in den ***HNG-Nachrichten*** zu Wort. Zusammen mit **Michael Neubauer** war See in Thüringen führender Funktionär der ***Aktion Sauberes Deutschland (ASD)*** gewesen. Beide wurden 1994 von **Ernst Tag** aus der ASD und der rechtsextremen Gefangenenhilfsgruppe ***IHV*** ausgeschlossen. Neubauer gründete daraufhin den Freundeskreis Nationaler Sozialisten und See die Aktion Volkswille. Laut Neubauer stammen die Aktivisten des Freundeskreises aus „*Teilen der mitteldeutschen ASD-Strukturen*". ◆

Golkowski fälschte Drohbriefe

BeZe, Tsp 23.1., JW 26.1.96, WGA - **Frank Golkowski** verfasste 1994 eine Reihe von Drohbriefen an sich selbst. Frank Golkowski ist ***NPD***-Vorsitzender von Thüringen und gehörte 1994 zum NPD-Pateivorstand und zum ***Mitteldeutschen Rat***. Einen der Drohbriefe schickte er z.B. im Dezember '94 an die Redaktionen einiger Thüringer Lokalzeitungen. In diesem kündigte er einen Anschlag auf sich selbst an. Einen anderen selbstgefertigten Drohbrief brachte er im selben Monat persönlich zur Polizei. So wollte er sich in der Öffentlichkeit als potentielles Opfer von Autonomen präsentieren. Unterschrieben wurden diese Drohbriefe u.a. von einer ***Antifa Göttingen, Gotha, Obereichsfeld***, einer Antifa-Gruppe die niemals existiert hatte. Die Polizei verstärkte nach den Drohbriefen ihre Kontrollfahrten um Golkowskis Zweitwohnung in Northeim bei Göttingen. Am 25. Dezember 1994 entdeckte die Polizei dann eine jugoslawische Handgranate unter Golkowskis Auto und ermittelte wegen versuchtem Mord gegen „linksradikale Kreise". Später räumte die Polizei dann ein, daß Sprengkörper dieses Typs fast ausschließlich von Rechtsextremisten benutzt werden. Auch im VS-Bericht Thüringen 1994 fand sich dieser Anschlag in der Rubrik Rechtsextremismus und nicht in der Rubrik Linksextremismus. Auf die richtige Spur kamen die Ermittler durch eine Schreibmaschine, die bei einer Durchsuchung von Golkowskis Wohnung beschlagnahmt worden war. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat nun gegen Golkowski Anklage erhoben. ◆

International

Kriegsverbrecher-Ermittlungen mangelhaft

ND 9.1., BeZe 17.2.96, WGA - In einem Interview mit dem Neuen Deutschand nahm der oberste Ermittler in Sachen Nazi- und Kriegsverbrechen, **Ludwig Streim**, zu dem Umgang mit den Mördern von damals Stellung. Über die Anzahl der noch lebenden Faschisten sagte er: *„Es bleibt eine Dunkelziffer. Nicht alle, die an den Gruben standen und Menschen erschossen haben, konnten ermittelt werden. Es gibt ein gutes Dutzend sogenannter Leute von Bedeutung. Die suchen wir."* Genannte Behörde weist derzeit ganze acht (!) Mitarbeiter auf, während sich die ehemaligen Mörder meist in Südamerika in aller Ruhe aufhalten. So zum Beispiel der erst kürzlich nach Italien ausgelieferte ***SS***-Hauptsturmführer **Erich Priebke**. Er wurde erst durch ein TV-Team ausfindig gemacht, obwohl er mehrfach Deutschland sowie die USA besuchte - alles mit deutschem Paß, der von der BRD-Botschaft in Argentinien ungehindert verlängert wurde. Die Ermittlungen im Fall Priebke waren mehr als mangelhaft (siehe ausführlich WGA #12). So läuft es auch im Fall des **Alois Brunner**. Er ist ebenfalls Hauptsturmführer der SS gewesen und weilte bis Mai 1995 in Syrien. Herr Streim sagte dazu: *„Seit Ende der 60er Jahre wußten wir das* (mit Syrien Anm.d.R.) *sehr genau. Einschließlich Adresse."* Doch es gibt kein Auslieferungsabkommen mit Syrien und so mußte Brunner in Ruhe gelassen werden, obwohl er mit internationalem Haftbefehl gesucht wird. Alois Brunner traf sich mehrfach mit deutschen Leuten aus der Wirtschaft und empfing Journalisten. Die Ermittler erfuhren von solchen Treffen immer erst, wenn sie vorbei waren. Brunner soll sich seit 10 Monaten in Südamerika aufhalten, die Ermittlungsbehörden vermuten ihn jedoch noch in Syrien. Alois Brunner war Mitarbeiter im „Referat zur Endlösung der Judenfrage" im ***Reichssicherheitshauptamt (RSHA)*** und somit die rechte Hand vom Nazi-Kriegsverbrecher **Adolf Eichmann**. Er soll maßgeblich an der Deportation von 130.000 Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Ländern in deutsche Vernichtungslager verantwortlich sein. Auf diese Morde stützt sich auch sein Haftbefehl. Die Staatsanwaltschaft von Köln und Frankfurt/Main haben mittlerweile für die Ergreifung von Brunner eine Belohnung von 500.000 DM ausgesetzt. Nach Angaben von Ober-Ermittler Streim suchen er und seine acht Mitarbeiter noch nach einem Mann, der wie Brunner aus dem Stab von Adolf Eichmann kommt. Dieser war Arzt im KZ Mauthausen und hat sich dort an Selektionen beteiligt. ◆

Frankreich

FN strategisch klug

AN 25, 26/95, SZ 27.1.96 - Die Veränderungen in der Vorgehensweise der faschistischen ***Front National (FN)*** setzen sich fort. In der letzten Ausgabe berichteten wir ausführlicher über angeblich parteiunabhängige ArbeiterInnenvertre-tungen, welche die Aufgabe verfolgen, die traditionellen Gewerkschaften zu untergraben. Bei den berüchtigten Pariser Eingreiftrupps der Polizei errangen zum Beispiel bei der Wahl der Berufsvertreter die Rechtsextremen, bestehend aus ***Front National de la Police (FNP)*** und die vergleichbare ***FPIP***, 48 Prozent der Stimmen. Nach Angaben von **Jean-Marie Le Pen**, dem Führer der FN, sollen zudem neugegründete Nebenorganisationen der Partei versuchen, arbeitslosen Mitgliedern Arbeitsplätze zu beschaffen. Diese Nebenorganisationen, wie die ***Fraternité Francaise (FF)***, mißbrauchen die soziale Misere für ihre Nazi-Propaganda. Allgemein ist zu sagen, daß die Faschisten zwei zentrale Fragen in ihr politisches Rampenlicht rücken: Einmal die Frage der „Inneren Sicherheit" und zweitens das angeblich so große Einwanderungsproblem (hoppla, gibt es da Parallelen zu Herrn Kanther?). Kontinuierlich pendeln sich die Faschisten bei etwa 15 Prozent der Stimmen ein. Sie verfügen über 2.000 Sitze (!) in Kommunalparlamenten, sind in 22 Regionalräten mit 239 Abgeordneten vertreten und stellen in Toulon, Vitrolles und Oranges, alle in Südfrankreich, die Bürgermeister. ◆

Strafe für Flüchtlingsmord

MAZ 11.12.95 - Fünf ukrainische Seeleute sind im nordfranzösischen Rouen wegen der Ermordung von acht blinden Passagieren zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Im Herbst 1992 hatten sich neun Menschen in afrikanischen Häfen an Bord des Frachters geschlichen. Acht von ihnen wurden entdeckt und von drei Matrosen niedergeschlagen, erschossen und über Bord geworfen. Die wichtigste Rolle im Prozeß spielte der neunte und einzige Überlebende, der Ghanaer **Kingsley Ofusu**. Ihm gelang im Hafen von Le Havre die Flucht und er verständigte die Polizei. Der Kapitän **Wladimir Ilnitski** und sein erster Offizier **Valeri Artemenko** wurden zu lebenslanger Haft, drei weitere Seeleute zu jeweils 20 Jahren Gefängnis verurteilt. ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #15 ist der
20. März '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Mißhandlungen in Ausländer-Haft

JW 25.1.96 - Die europäische Menschenrechtskonvention hat wie erst kürzlich bekannt wurde, den französischen Staat scharf gerügt. Ein Komitee des Europarates, daß die Einhaltung der Anti-Folter-Konvention überwacht, hat einen

sehr kritischen Bericht veröffentlicht, nach dem die Haftbedingungen für AusländerInnen und Abschiebehäftlinge mangelhaft sind. Vielen Häftlingen wurde auch auf ausdrückliches Verlangen hin, kein Arzt zugeteilt. Sogar Behandlungen wegen schweren Erkrankungen wie Aids und Tbc seien abgebrochen worden. Zugang zu frischer Luft beschränke sich auf einen vergitterten Käfig am Ende einer Zelle. Allgemein bemängelte die Kommission eine „gewisse Anzahl" von Mißhandlungen wie Faustschlägen und Knüppelhieben in polizeilichem Gewahrsam. Jährlich gehen 6.000 AusländerInnen durch diese Einrichtungen. ◆

Großbritannien

Neues Gesetz gegen Asylsuchende

JW 7.2.96 - Im Londoner Zentrum für Flüchtlinge steht alles Kopf. Der Leiter des Zentrums, **Nick Hardwick**, rechnet im Februar '96 mit etwa 2.000 neuen obdachlosen MigrantInnen. Der Grund dafür ist ein Gesetz, nachdem Flüchtlinge keine staatliche Unterstützung mehr erhalten, sofern sie erst nach ihrer Ankunft auf der Insel einen Antrag auf Asyl gestellt haben. Diese Menschen - es sind derzeit etwa 40.000 pro Jahr - erhalten jetzt weder Sozialunterstützung noch Zuschüsse für eine Unterkunft und müssen so als allerletzte Menschen der Gesellschaft auf der Straße leben. Solche Untersützungen sollen in Zukunft nur noch Menschen erhalten, die zeitgleich mit dem Grenzübertritt auf das Staatsgebiet von Großbritannien politisches Asyl beantragen. Es beantragen derzeit etwa 70 Prozent der Flüchtlinge erst einige Zeit später Asyl, da es ihre erste Proirität ist, sicher in Großbritannien anzukommen. Nach der sicheren Ankunft setzen sie sich meist erst mit Flüchtlingsinitiativen und Beratungsstellen zusammen, um dann erst Asyl zu bantragen. Die Sozialministerin **Lilley** möchte mit diesem Gesetz jährlich etwa 500 Millionen DM einsparen. Zudem sollen auch in Großbritannien die Zahl der Flüchtlinge eingeschränkt werden, die Flüchtlinge wollten sich ohnehin nur am *„britischen Wohlfahrtsstaat laben"*, so die Regierung. Mit diesem Gesetz hat Großbritannien einen weiteren Schritt zur Festung Europa gemacht. ◆

Neue Nazi-Zeitung

bnr 3/96 - Seit Januar '96 erscheint in Uckfield/Sussex das ***National-Journal (NJ)***, als Nachfolgezeitschrift des 1995 eingestellten revisionistischen ***Deutschland Reports***. Als Herausgeber fungiert eine Redaktionsgemeinschaft ***Die Freunde im Ausland (DFiA)***, Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes ist ein **Thomas Brookes**. Die Zielgruppe sollen vor allem Jugendliche sein. In einer Selbstdarstellung heißt es, die Zeitung sei *„das Produkt einer deutschen Patriotengemeinschaft zu Aufklärung des denkfähigen Teils der deutschen Bevölkerung"*. Die Zeitung besteht aus 6 Seiten Nazi-Propaganda, einschließlich Leugnung des Holocausts und revisionistischer Hetze. ◆

»Take That« aufgelöst!

WGA - Bisher war es nur ein Gerücht, das von der Gruppe selbst immer dementiert wurde, doch nun ist der Horror wahr geworden: Die (vor allem bei uns) wahnsinnig beliebte Popgruppe ***Take That*** hat sich aufgelöst! ☹ Nachdem vor einigen Monaten **Robbie** schon die Band verlassen hatte und nun sein Leben als Punker dahinvegitiert, wird dieses Schicksal vielleicht auch den Rest der Band treffen? Und ihre Fans, soweit sie diese Katastrophe überhaupt überleben? Aber es gibt noch Hoffnung: Die Berliner ***Edelweiß-Piraten*** organisieren eine weltweite Unterschriften-Kampange mit der sie unseren Idolen beweisen wollen, daß die Jugend der Welt sie braucht. ☺ Vorwärts im Kampf um Take That! Widerstand gegen die Auflösung! Der Kampf hat erst begonnen! ◆

Italien

ImmigrantInnen-Demo

Taz 5.2.96 - Am Samstag, 3. Februar '96, demonstrierten in Rom mindestens 10.000 ImmigrantInnen gegen Rassimus und neue Staats-Vorschriften zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Es ging um ein Regierungsdekret vom November '95, nach dem illegal zugewanderte Flüchtlinge leichter abgeschoben werden können. ◆

Kanada

Zündel auf Immobiliensuche

bnr 3/96 - In der letzten Ausgabe der faschistischen ***Bauernschaft*** (Herbst/Winter 1995) ist der Herausgeber **Ernst Zündel** auf Suche nach Häusern und Grundstücken. Ältere „Gesinnungskameraden" fordert er auf, ihm solche Immobilien per notarieller Vollmacht zu überschreiben: *„Jeder, der diesen Schritt unternimmt, setzt sich dadurch ein lebendiges Denkmal"*. Zudem berichtet Zündel über ein Treffen mit dem russischen Faschisten **Wladimir Schirinowski**, dem als Gastgeschenk unterschiedliche revisionistische Hetzschriften wie das Buch „Starben wirklich sechs Millionen?" überreicht wurden. ◆

Lettland

Koalition gegen Rechts

WGA, EV 15.1.96 - Mitte Dezember '95 wurde in Lettland der parteilose **Andris Skele** von einem breiten Bündnis aus Linken und Konservativen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Der deutsche Rechtsextremist **Joachim Siegerist**, Vorsitzender der Volksbewegung „Für Lettland" ***Latvijai***, ist somit nicht an der Regierung beteiligt. Er ging aus der Wahl am 1. Oktober '95 als drittstärkste Kraft hervor. ◆

Niederlande

Nazi-Terror gegen Grüne

NIT 28.11.95 - Das ***Nationale Infotelefon Westfalen*** berichtete Ende November '95 über zwei „Aktionen" von Neonazis gegen die ***Grünen***. Am Samstag, 25. November '95, versammelten sich in der Nähe von Utrecht etwa 40 Nazis vor dem Haus des Fraktionsvorsitzenden der Grünen im niederländischen Parlament. Die Faschisten verteilten Hetzflugblätter gegen den sogenannten „Multikultiförderer" und entrollten ein Transparent gegen die angebliche Hetzkampagne der Partei. Es kam zu Übergriffen der Nazis auf das Haus des Parlamentariers und auf die Bewohner des Hauses, die sich jedoch einigermaßen zu wehren versuchten. Folge davon war ein Sturmangriff auf das Haus, bei dem sämtliche Scheiben des Hauses, sowie die Haustür zerstört wurde. Die Polizei war schon nach 10 Minuten anwesend, schaute dem Treiben der Faschisten jedoch tatenlos zu, so daß die Angreifer unerkannt entkommen konnten. Nahe der Stadt Appeldorn gelang es etwa 25 Nazis eine Polizeisperre zu durchbrechen und direkt vor den Saal zu gelangen, in dem zeitgleich der Parteitag der Grünen stattfand. Die angeblich spontane Aktion der Faschisten wurde dann allerdings von Polizei-Spezialeinheiten beendet, wobei einem Kamerateam Schaden zugefügt wurde. Nur 20 Nazis wurden festgenommen und verließen den Knast nach sechs Stunden schon wieder. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren wegen gemeinschaftlich begangenen Landfriedensbruch und versuchter Sprengung einer öffentlichen Versammlung eingeleitet. ◆

Rassist bei Heineken

FR 13.1.96 - Der zweitgrößte niederländische Bierkonzern ***Heinken*** wollte Ende 1995 eine Werbekampagne im britischen TV-Sender ***Hotel Babylon*** starten, um sein Bier nun vor allem jungen Menschen schmackhaft zu machen. Doch nach dem Sichten einer Probesendung bemängelte der Marketing-Leiter des Unternehmens **Justus Kos**, daß das Logo von Heineken zu wenig über die Mattscheibe flimmert und daß der Anteil farbiger Jugendlichen am Publikum zu groß sei - purer Rassismus. *„Der Anteil der Neger war zu groß"*, soll Kos wörtlich in einem Fax geschrieben haben. Die britische Öffentlichkeit war empört. Der farbige Labour-Abgeordnete **Bernie Grant** schrieb dem Heineken-Konzernchef **Karel Vuursteen**, daß das genannte Fax große Wut und negative Gefühle vor allem Schwarzen gegenüber Folgen haben werde. Heineken-Boß Vuursteen war sichtlich empört und schrieb in einem offenem Brief an Grant,

daß er über den Inhalt des Faxes geschockt sei und daß dieses nie hätte passieren dürfen. Das Unternehmen hat derweil „Maßnahmen" in die Wege geleitet, um solche „Entgleisungen" in Zukunft auszuschließen. ◆

Norwegen

Buch über Nazi-Szene zum Teil zensiert

JW 3.2.96 - Kürzlich wurde der preisgekrönte Roman *Der Anschlag* des Schriftstellers **Jon Michelet**, Jahrgang 1944, ins Deutsche übersetzt - jedoch nicht komplett. Ein Gericht urteilte, daß ein Satz des Buches gestrichen werden müsse. Jon Michelet nimmt in seinem Buch die norwegische Neo- und Altnazi-Szene unter die Lupe. Er versucht mit Hilfe einer Fabel, die der Wirklichkeit entnommen ist, eine politische Legende zu widerlegen, wonach sämtliche NorwegerInnen in der NS-Zeit erbittert gegen die deutschen Besatzer gekämpft hätten. So war es nämlich nur teilweise. Denn neben freiwilligen Partisanen, die gegen die Faschisten kämpften, gab es leider auch eine beträchtliche Zahl von Mitläufern und Nutznießern der „Quisling-Regierung". **Vidkun Quisling** war Offizier, Kriegsminister Norwegens und Gründer der faschistischen ***Nasjonal Samling*** im Jahre 1933. Er hatte Kontakt zu Hitler und bildete im Februar 1942 eine nationale Regierung, eben die „Quisling-Regierung". Nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus wurde er wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Jon Michelet weist nach, daß alte und junge Rassisten nach 1945 eine braune Szene entstehen ließen, die sich der Sympathie einflußreicher Polizeibeamter und Richter erfreuen konnte. In dem Prozeß ging es um die Wirklichkeit der Tatsachen, die über die Polizei aufgedeckt wurden. Mitchelet war bereit, über Rückhalt von braunen Würdenträgern in der Polizei entsprechende Wahrheitsbeweise zu erbringen, doch davon wollte das Gericht nichts wissen. Die Justiz war im Grunde nur verärgert, daß jemand bislang unbestreitbare Tatsachen aufgriff und über norwegische Nazis in Einzelheiten berichtete. Die norwegische Zeitung Faedrelandsvennen schrieb: *„Ein Buch über und gegen Nazis, es stellt gleichzeitig die bisher radikalste, in literarische Form gekleidete Anklage gegen das Zusammenwirken von Polizei, Verwaltungsappparat, Wirtschaftsinteressen und Politikern dar."* Das Buch „Der Anschlag" von Jon Michelet ist im Rotbuch-Verlag, Hamburg 1995 erschienen. ◆

Österreich

Die Gladio Österreich

AN 3/96 - Nur durch einen Zufall sei der neue ***CIA***-Chef **John Deutsch** auf die Akten die Existenz geheimer Waffenlager in Österreich gestoßen. Diese mit Waffen, Munition und Sprengstoff gefüllten Depots wurden zu Beginn des Kalten Krieges (1952-1955) eingerichtet, um im Falle einer sowjetischen Invasion oder dem Wahlsieg einer linken Partei damit ehemalige Angehörige der österreichischen Wehrmacht zu reaktivieren. Nach Informationen des Mitgliedes der Sonderkommission zur Auffindung der Depots **Hugo Portisch** gab es Pläne, die Soldaten dann in Norditalien zusammenzuziehen und aufzustellen. Die Lager gerieten dann in Vergessenheit. Die österreichische Regierung reagierte mit Verärgerung über diese Enthüllung. Fünf Lager waren bereits in den 70er Jahren entdeckt worden. Der ehemalige Innenminister **Franz Hola,** später Vorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, war in seiner damaligen Eigenschaft als Vorsitzender der Baugewerkschaft mit diesem „Sonderprojekt" der CIA vertraut. Er war einer der berühmtesten rechten ***SPÖ***-Mitglieder und Mitbegründer der konservativen ***Kronen Zeitung***, über die er oft den linken Flügel seiner Partei angriff. In den Jahren 1962/63 versuchte er dann eine Annäherung an die ***FPÖ*** (heutige ***Freiheitliche***), der er eine Million Schilling zukommen ließ, um sie für eine Koalition zu gewinnen. Die CIA-Aktivitäten Ohlas begonnen als er anläßlich des Streikes von 1950 Bauarbeiter als Streikbrecher anheuerte, die die Demonstrationen der ***Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)*** auseinanderprügelten. Diese antikommunistische Schlägertruppe wurde später im ***Wander-, Sport-und Geselligkeitsverein (ÖWSGV)*** organisiert. Ähnliche ***Gladio***-Gruppen gab es auch in Deutschland und Italien. Die Gruppe, welche bis 1967 existierte, wurde über Scheinfirmen finanziert und besaß ein eigenes Funknetz mit vergrabenen Sendern und einer Leitstelle in Wien. Weiterhin verfügte sie über eigene Gelände- und Mannschaftswagen, Maschinengewehren und Sprengstoffen. Eine wichtige Frage die sich nun stellt ist in wie weit Alt- und Neofaschisten in dieser Gruppe organisiert waren und ob an rechtsextreme Anschlägen Gladio-Mitglieder beteiligt waren. In Italien wurde z.B. Gladio-Sprengstoff für neofaschistische Anschläge verwendet. Unter diesem Gesichtspunkt könnte auch der Bombenterror österreichischer Neofaschisten im italienischen Südtirol in einem neuen Licht erscheinen. Ein erstes Waffendepot mit Sprengstoff aus US-Produktion wurde mittlerweile in einem Felshang bei Bruneck im italienischen Südtirol gefunden. ◆

Rosa Antifa Wien

Attack - Die ***Rosa Antifa Wien*** (WGA#9) ist ab sofort unter der Anschrift: Rosa Antifa Wien, c/o Rosa Lila Tip, Linke Wienzeile 102, 1060 Wien zu erreichen. Falls du sie persönlich treffen willst, könnt du sie jeden Montag ab 19 Uhr im Kulturzentrum Siebenstern 7, Siebensterngasse 31 bei ihrem Plenum besuchen.

Prinzhorn gegen Haider

JF 9.2.96 - Der neue Wirtschaftssprecher der ***Freiheitlichen (F)***, **Thomas Prinzhorn**, sagte, daß er, obwohl er kein Mitglied der Partei sei, mit der wirtschaftspolitischen Linie der „F" übereinstimme. Trotzdem verurteilte er die Behauptung **Jörg Haiders**, man müsse auch die Anzahl der Ausländer abbauen, um die Arbeitslosigkeit im Land zu vermindern. Prinzhorn erklärte: „Wir brauchen Ausländer wie einen Bissen Brot. Zu glauben, hohe Arbeitslosigkeit durch Abbau von Ausländern bekämpfen zu können, ist die dümmste Milchmädchenrechnung, die ich jemals gehört habe". Eine Reaktion Haiders ist bis jetzt noch nicht bekannt. ◆

Robert Haider vor Verurteilung bewahrt

Tatblatt #49 - Der Vater **Jörg Haiders** war möglicherweise in den Juli-Putsch 1934 verwickelt. Ermittlungen wegen Hochverrats und Meuchelmordes waren damals angestrengt worden, mußten aber durch die Flucht **Robert Haiders** nach Bayern unterbrochen werden. Auf eine Wiederaufnahme der Verfahren verzichtete die Linzer Staatsanwaltschaft. Die Begründung: Seit dem vor 61 Jahren begonnen Verfahren machen drei Amnestiegesetze (1938,1957 und 1985) eine Wiederaufnahme überflüssig. ◆

Kontroverse um Simon Wiesenthal

BZ 10.2, Spiegel 12.2.96 - Nach einem Beitrag der Fernsehsendung ***Panorama*** über den österreichischen „Nazijäger" **Simon Wiesenthal** enstand eine breite Kontroverse. In diesem Bericht warf **Eli Rosenbaum**, Leiter der NS-Fahndungsabteilung im US-Justizministerium, ihm vor, er habe „in allen großen Nazi-Fällen der Nachkriegsära - Bornemann, Barbie, Mengele, Eichmann - versagt". Weiterhin bezeichnete ihn Redaktionsleiter **Joachim Wagner** als *„mehr Maulheld als Held"* und der ehemalige ***Mossad***-Chef **Harel** sagte, er habe bei der Ergreifung Eichmanns in Argentinien nichts von ihm bekommen, „das für die Operation von irgendwelcher Bedeutung war". Widerspruch gegen diese Vorwürfe erhob unter anderem die weltweit größte NS-Fahndungsstelle in Ludwigsburg. Sie verteidigt Wiesenthal und wußte nach eigenen Angaben seine Hilfe schon in einigen hundert Fällen zu schätzen. Der Leiter der Fahndungsstelle, Oberstaatsanwalt **Alfred Streim**, empfand die Vorwürfe als „völlig überzogen". Wiesenthal habe

der Stelle insbesondere zu einer Zeit, bei der die Zusammenarbeit zur Verfolgung von NS-Verbrechern noch nicht so funktionierte wie heute, viele wichtige Hinweise gegeben - nicht nur auf Täter, sondern auch auf Zeugen und Dokumente. Der ***ÖVP***-Abgeordnete **Walter Schwimmer** argwöhnte, „die Herrschaften, die Wiesenthal jetzt angreifen, besorgen offensichtlich die Geschäfte des Herrn Haider". **Jörg Haider** hatte sich gegen die Ehrenbürgerschaft (WGA #12) Wiesenthals ausgesprochen. Schwimmer sagte weiter, Österreich und insbesondere Wien seien vielmehr stolz, „diesen großen Humanisten unter sich haben zu dürfen". Ganz anderer Meinung ist **Elan Steinberg**, Exekutivdirektor des jüdischen Weltkongresses. Er meint, Wiesenthal schulde „dem jüdischen Volk eine Entschuldigung", weil er die Festnahme Adolf Eichmanns als seinen Verdienst ausgegeben habe. Wiesenthal selbst, dessen Gesundheit zur Zeit sehr angeschlagen ist, äußerte sich zu den Vorwürfen in nur einem Interview für den Spiegel und war zu weiteren Stellungnahmen nicht bereit. Er zählte in diesem Interview noch einmal seine Erfolge auf, wie die Aufdeckung des Mannes der **Anne Frank** verhaftete, wodurch deren Existenz und der Wahrheitsgehalt ihrer Tagebücher nachgewiesen werden konnte. Trotzdem gab er zu, auch Fehler gemacht zu haben, wie zum Beispiel die Festlegung des Wohnortes von Eichmann. Er warf Rosenbaum vor, die Anschuldigungen gegen ihn nur erhoben zu haben, um ein von ihm geschriebenes Buch, welches in den USA kaum Absatz fand, durch die neue Bekanntheit besser verlegen zu können. ◆

Rückhalt für Haider

AN 2/96 - Nach seinen Äußerungen zur Waffen-SS am Ulrichsberg (WGA #12) erhielt **Jörg Haider** die Rückendeckung seiner Partei. Auf einem Treffen in Linz verwahrten sich die Landesvorsitzenden der ***Freiheitlichen (F)*** gegen eine „gezielte Mißinterpretation" ihres Parteichefs. Haider habe sich legendlich gegen eine „pauschale" Verurteilung der älteren Generation gestellt. Der Parteichef Jörg Haider sagte in einer Stellungsnahme zu den Vorwürfen: „Es gibt kein wie immer geartetes Lob des Jörg Haider für die Waffen-SS". Weiterhin versucht er die Aufregung als reine „Inszenierung" darzustellen. Anscheinend geht diese Rechnung auf, denn der Fraktionsvorsitzende der konservativen ***ÖVP***, **Andreas Khol**, sieht in der F *„Distanzierungen, die für uns glaubhaft erfolgt sind"*. So stand dann auch der Wahl des F-Abgeordneten und Wiener Jura-Professors **Wilhelm Brauneders** zum dritten Präsidenten des Nationalrates nichts im Wege. Brauneder ist erklärter Deutschnationalist und wurde dadurch bekannt, daß er 1987 eine Veranstaltung des deutschen Nazis **Reinhold Oberlercher** trotz massiver Studentenproteste ermöglichte. Weiterhin ist seine publizistische Tätigkeit in dem Organ des Freiheitlichen Akademikerverbandes, ***Aula***, auffällig. Die Herausgeber der Aula wurden im Vorjahr wegen Leugnung der Massenvernichtung durch die Nazis rechtskräftig verurteilt. Brauneder wurde mit 93 Stimmen gewählt was genau der Zahl der Stimmen der Freiheitlichen und der ÖVP entspricht. Ein weiterer Grund für die Unterstützung ist die Drohung Haiders, bei den steierischen Landeshauptmannswahlen der ÖVP die Unterstützung zu entsagen. Diese hatte bei den Landtagswahlen der Steiermark große Verluste erlitten. Trotz einer Anzeige der ***Grünen*** und Ermittlungen wegen NS-Wiederbetätigung gegen Haider bleibt dessen Rede nun doch ohne rechtliche Konsequenzen. ◆

NS-Verdrängung

WaS 7.1.96 - Bei österreichischen Jugendlichen ist eine enorme Unwissenheit über die Beteiligung ihres Landes an der NS-Herrschaft und an NS-Verbrechen verbreitet. Die 14- bis 19jährigen Befragten brachten mit der NS-Zeit höchstens die Soldatenzeit aus Großvaters Geschichten in Verbindung, die „an sich gar nicht so schlecht gewesen" wäre. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage, die die Wiener Studien-Autorinnen **Helga Amesberger** und **Brigitte Halbmayr** durchgeführt haben. Ein Viertel der Befragten waren auch nicht davon überzeugt, daß an der angeblichen „Auschwitzlüge" nicht doch etwas dran sei. Nazis waren in den Augen der 500 Schüler nur deutsche Psychopathen, die Österreicher hätten mit dem Regime wenig zu tun gehabt. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, **Paul Grosz**, war nicht überrascht vom mangelnen Wissen der Österreicher: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Österreich gern verdrängt wird." In Österreich pflegt man das Bild der ersten Opfer der Nazis , obwohl ein Großteil der Österreicher damals über die Eingliederung sehr erfreut war und sich viele dem Regime anschlossen. Das wird jedoch als Tabu-Thema behandelt. ◆

Vorstandswechsel bei der »Deutschen Burschenschaft«

JF 26.1.96 - Den alljährlich wechselnden Vorstand des Dachverbandes der Burschenschaften der ***Deutschen Burschenschaft*** hat sechs Jahren wieder eine Österreichische Burschenschaft inne. Der rechte Verband der etwa 170 Burschenschaften mit angeblich 20.000 Mitgliedern umfaßt, wählte die Wiener akademische Burschenschaft ***Olympia***. „Im Mittelpunkt der Vorstandstätigkeit steht diese Jahr die geplanten Feierlichkeiten zur tausendjährigen Erwähnung des Namens Ostarrichi" so die ***Junge Freiheit***. Zur Zeit ensteht in den Burschenschaften ein stark rechter Trend, was auch durch die Wahl der sehr rechten Olympia deutlich wird. Weiterhin bemerkt die Junge Freiheit, daß das Mensurfechten als Aufnahmepflicht wieder gesellschafts und diskussionsfähig wird. ◆

SS-Grabstein umgehauen

TATblatt #49 - Zu einer antifaschistischen Aktion kam es in der Nacht zu Donnerstag, 21. Dezember '95 auf dem Innsbrucker Tummelplatz. Eine ***Bewegung 30.2.1869*** bekannte sich in einem BekennerInnenschreiben für die *„Gewaltanwendung"* gegen einen Gedenkstein für die Verbrecher der Waffen-SS. Der Stein enthielt die Inschrift „Den Toten der Waffen-SS" - ein NS-verherrlichender Spruch. ◆

Neuauflage von »SIEG«

bnr 3/96; WGA - Der fanatische Rechtsextremist **Walter Ochensberger** wartet seit Jahresanfang mit einer Neuauflage seiner Hetzpostille ***SIEG*** auf. Diese trägt nun den Titel ***Phoenix*** und hat den Untertitel „Das Politmagazin zur Kenntnis unserer Zeit". Die Redaktionsadresse ist in Wolfurt und das Magazin umfaßt 24 Seiten. Im Vorwort der Erstausgabe schreibt Ochensberger: *„Für uns solll Phoenix als Symbol der ewigen Erneuerung des deutschen Volkes gelten, als Mythos der Auferstehung deutscher und somit auch europäischer Kultur"*. Ein letztens von ihm herausgegebenes internes Rundschreiben an seine Kameraden hat ähnlichen Wortklang: *„Zeigt Zivilcourage und fürchtet euch nicht! Es geht um das Wagnis der Wahrheit und um den Sieg der Freiheit! Medienterroristen haben unserem deutschen Volke die Heimatliebe ausgetrieben. Aber die Lehrmeister des Hasses und der ewigen Rache, die Volksverächter, die wie Würgeengel die ganze deutsche Nation knebeln, werden ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen."* Interessant ist der Redaktionssitz in Wolfurt, da die Postille SIEG aufgrund strafrechtlicher Verfolgung später in Barcelona erschien. Anscheinend fürchtet der am 9. Dezember 1991 wegen NS-Wiederbetätigung zu drei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung Verurteilte keine weitere Verfolgung. ◆

Massengrab entdeckt

JW 1.2., Tsp 5.2.96 - Bei den Bauarbeiten für ein Wasserkraftwerk in Oberösterreich haben Arbeiter ein Massengrab entdeckt. Die Arbeiter stießen am 30. Januar '96, nach Angaben des österreichischen Fernsehen, auf vier mit Skeletten gefüllte Gräben. Die Arbeiten wurden zuerst eingestellt, gehen aber jetzt weiter. Zum Schutz der Leichen hat Innenminister Casper Einem eine Schutzzone im Umkreis von 100 m einrichten lassen. Über die Herkunft der Leichen tobt nun eine allgemeine Kontroverse. Der anfängliche Verdacht, es handele sich um jüdische Holocaust-Opfer, wurde neuerdings durch einen Zeitzeugen untermauert. Der heute in den USA lebende Ex-Sträfling des Internierungslagers Gunskirchen, ein Nebenlager des deutschen Lagers Mauthausen in Oberösterreich, **Joseph Fischer** wurde 1942 als gebürtiger Rumäne zu Zwangsarbeiten an der Ostfront eingezogen. 1945 wurde er dann nach Mauthausen gebracht und im März des Jahres mit Hunderten von Lei-

densgenossen nach Gunskirchen getrieben. Dort befanden sich rund 15.000 Häftlinge, von denen viele verhungerten. Fischer hatte damals mit anderen die Aufgabe, die Toten in Massengräber zu legen, auch als die US-Armee schon anrückte. Als er die Gräber das letzte Mal sah, seien sie wieder geöffnet worden, er wisse aber nicht weshalb und unter wessen Verantwortung. Die Theorie, es könne sich bei den Leichen um Sträflinge handeln wird von dem israelischen Gräberexperten **Schalom Fried** und dem Vorsitzenden der ***Jüdischen Gemeinschaft***, **Paul Grosz** unterstützt. Der wichtigste Beweis sei für sie, daß die Leichen nackt seien, was typisch für den Umgang mit jüdischen Toten sei. Auch führende Geschichtswissenschaftler teilen diese Meinung, sie verweisen auf die 30.000 ungarischen Juden die Anfang 1945 zum Bau von Befestigungsanlagen an der österreich-ungarischen Grenze gezwungen wurden. Als die Alliierten immer mehr vorrückten, wurden sie von den Nazis zu Fuß nach Mauthausen und dessen 49 Nebenlager getrieben. Auf diesem berüchtigten Todesmarsch starben sehr viele Juden. Ganz anderer Meinung ist ein anderer Zeitzeuge: Der in Linz lebende 71jährige Rentner **Otto Jordan** berichtete, er habe 1945 als von der US-Armee festgenommener Wehrmachtsangehöriger sechs an Typhus gestorbene Kameraden an der besagten Stelle vergraben. Auch **Horst Littmann** vom österreichischen Innenministerium glaubt, daß es sich um Wehrmachtsangehörige handele, ein Holocaust-Grab hält er für unvorstellbar. Das Thema sorgte für weitere Aufregung. So will die konservative „Neue Kronen Zeitung" durch Augenzeugenberichte von amerikanischen Hungerlagern mit Tausenden von Gefangenen erfahren haben. Der Hunger der Soldaten sei so groß gewesen, daß sie sich sogar von Gras ernährt hätten. Viele Tote seien dann in Massengräbern verscharrt worden. Der Direktor des Wiener Militärmuseums und Geschichtsforscher **Manfred Rauchensteiner** hält diese Theorie allerdings für abwegig und ließ verlauten, daß es „niemals amerikanische Hungerlager in Österreich gab". Im Überblick über die Kontroverse gab der „Kurier" zu bedenken, daß eine Ausnutzung des Sachverhaltes für politische Zwecke sehr gefährlich sei. Die Kontroverse dürfe nicht in einem Freispruch für die Nationalsozialisten münden. Casper Einem wandte sich nun an die USA mit der Bitte, alle Informationen bereitzustellen, die für die Aufklärung nützlich sein könnten. ◆

Rußland

Faschistische Verbindungen

SZ 27.1.96, WGA - Anders als in Deutschland oder weiteren westeuropäischen Ländern läßt sich in Rußland ein etwas anderer „Trend" der organisierten Nazi-Szene erkennen. So tritt zum Beispiel der „Nationalbolschewismus" in Aktion. Das sind reaktionäre Kräfte, die, wie fast alle rechtsextremen Gruppierungen auch, den westlichen Kapitalismus extrem ablehnen, weil dieser in Rußland als Bild der Mafia zu sehen ist. Ziel ist auch eine neue russische Großmacht, die weitere Teile Asiens und Europas einschließt. Dieser Anti-Kapitalismus und Imperialismus ist gekoppelt mit extremen Nationalismus, krassem Antisemitismus sowie Rassismus und völkisch-heidnischem „Kultur-Erbe". Das Ergebnis dieser Mischung sind zahlreiche mehr oder weniger einflußreiche nationalsozialistische und faschistische Gruppen, Parteien und Organisationen, die parlamantarische bis terrorristische Politik betreiben. Die Berümteste ist wohl die ***Liberaldemokratische Partei Rußlands (LDPR)*** mit ihrem Vorsitzenden **Wladimir Schirinowski**, der derzeit für eine neue „Rechte Union" mit **Jean-Marie Le Pen** eintritt (siehe Artikel in diesem Heft). Eine weitere faschistische Gruppe ist die ***Russische Nationale Einheit (RNE)*** gegründet von **Alexander Barkaschow**. Die RNE ist eine Wehrsportgruppe, die bereits mit stilisierten Hakenkreuzen auf ihren Armbinden und schwerbewaffnet zu den Besetzern des Weißen Hauses in Moskau im Oktober 1993 gehörten. Nach diesem Putschversuch lies Boris Jelzin diese und andere rechtsextreme Organisationen verbieten und ihre Anführer inhaftieren. Die Haft dauerte jedoch nur wenige Wochen und nach einer Amnestie kamen alle wieder frei. Seitdem können die Faschisten der LDPR, der RNE und andere ihren Untaten nachgehen, ohne besonders dafür belangt zu werden. Hitlers Buch Mein Kampf kann ebenso unbehelligt verkauft werden, wie die nazistischen Hetzblätter ***Molnija*** (Blitz), ***Russkij Westnik*** (Der russische Bote), ***Russijporjadok*** (Russische Ordnung) oder der ***Morgen***. Das Antifaschistische Zentrum in Moskau schätzt die RNE derzeit auf mehr als 10.000 Mitglieder allein in Moskau ein. Rußlandweit dürften es rund 50.000 bis 100.000 Mitglieder sein. Die RNE ist damit zweitstärkste faschistische Kraft hinter der Schirinowski-Partei. Die Ziele der verschiedenen Gruppen und Parteien gleich sich ungemein, jedoch ziehen zum Glück nicht alle am gleichen Strang. Viele der Nazis sehen in Wladimir Schirinowski einen vom KGB gesteuerten Roboter, der das „vaterländische Lager" spalten soll. Neben persönlichen Streitigkeiten fahren die Parteien auch unterschiedlich Schienen. Während die LDPR einen parlamentarischen Kurs steuert, lehnt die RNE zum Beispiel den parlamentarischen Weg entschieden ab. Die RNE gründete sich 1990 etwa zeitgleich mit dem ***National-Sozialen Bund (NSB)***. Die Gründung der RNE und des NSB resultierte aus der Spaltung der Moskauer Bewegung ***Nationale Einheit***. Heute ist der National-Soziale Bund eine militante nationalsozialistische Vereinigung mit Sitz in Moskau. Der Vorsitzende ist **Viktor Jakuschew**, das Propagandaorgan ist die bereits erwähnte Zeitung „Russische Ordnung" und die Mitgliederzahl beläuft sich auf einige Hundert. Zeitweise fungierte Jakuschew als Chef der Jugendorganisation der LDPR. Weitere Gruppierungen sind: ***Naschi*** (Die Unsrigen) mit Vorsitzendem **Alexander Newsrow** und extrem nationalistischen und teilweise antisemitischen Zielen. Die ***Pamjat / Filimonow-Gruppe*** mit dem Vorsitzenden **N. Filimonow** und etwa 100 Mitgliedern. Die „Filimonow-Gruppe" spaltete sich 1988 von der Pamjat-Zentrale ab und weist textliche Übereinstimmungen im Parteiprogramm mit der NSDAP auf. Dann gibt es noch die ***Pamjat / Kukakow-Worotynzew-Gruppe***, die sich 1990 von der Filimonow-Gruppe abspaltete. Diese Splittergruppe mit unter 100 Mitgliedern gibt die Zeitung ***Narodnyje nowosti*** (Völkische Nachrichten) heraus. Neben diesen Gruppen gibt es noch die ***Pamjat / Walerj-Jemeljanow-Gruppe***, den ***Sojus Russowo Naroda*** (Bund des russischen Volkes), die ***Völkisch-Soziale Partei (VSP)*** und den ***Veneterbund***. ◆

»Union der Rechten«

JW 27.1., Tsp 11.2.96 - Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz haben sich der Franzose **Jean-Marie Le Pen**, Vorsitzender der faschistischen ***Front National (FN)***, und der Russe **Wladimir Schirinowski**, Chef der faschistischen ***Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR)***, für eine gemeinsame neue europäische „Union der Rechten" ausgesprochen. Das Treffen der beiden rechten Führer sowie die Pressekonferenz fand am Samstag, den 10. Februar '96 in Moskau statt. Ihr Treffen markiere den Beginn einer Kooperation, so Le Pen. Schirinowski will Vertreter extrem rechter und faschistischen Parteien aus Österreich und Deutschland sowie Italien und Spanien im April '96 nach Rußland einladen um genauere Pläne für eine „Union der Rechen" schmieden zukönnen. Bereits Ende Januar '95 wurde gegen Wladimir Schirinowski eine Einreiseverbot für Frankreich verhängt. Die Behörden hätten dem Faschisten das Verlassen des Pariser Flughafens Roissy-Charles de Gaulle untersagt, so teilte es Jean-Marie Le Pen mit. Schirinowski verfüge nur über ein Visum für den Besuch des Europarats in Strasbourg. Er war anläßlich der Debatte der Palamentarischen Versammlung des Europarats über die Aufnahme Rußlands nach Strasbourg gekommen. Schirinowski ist währenddessen von seiner Partei als Kandidat für die Präsidentschaftswahl am 16. Juni '96 aufgestellt worden. Er muß, um an der Wahl teilnehmen zu dürfen, landesweit eine Million Unterschriften sammeln und von der Wahlkomission offiziell registriert werden. ◆

Schweden

Nazi-Propanda

WaS 11.2.96 - Ein Schüler ist für zwei Monate vom Schulbesuch ausgeschlossen worden, weil er die Computer des Gymnasiums für die Produktion von neonazistischen Propagandamaterial mißbrauchte. Ein Behördensprecher des südschwedischen Karlskrona teilte mit, daß sich der Schüler seine Informationen und sein Material über Internet besorgt hatte. ◆

Geldstrafe gegen Nazi

bnr 3/96 - Das Amtsgericht der westschwedischen Stadt Kalmar hat kürzlich einen 20jährigen Mann zu einer geringen Geldstrafe 120 Mark verurteilt, weil er in Nybro vor einer Polizeistreife den Arm zum Hitlergruß erhoben hatte. Im November '95 wurde erstmals gegen einen Nazi wegen Tragen eines Hakenkreuzes in der Öffentlichkeit Anklage erhoben. ◆

„Initiative gegen Einwanderung"

SD 1/96 - Die Sektion der ***Schweizer Demokraten (SD)*** im Kanton Thurgau betteln in der vorletzten Ausgabe der Parteizeitung ***Schweizer Demokrat*** um Hilfe für ein ausländerfeindliches Projekt. In der Zeitung, die vormals den Namen ***Volk und Heimat*** trug, wird um Hilfe für die Initiative gegen eine weitere Einwanderung gebeten. Sie unterstützen anscheinend ebenfalls ein Referendum gegen überflüssige Staatssekretäre, wurden aber von einem Komitee, bestehend aus FDP, CVP, SVP und FPS, ausgeschlossen. Informationen über die rassistische Initiative können über die Schweizer Demokraten Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld eingeholt werden (Telefon vom Präsidenten: Vorwahl Schweiz - 054 65 / 12 16). Die SD hoffen mit mehreren Sitzen in den Kantonsrat bei der nächsten Wahl einziehen zu können. ◆

Spanien

Auslieferung abgelehnt

AN 25/95,WGA - Ein spanisches Gericht hat den österreichischen Antrag auf Auslieferung des Faschisten **Gerd Honsik** abgelehnt. Honsik wurde im Mai 1992 in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung zu 18 Monaten Haft verurteilt, setzte sich jedoch nach Spanien ab. Seine Verurteilung wurde besonders mit der Verbreitung der „Auschwitzlüge" begründet. Das Gericht kam zum Entschluß der Nicht-Auslieferung, weil die Verleugnung des industriellen Massenmords an Jüdinnen und Juden in deutschen KZ nach Spanischen Recht erst seit Mai 1995 strafbar sind und er in Österreich für diese Anklage bereits 1986 und 1989 verurteilt wurde. Nach internationalem Recht soll nur dann ausgeliefert werden, wenn die zugrunde liegenden Handlungen auch im Auslieferer-Land strafbar sind. Honsik ist bzw. war bis zu seiner Flucht 1992 eine Schlüsselfigur der österreichischen Nazi-Szene. Er ist Gründer und Herausgeber der antisemitischen Hetz-Zeitschrift ***Halt***, die nach eigenen Angaben eine Auflage von 10.000 Stück aufweisen kann. Hergestellt wird sie Barcelona, wo auch die Postadresse zu finden ist, verschickt wird sie aus Tschechien. Der zuständige Redakteur ist **Pedro Schneider**. Honsik ist Verfasser des Buches ***Freispruch für Hitler***, welches unter anderem von der ***Deutsch-Spanischen Initiative***, einem Buchversand, ebenfalls aus Barcelona verschickt wird. Auch international ist Honsik ein wichtiger Mensch. Der „Spanische Kreis der Freunde Europas", die ***CEDADE (Circulo Espanol de Amigos de Europa)***, lud Honsik für den 16./17. Mai 1992 für ein internationalen Kongreß nach Madrid ein, um die Vernichtung der Juden im „Dritten Reich" mit sogenannten „Expertenvorträgen" in Frage zu stellen. Eingeladen waren damals noch **Manfred Roeder** (Deutschland), **Ernst Zündel** (Kanada), **Thies Christophersen** (damals Dänemark), **Gaston Amaudruz** (Schweiz) und **Léon Degrelle** (Spanien). Honsik konnte wegen seines laufenden Gerichtsverfahren, wie Zündel nicht anwesend sein. Zudem ist Gerd Honsik Neffe von **Amon Goeth**, der einst Kommandant im KZ Plasov bei Krakau war. Für Honsik könnte es in Spanien doch noch unbequem werden, denn er kann ab sofort - ein entsprechendes Gerichtsverfahren in Österreich - wegen NS-Wiederbetätigung nach Österreich ausgeliefert werden. Die „Halt" wird weiterhin in Spanien hergestellt. ◆

Werbung für »Bundschuh«

bnr 3/96 - Ein ***Förderkreis Deutscher Kultur in Europa*** verschickt aus der südost-spanischen Kleinstadt Torrevieja Werbematerial für die deutsche Musikgruppe ***Der Bundschuh***, welche sich dem ***Wandervogel*** und der ***Deutschen Hochschulgilde*** zugehörig fühlt. Die Auslandsdeutschen schreiben: *„Womöglich merkt man erst in der Ferne, wie groß und wertvoll der Schatz unserer Kultur ist."* Auch in der östereichischen Nazi-Zeitung ***Aula*** wird für das Bundschuh-Angebot geworben, welches u. a. „feierliche Soldaten- und Heimatlieder" oder „Soldatenlieder des Ersten Weltkrieges" umfaßt. Der Vertrieb liegt bei der Hamburger Firma ***Fröhliche Tonträger***. ◆

USA

Nazi-Propanda legal

SZ 27.1.96 - Viele Menschen fragen sich derzeit, wieso wir soviele Bilder von Nazis mit wehenden Hakenkreuzfahnen aus den USA erhalten. Gibt es dort keine Gesetz so wie bei uns, wie zum Beispiel Aufstachelung zum Rassenhaß, Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen oder Verbreiten von Propaganda verfassungsfeindlicher Organisationen? Im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" gibt es solche Bestimmungen nicht. Grund dafür ist die - in diesem Punkt - unangebrachte Liberalität des Staates, welche auf einen Teil der „Bill of Rigth" aus dem Jahre 1791 beruht. Es verbietet u. a. jede Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit. So kann es auch sein, daß die Zentrale der ***NSDAP/AO*** in Nebraska liegt, von wo aus große Teile Europas, einschließlich der Bundesrepublik, mit verbotenen Schriften, Büchern, Broschüren und Propandamaterialen, sowei Zeitungen und Schulungsheften versorgt wird - nach US-Gesetzen legal! ◆

Kriegsverbrecher soll ausgeliefert werden

WGA, Taz 13./14.1.96 - Ein 90 Jahre alter Ex-Fabrikmanager soll aus den USA an Litauen ausgeliefert werden. Der Grund dafür ist, daß er nach Überzeugung der US-Behörden während des 2. Weltkrieges in Wilna für die Ermordung von 40.000 Juden verantwortlich war. ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #15 ist der
20. März '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Antisemitismus in deutschem Blatt

JW 12.2.96 - In der deutsch-amerikanischen Zeitung ***Germania*** sollen in letzter Zeit antisemitische Berichte veröffentlicht worden sein. Unter anderem soll der millionenfache Mord an Jüdinnen und Juden durch Nazi-Deutschland in Frage gestellt und bestritten worden sein. Dies teilte **Martin Plax** vom amerikanisch-jüdischen Komitee in Cleveland mit. ◆

Maßnahmen gegen Migranten

JW 5.2.96 - Die Leiterin der US-Einwanderungsbehörde, **Doris Meissner**, teilte mit, daß die Regierung verschärft gegen illegale MigrantInnen vorgehen will. Besonders in Betrieben soll die Beschäftigung illegaler AusländerInnen bekämpft werden, so Meissner. Dazu sollen rund 1.800 Mitarbeiter eingestellt und die Kontrollen an den Grenzen aufgestockt werden. Zudem sollen verdeckte ErmittlerInnen eingesetzt werden dürfen, die in Firmen nach illegaler Beschäftigung suchen sollen. ◆

Thorsten Heise

Ein Nazi-Kader, der immer wieder in den Medien auftaucht, ist **Thorsten Heise**. Der am 29. Juni '69 geborene Heise aus Nörten-Hardenberg bei Göttingen war ab '88 eine führende Person in der ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***. Schon vor zehn Jahren, er war damals in der 10. Klasse der Novalis-Schule, begann er Nazi-Bands wie ***Störkraft*** zu hören und hatte Kontakt zu rechten Hools aus Kassel und Hannover. In der Schule prahlte er mit rechten Aktionen, bekam aber dafür häufig von MitschülerInnen Ärger. In der Nazi-Skinszene stieg er zielstrebig auf. So verprügelte er '88 den damaligen Chef der Szene, **Jörg Latzkowiak**, bei dessen Hafturlaub und war der neue „starke Mann". Im folgenden Jahr wurde Heises Position zunehmend wichtiger. Er organisierte mit dem führenden FAP-Aktivist **Karl Polacek** am 9. Dezember '89 einen Angriff von 80 Faschisten auf das Göttinger Jugendzentrum „Juzi". Am 28. April '90 organisierte er erneut mit Polacek ein Nazi-Skin-Treffen in Nordhausen, zu dem auch etwa 1.000 Teilnehmer kamen, die dann Geschäfte plünderten und sich mit der Polizei eine Straßenschlacht lieferten. Im Mai '90 sollte Heise wegen verschiedener Vergehen vor Gericht, doch er tauchte in der DDR unter. Über seinen Anwalt ließ er dem Gericht ein Schreiben zukommen, in dem er seine Absicht mitteilte in der DDR eine neue Nazibewegung aufzubauen. Nach eigenen Angaben half er, die FAP in Leipzig und in Berlin aufzubauen. Am 16. Februar '91 wurde er in Berlin verhaftet, aber nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Heises Verfahren verlaufen sowieso recht bemerkenswert: Im Januar '88 wurde er erstmals zu einer Jugendstrafe verurteilt, weil er sich an einer Schlägerei zwischen 45 Nazi-Skins und antifaschistischen Jugendlichen beteiligte, und dabei einen türkischen Schüler mit einem Knüppel krankenhausreif geschlagen hatte. Die Strafe wurde ausgesetzt. Einen Monat später saß er in U-Haft wegen eines Brandanschlags auf eine Skinheadwohnung, den die Nazis Antifaschisten in die Schuhe schieben wollten. Heise wurde vor Gericht als einziger freigesprochen. Nachdem er am 6. Mai '88 versucht hatte, einen libanesischen Asylbewerber mit einem Kübelwagen zu überfahren und diesen später mit CS-Gas angriff, stand er erneut vor Gericht. Doch er wurde nur - wie schon gewohnt - zu einer Bewährungsstrafe wegen versuchter Körperverletzung und Eingriff in den Straßenverkehr verurteilt. Und dies, obwohl er zur Tatzeit noch unter Bewährung stand. Anscheinend besteht bei Richtern und Polizei kein Interesse an Heises Verfolgung, denn dieser macht munter weiter. Er läuft offen mit Waffen rum, veröffentlicht Namen von antifaschistischen SchülerInnen in Northeim und beteiligt sich an gewalttätigen Aktionen. Beim Naziaufmarsch in Fulda unterhielt er sich mit dem Einsatzleiter der Polizei, während an seiner Mütze der SS-Totenkopf prankte. Beim folgenden Prozeß gegen ihn war er nicht wegen der Organisation des Aufmarsches angeklagt, denn die konnte ihm angeblich nicht nachgewiesen werden, sondern wegen dem Tragen von einer Uniform. Durch seinen politischen Ziehvater Karl Polacek wurde Heise systematisch aufgebaut. Im Januar '89 gründeten die beiden den Ortsverband Northeim, dessen Vorsitz Heise übernahm. Im März '90 wurde er zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt und ernannte sich selber zum „Kameradschaftsführer Northeim". Schon im Mai '89 hatte er am Sonderparteitag der FAP in Eversen teilgenommen. Auf dem Bundesparteitag ein Jahr später wurde er zum Landesvorsitzenden Niedersachsen ernannt. Bei Aufmärschen und Veranstaltungen ist er für den Sicherheitsdienst verantwortlich. 1992 gab es aber auch einige Erfolge gegen Heise. Am 12. August, kurz vor dem „Rudolf Heß-Gedenkmarsch", wurde er von einem „Kommando Böse Friedhofsgeister" angegriffen. Etwas später bekam er zuhause in Nörten-Hardenberg antifaschistischen Besuch. Es entstand ein Sachschaden von etwa 10.000 DM. Seiner Mutter wurde es wohl auch zu bunt und sie warf ihn raus. Spätestens 1993 konnte er sich entgültig als bundesweite Führungspersönlichkeit etablieren. So sollte er zum Beispiel den Neonazi-Aufmarsch in Berlin-Lichtenberg am 1. Mai '93 an der Seite des FAP-Bundesvorsitzenden **Friedhelm Busse** anführen - der Marsch wurde jedoch von Antifas verhindert. Daraufhin bekam er einen Prozeß an den Hals, weil er einen antifaschistischen Gegendemonstranten mit dem Megaphon geschlagen hatte. Busse war später auch einige Male bei Heise zu Gast. Beim „Volkstrauertag" für die Toten der Waffen-SS am 14. November '93 gelang es nur Heise und dem Bonner FAP-Funktionär **Norbert Weidner** bei einem Aufmarsch in Hameln größere Beachtung zu kriegen. Neben seinen propagandistischen Tätigkeiten leistete Heise auch politische Aufbauarbeit, vor allem im Ostharz. Ihm ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß der FAP-Kreisverband Wernigerode mit ca. 80 Mitgliedern zum größten bundesweit wurde. Er organisierte auch ein internes FAP-Treffen im Kreiskulturhaus Wernigerode. Den Aubau und die Organisationsfunktion im Ostharz hat mittlerweile der Nazi-Kader **Steffen Hupka** übernommen. Ebenfalls beteiligt war Heise beim Aufbau der militanten Anti-Antifa, zusammen mit Michael Kühnens einstiger rechter Hand, dem Hamburger Chef der ***Nationalen Liste***, **Christian Worch** und den FAP-Funktionären Weidner und **Falco Schüßler** aus Aschaffenburg. Im Mai '94 geriet Thorsten Heise erneut in die Schlagzeilen, als eine Wehrsportgruppe im Südharz ausgehoben wurde. Diese soll gute Kontakte mit ihm gehabt haben. Aber auch international knüpft er Kontakte. Er war zum Beispiel in Duvnov, dem Sitz der internationalen faschistischen Söldnertruppe und knüpfte dort Kontakte, was ihm mit der Hilfe seines Freundes **Michael Homeister**, eines Kroatien-Söldners, nicht schwergefallen sein wird. Beim bundesweiten FAP/Anti-Antifa-Treffen in Berlin am 9. April '94 durfte er natürlich auch nicht fehlen. Teilnehmer waren unter anderem Betreiber des ***Nationalen Infotelefons*** Mainz, ***Deutsche Nationalisten*** und Mitglieder der ***Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB)***. Am 20. August '94 wurde Heises Haus von etwa 100 Antifas belagert, die verhindern wollten, daß sich Heise am „Rudolf Heß-Gedenkmarsch" beteiligt. In der letzten Zeit ist seine Lieblingsbeschäftigung, Konzerte mit Nazibands zu organisieren. Zum Beispiel organisierte er das Konzert mit den Gruppen ***Freikorps***, ***Endstufe*** und **Volkszorn** in Adelsen, das aber verboten wurde. Die 800 Nazi-Skins fuhren zu Heises Privatgrundstück und lieferten sich eine Schlacht mit der Polizei. Er empfängt auch liebend gerne Nazi-Bands und Faschistenführer in seinem Haus. Im Oktober letzten Jahres empfing er die englische Band ***No Remorse***, eine der übelsten überhaupt. Diese brachte auch gleich eine Abordnung aus Cardiff mit, höchstwahrscheinlich Mitglieder der Nazigruppe ***Combat 18***. Die letzte Nachricht über ihn war sein Prozeß, der ihm eine achtmonatige Freiheitsstrafe einbrachte. Heise hatte '94 mit einem Schreckschußrevolver Tränengas in eine Abiturfeier in Sudheim gefeuert, wobei mehrere SchülerInnen verletzt wurden. Da er aber schon sechseinhalb Monate in U-Haft saß, muß er nur noch für eineinhalb Monate in den Knast. Heise hat übrigens eine Tochter. Sie wurde am 15. Juli '94 geboren, zu der Zeit als Papa im Knast saß.

Index der #14

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte